

**Thomas
Beschorner
In schwindel-
erregender
Gesellschaft
Gleichgewichts-
störungen der
modernen Welt**

MURMANN

In schwindel-
erregender
Gesellschaft

Für Jutta

**Thomas
Beschorner
In schwindel-
erregender
Gesellschaft
Gleichgewichts-
störungen der
modernen Welt**

MURMANN

Einleitung, Seite 7

In schwindelerregender Gesellschaft

TEIL I, SEITE 20

GESELLSCHAFT AUS DEN FUGEN

Kapitel 1, Seite 22

Der überforderte Mensch und die Erosion der Gesellschaft

Kapitel 2, Seite 28

Fluide Identitäten und das neue Ich

Kapitel 3, Seite 37

Die Gesellschaft als Flashmob

Kapitel 4, Seite 45

Heldengeschichten in der politischen Gemengelage

TEIL II, SEITE 54

ABGRÜNDE UND GRATWANDERUNGEN

Kapitel 5, Seite 56

Die Wirtschaft und ihre Schwierigkeiten mit der Moral

Kapitel 6, Seite 65

»Don't call it a scandal«: Der Wahnsinn hat Methode

Kapitel 7, Seite 71

Facebook: Unschuldig am Pranger (Satire)

Kapitel 8, Seite 74

Wirtschaftswissenschaften: Auf dem moralischen Auge blind

Kapitel 9, Seite 82

Liebe zum Markt: Eine Glosse

Kapitel 10, Seite 86

Wohlstand für alle? Die halbe Wahrheit, der ganze Irrtum

Kapitel 11, Seite 90

Wirtschaft ist Kultur – was denn sonst!

Kapitel 12, Seite 97

Plattformkapitalismus: Die Lizenz zum Wirtschaften

Kapitel 13, Seite 105

Das kann Schule machen – Vorschläge für eine ökonomische Allgemeinbildung

TEIL III, SEITE 111

SO EIN THEATER – MEDIEN, WISSENSCHAFT, SCHAUSPIEL

Kapitel 14, Seite 112

Öffentlich-rechtliche Medien: Bastion der Demokratie

Kapitel 15, Seite 118

Retweet, Hashtag, Like: Die Toilettentür der neuen Zeit

Kapitel 16, Seite 126

Ethik des Journalismus: Spiegel der Gesellschaft

Kapitel 17, Seite 133

Fake Science? – Die Wissenschaft hat festgestellt ...

Kapitel 18, Seite 139

Gekaufte Wissenschaft?

Kapitel 19, Seite 144

»Und die Moral von der Geschicht ...« – Unsinn im Theater

TEIL IV, SEITE 151

DIGITALE ETHIK: WIR UND DIE ANDEREN – IN ZUKUNFT

Kapitel 20, Seite 152

Künstliche Intelligenz und natürliche Dummheit

Kapitel 21, Seite 157

Dingsbums – Sex mit der Maschine

Kapitel 22, Seite 164

Roboterethik: Die Schlüsselfrage

Kapitel 23, Seite 169

Mensch, Maschine!

Kapitel 24, Seite 174

Lenin 4.0 – Renaissance der Planwirtschaft?

Danksagung, Seite 182

Anmerkungen, Seite 183

Über den Autor, Seite 189

Einleitung – In schwindel- erregender Gesellschaft

Nein, Ihr Auge spielt Ihnen keinen Streich. Es handelt sich bei diesem Textbild auch nicht um einen Produktionsfehler. Die Gesellschaft ist schwindelerregend geworden. Sie präsentiert sich in schrägen Formen und mit systematischen Schief lagen. Wir scheinen den Gleichgewichtssinn verloren zu haben.

Ganz schön schräg

Ließe man die Geschichte der Menschheit mit dem dicken Pinsel aufzeichnen, so könnten in den Extremen zwei Erzählungen entstehen: Optimisten würden eine Erfolgsgeschichte schreiben, schließlich wurden in weiten Teilen der Welt freiheitlich-demokratische Gesellschaften realisiert und wurde damit eine beachtliche Anzahl moralischer Errungenschaften hervorgebracht. Pessimisten hingegen würden wohl viel von anhaltenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten oder der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, besonders in den vergangenen gut 200 Jahren, berichten. In diesem Buch wird es nicht um das große Bild der Menschheitsgeschichte gehen, sondern um ein bescheideneres Vorhaben, nämlich Zeitdiagnosen zur Gegenwart und auch zur Zukunft unserer Gesellschaft anzubieten.

Ob man nun Optimist oder Pessimist ist, man liegt sicherlich nicht falsch, wenn man zu der Einschätzung gelangt, dass unsere derzeitige Gesellschaft irgendwie aus den Fugen geraten ist. Der Fugenkitt der Gesellschaft wird porös und kann deshalb nicht mehr alles stabil zusammenhalten. Einstürzende Neubauten? Oder auch Altbauten? Das weiß derzeit niemand, denn wir sind ja mittendrin in einem Prozess der gesellschaftlichen Veränderung, und dieses »Mittendrin« betrifft natürlich auch die Beobachter. Heute das Heute verstehen zu wollen steht stets unter dem Vorbehalt, einen notwendigen Abstand nicht haben zu können – niemand, niemals. Erst in der Zukunft, wenn die Gegenwart zur Vergangenheit geworden ist, können wir die Dinge klarer sehen. Dann jedoch könnten alarmierende Entwicklungen stattgefunden haben, die schwierig zu korrigieren oder gar irreversibel sind.

Was man jedoch trotz dieser (auch selbstkritischen) Auffassung zu Versuchen von Zeitdiagnosen wenigstens feststellen kann (und auch die größten Fortschrittsoptimisten einräumen müssten): Es rumort gehörig in der modernen Gesellschaft. Sowohl die Ausdrucksformen als auch die Gründe dafür sind mannigfaltig – und ganz schön schräg.

Die Wirtschaft steckt spätestens seit der Finanzkrise 2008 in einer Legitimationskrise. Liberale Demokratien werden von außen durch Terrorismus und autoritative Gesellschaftssysteme sowie von innen durch Populismen unterschiedlicher Art bedroht. Rechte Bewegungen in Europa oder die neuen Formen des politischen Populismus insgesamt stellen mehr oder weniger offen rechtsstaatliche Prinzipien, demokratische Grundlagen und die liberale Idee infrage; den Medien, Intellektuellen und Wissenschaftlern wird nicht mehr vertraut; offene Wertkonflikte in der Mitte der Gesellschaft drohen zu eskalieren; Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung führen zu Unsicherheit und Zukunftsangst, aus denen wiederum im Wortsinn fantastische Erzählungen ausfließen können.

Schwindel im sozialen Raum

Der Begriff des »Schwindels« erscheint mir als Metapher für die Umschreibung aktueller Entwicklungen gut geeignet: Die Gesellschaft ist in der zweifachen Bedeutung des Wortes, wie ich meine, »schwindelerregend« geworden: Sie erzeugt Schwindelgefühle und macht wackelige Knie im Sinne von psychologischer, sozialer und gesamtgesellschaftlicher Verunsicherung. Die Gesellschaft ist unübersichtlich geworden. Man kommt nicht mehr so recht mit, manchmal auch nicht mehr hinterher. Die moderne Welt hat Gleichgewichtsstörungen.

Damit lockt die Gesellschaft Schwindler an, die mit einfachen Antworten aufwarten, ausgedachte Geschichten ohne einen Bezug auf Fakten oder wissenschaftliche Befunde erzählen, ja sogar die Geschichte neu zu schreiben versuchen. Sie zweifeln Berichterstattungen in den Medien ebenso an wie wissenschaftliche Studien, wenn deren Befunde nicht in ihr entsprechendes Weltbild passen. Von »Fake« wird dann neudeutsch gesprochen und davon, dass es ohnehin keine Deutungshoheit gebe, meint: Es gibt Fakten, aber auch alternative Fakten. Wahrheit wird zur Verhandlungssache. Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur.

Werfen wir einen kurzen Blick zum Begriff des Schwindels in ein Standardlexikon, so heißt es beispielsweise im *Brockhaus*, dass es sich um eine »subjektive Störung der Raumorientierung des Körpers, meist bedingt durch fehlende Koordination beziehungsweise Meldungen aus den Gleichgewichtsorganen« handelt.¹ Gemeint ist hier also das körperliche Symptom »Schwindel« als physisch erlebbares Taumelgefühl, auch »Vertigo« genannt.

Der Wortursprung von Schwindel liegt in der Tat im Ausdruck für ein Körpergefühl, wie das althochdeutsche Wort »swintilōn« (in Ohnmacht fallen, Schwindel empfinden), etwa seit dem achten Jahrhundert gebraucht, verrät. Seit dem späten

18. Jahrhundert, so informieren die Einträge im Grimm'schen Wörterbuch in der Ausgabe aus dem Jahr 1898, findet sich jedoch eine Bedeutungserweiterung des Begriffs »Schwindel«. So ist dort die Rede von »behauptung, meinung u. ähnl., die nicht genügend fundiert, leichtfertig, irrig oder erlogen ist« oder »einen unbesonnenen, unsoliden handel bezeichnet, meist als ausdruck moralischer verurtheilung«.² Diese Bedeutung des Wortes sollte etwas später auch im Englischen als »swindle« eine Begriffskarriere machen.

Und auch Bezüge zur Wirtschaft, die im Folgenden eine wichtige Rolle spielen, finden sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts, wenn formuliert wird: »so besonders kaufmännisch von einem unreellen geschäfte, nahezu soviel wie betrug: ›der schwindel in der handlung, welcher den marchand avanturier ausmacht«.³ Die Begriffsgeschichte hat sich damit, wenn man so will, erweitert: In einer komplexer werdenden Gesellschaft haben wir Probleme, uns im »sozialen Raum« zu orientieren und mit anderen zu koordinieren, weil die »gesellschaftlichen Gleichgewichtsorgane« ambivalente, widersprüchliche und mitunter schlicht falsche »Meldungen« aussenden.

»Wer von euch hat noch nie gelogen?«, fragte ich kürzlich Dritt- bis Sechstklässler im Rahmen einer Veranstaltung der Kinderuniversität an meiner Hochschule. Kein einziger Finger ging hoch. Wir alle lügen hin und wieder, ob aus Not oder Höflichkeit oder anderen »legitimen« Gründen. Ich habe hier auch gerade gelogen, denn die Frage habe ich nie gestellt. Mir geht es in diesem Buch offensichtlich nicht um diese Art des Schwindels. Es geht mir auch nicht um vordergründige Hochstapler, nicht um Leugner eines durch den Menschen verursachten Klimawandels oder um irgendwelche wilden Verschwörungstheorien. Ich meine vielmehr, dass »Schwindel« in seiner zweifachen und zusammenhängenden Bedeutung in unserer Gesellschaft subtiler und präsenter ist als dem ersten Anschein nach vermutet.

Es gibt den Schwindel in direkter und plumper Form. Wenn Volkswagen beispielsweise Testverfahren zur Feststellung der Abgasemissionen manipuliert, so muss man nicht lange um den heißen Brei herumreden. Das ist Betrug. Donald Trump hat, wie die *Washington Post* fortlaufend dokumentiert, während seiner Amtszeit als Präsident schon über 10 000 Unwahrheiten verbreitet (Stand: Juni 2019).⁴ Auch das sind offensichtliche Lügen, die mit einer gewissen Dickfelligkeit in die Welt gesetzt werden.

Der Schwindel kommt jedoch gern in raffinierter Verkleidung daher, hinter der sich soziale und gesellschaftliche Tiefenstrukturen verbergen, wie wir im Folgenden noch sehen werden. Diese Camouflage bedient sich bestimmter Erzählweisen, Erzählformen und Begriffe, um den Schwindel zu verschleiern. Es sind besonders Geschichten und Narrative, die in der modernen Gesellschaft wichtiger werden, um Ideen zu erfinden und Ideologien zu verbreiten. Sie dienen einerseits einem gesellschaftlichen Verständigungsprozess, denn über sprachliche Kommunikation tauschen wir uns darüber aus, wer wir als (und in einer) Gesellschaft sind oder sein sollten. Erzählungen über die Gesellschaft sind zugleich jedoch auch stets ein Ringen um Deutungshoheit auf unübersichtlichen und schwindelerregenden Terrains, auf denen soziale, politische und ökonomische Interessen verhandelt werden. Dies gilt übrigens unabhängig von der politischen Couleur, von ganz links bis ganz rechts (soweit man an diesem Schema überhaupt noch festhalten will) oder auch sozial gesehen von oben bis unten.

Handhabungen im Kapitalismus

Die Organisation unseres Wirtschaftens als Marktwirtschaft, die später zum Kapitalismus mutieren sollte, hat die moderne Gesellschaft wie keine andere »Erfindung« geprägt. Die Metapher der »unsichtbaren Hand« des schottischen Moralphilosophen Adam Smith bringt eine einfache Idee zum

Ausdruck: Das Wirtschaften moderner Gesellschaften sollte über Marktwirtschaften organisiert werden, in denen der Einzelne sein Selbstinteresse verfolgt. Der Tausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen verschiedenen Vertragspartnern sowie das Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage sorgen sodann für günstige Preise durch die »unsichtbare Hand« des Marktes und einen größtmöglichen »Wohlstand der Nation« (so der Titel des Smith'schen Hauptwerkes aus dem Jahr 1776).

Das kapitalistische System der »unsichtbaren Hand« von Adam Smith gibt es, und die Relevanz marktwirtschaftlicher Mechanismen sollte – im Guten wie im Schlechten – nicht unterschätzt werden. Kapitalismus ist jedoch kein »Geist«, der freizügig und determinierend durch die Geschichte und die Geschicke unserer Gesellschaft spukt. Nein, Kapitalismus wird auch gemacht! Es gibt sehr konkrete »Hände«, die interessengeleitet bestimmte Gesellschaftsformen nach ihren Vorstellungen durchsetzen (wollen) und einen Prozess der Einflussnahme hochprofessionell *handhaben*. Dies betrifft nicht nur ein vordergründiges Lobbying von ökonomischen Akteuren in den Hinterzimmern der Politik, sondern auch ein raffiniertes »Ideologie-Management« – besonders über Narrative.

Am 23. August 1971 schrieb Lewis F. Powell, ein wirtschaftsliberales Mitglied des US Supreme Court, eine Nachricht an seinen Freund Eugene Sydnor Jr., seinerzeit Direktor der US-amerikanischen Handelskammer. In diesem »geheimen Memorandum« zum »Angriff auf das amerikanische System freier Unternehmen« warnt er die Verantwortlichen der Handelskammer vor »Communists, New Leftists and other revolutionaries who would destroy the entire system, both political and economic. These extremists of the left are far more numerous, better financed, and increasingly are more welcomed and encouraged by other elements of society, than ever before in our history.«⁵

Es müssten, so Powell weiter, konkrete Maßnahmen zur Abwendung des »ideologischen Kriegs gegen westliche Gesellschaften« ergriffen werden, wozu eine wirtschaftsliberale Medienpräsenz (in Fernsehen, Radio, akademischen Zeitschriften, Büchern usw.) ebenso zählen sollte wie die neoliberale Einflussnahme auf Forschung und Bildung (zum Beispiel akademische Mitarbeiter und Professoren sowie auf Schulen und Universitäten insgesamt). Und im Besonderen gelte es, ein positives Image des Kapitalismus zu erzeugen (*institutional image making*), wofür große Anstrengungen – finanzieller, organisatorischer und intellektueller Art – erforderlich seien. Powell regt unter anderem an, Unternehmen sollten zehn Prozent ihres jährlichen Marketingbudgets in entsprechende Initiativen investieren.

Wir wissen nicht, welchen konkreten Einfluss dieses Dokument auf die Geschichte hatte. Lewis F. Powell dürften bestimmte Entwicklungen jedoch erfreut haben, denn ab den 1970er-Jahren gründeten und formierten sich in den USA die neuen Handlanger des Kapitalismus: Think-tanks. Hervorzuheben ist hier die Einrichtung der bis heute sehr einflussreichen neoliberalen Heritage Foundation im Jahr 1973, die nur wenige Jahre nach ihrer Gründung eines der wohl bedeutendsten Dokumente der modernen Wirtschaftspolitik verfasst hat: Der Bericht *Mandate for Leadership* (1981) umfasst insgesamt circa 2000 politische Maßnahmen, die auf über 3000 Seiten ausgeführt werden. Unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan wurden im ersten Jahr seiner Amtszeit bereits 60 Prozent der Vorschläge realisiert.

Das, was wir heute Kapitalismus nennen, ist nicht nur eine spezifische ökonomische Organisation des Handels und der Produktion in der Sphäre der Wirtschaft. Er betrifft nicht nur wirtschaftliche Transaktionen in einem engeren Sinne. Kapitalismus ist ein umfassenderes Gesellschaftssystem,

denn die ökonomische Logik hat Einzug in fast alle Lebensbereiche gehalten und prägt durch Kosten-Nutzen-Kalküle und ökonomisches Optimierungsdenken unsere soziale Welt – eben auch und verstärkt außerhalb der Sphäre der Wirtschaft. Ob im Bildungs-, im Wissenschafts- oder im politischen System, die ökonomische »Logik« definiert den Handlungsraum von Menschen (maßgeblich mit). Die »Währungen« dieser Logik sind nicht immer Geld: Im Bildungssystem sind es Zertifikate, Diplome und *credit points für Studierende*, im Wissenschaftssystem A-Journal-Publikationen und das Einwerben von Drittmitteln, im politischen System Presseclippings und Wählerstimmen. Mitunter schließt sich an eine erfolgreiche Bedienung dieser Anerkennungssysteme eine Monetisierung der spezifischen Leistungen an.

Jürgen Habermas nannte die Landnahme der Gesellschaft durch die ökonomische Rationalität einmal treffend die »Kolonialisierung der Lebenswelt«. Die Entwicklung spiegelt sich in einer Vielzahl von lebensweltlichen Metaphern und Redewendungen wider: Wir sollten mehr »Zeit investieren«, in das Familienleben zum Beispiel. Bei Vorstellungsgesprächen sollte der Bewerber den USP (*unique selling point*) herausstellen, um als künftiges »Humankapital« in dem Unternehmen tätig zu sein. Der eigene Nachwuchs kann bei »Samenbanken« bestellt werden, Profisportler werden auf »Transfermärkten« gehandelt, und die nächste große Liebe findet man auf einer »Partnerbörse«. Belassen wir es vielleicht bei diesen Beispielen, denn »Zeit ist Geld« und »Reden ist Silber und Schweigen ist Gold«.

Wenn es stimmt, dass der Kapitalismus moderne Gesellschaften in massiver Weise prägt und wir es ebenso als zutreffend betrachten, dass die ökonomische Logik in vielfältige Lebensbereiche und gesellschaftliche Wertsphären außerhalb der Ökonomie eingeflossen ist und dort maßgeblich Wirkungen entfaltet, so müssen für eine Gesell-

schaftsdiagnose diese ökonomisch-gesellschaftlichen Verflechtungen in den Blick genommen werden.

Blick auf eine schwindelerregende Gesellschaft

Von Johann Wolfgang von Goethe ist überliefert, dass er an Höhenschwindel litt und während seiner Studienzeit in Straßburg (1770) regelmäßig auf den Turm des Münsters stieg (seinerzeit der weltgrößte Kirchturm). Nach eigenen Berichten hat ihm das, was Therapeuten heute eine »systematische Desensibilisierung« oder »Angst-Konfrontationsmethode« nennen würden, geholfen, seine Schwindelgefühle zu überwinden.⁶ Womöglich hat der Ausblick vom hohen Kirchturm auch seine Sicht auf eine sich verändernde Gesellschaft inspiriert, also den Umbruch von einer feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, den er besonders in *Wilhelm Meisters Lehrjahre* und *Faust II* zum Thema machte.

Mit einem Umbruch haben wir es auch in der heutigen Gesellschaft zu tun, gleichwohl in einer ganz anderen und deutlich komplexeren Art und Weise. Um Entwicklungen in unserer schwindelerregenden Gesellschaft besser zu verstehen, wird auch hier der »Blick von oben« eingenommen – »von oben drauf«, nicht »von oben herab«, wohlgemerkt.

Die in dieser Einleitung für den Anfang gesponnenen Fäden sind in den nun folgenden Texten aufgenommen und – so die Absicht – zu einem Gewebe verknüpft, das das Muster der schwindelerregenden Gesellschaft erkennbar machen soll. Die hierzu versammelten Texte basieren weitestgehend auf Debattenbeiträgen, die ich in den letzten Jahren (teilweise gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen) insbesondere bei der *Zeit*, bei *Zeit Online*, *Spiegel Online* und in der *Neuen Zürcher Zeitung* publiziert habe. Sie umreißen ausgewählte Facetten eines gesellschaftlichen Umbruchs, in dem wir uns aktuell befinden und der in weiten Teilen durchaus Anlass zur Besorgnis gibt. Es geht mir mit diesem Buch einerseits

darum, einen Beitrag zu einem besseren Verständnis unserer Gesellschaft zu leisten. Die für diesen Zweck behandelten Themen decken dabei bewusst ein durchaus breiteres inhaltliches Spektrum ab. So werden gesellschaftspolitische und ökonomische Zusammenhänge ebenso angesprochen wie die Rolle der Medien und des Journalismus, bildungspolitische Aspekte ebenso thematisiert wie das Wissenschaftssystem, Themen der Digitalisierung und der Robotik ebenso behandelt wie Fragen der Ethik. Andererseits will ich mich in meinen Ausführungen nicht damit begnügen, lediglich eine Gesellschaftsdiagnose anzufertigen. Auch wenn mit den folgenden Texten mehr Fragen aufgeworfen werden als Antworten gegeben werden können, will ich hin und wieder durchaus auch konkrete Hinweise und Orientierungen formulieren, verbunden mit der Hoffnung, einige praktische Impulse für eine bessere Gesellschaft setzen zu können.

Ich beginne im ersten Teil des Buches damit, die unübersichtlicher und fragmentierter werdende Gesellschaft zu charakterisieren, die an einer Schwelle steht, an der es die alte Welt nicht mehr gibt und die neue noch nicht da ist. Diese sogenannte liminale Periode des »Dazwischen« sorgt für individuelle wie gesellschaftliche Unsicherheiten im sozialen Raum, wodurch die Gesellschaft anfällig wird für betrügerische Schwindeleien, die wiederum neue Unsicherheiten stimulieren – ein Teufelskreis. Die Gründe dafür sehe ich unter anderem in der Herausbildung eines »neuen Ichs«, das sich als etwas Einzigartiges, etwas Besonderes versteht. Das neue Ich will sich erleben – im Konsum, bei der Arbeit, in Partnerschaften, in der Sexualität, im Politischen, ja in allen Lebensbereichen. Die gesellschaftlichen Institutionen sind jedoch auf die Emotionen, das expressive Handeln und die Kritik des neuen Ichs an der bestehenden Ordnung nur ungenügend vorbereitet. Dies zeigt sich unter anderem im Politischen, wo dringend über neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und der Partizipation nachgedacht werden sollte, will man nicht im Zustand des

politischen Dauerflashmobs enden. Dass die Gesellschaft aus den Fugen ist, zeigt sich auch in der politischen Gemengelage und den Veränderungen in der Parteienlandschaft, was die großen Volksparteien besonders hart trifft. Der Niedergang der Sozialdemokraten in Deutschland, so will ich zeigen, ist dafür eine Illustration und ein schmerzliches Beispiel. Der Partei fehlen die Heldengeschichten, inzwischen hat sie praktisch keine (guten) Geschichten mehr zu erzählen.

Unter dem Titel »Abgründe und Gratwanderungen« versammelt der zweite Teil des Buches neun Texte zu verschiedenen Facetten der Ökonomie. Es gibt, wie ich meine, systemische Gründe dafür, weshalb die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaften »Schwierigkeiten mit der Moral« haben. Sie liegen ideengeschichtlich im Konzept eines »halbierten Liberalismus« und einer mitunter zu großen ideologischen »Liebe zum Markt«. In praktischer Hinsicht komme ich – vor dem Hintergrund der Abgasmanipulationen durch Volkswagen und die Geschäftspraktiken von Facebook, zwei Beispiele, die symptomatisch für eine Vielzahl anderer Fälle stehen – zu der Einschätzung: Der Wahnsinn hat Methode. Aus diesen Bestandsaufnahmen folgen einerseits Überlegungen, die dafür plädieren, die Wirtschaftswissenschaften kulturtheoretisch zu wenden, denn »Ökonomie ist Kultur«. Andererseits leiten sich daraus in den folgenden Texten praktische Hinweise auf zum Beispiel eine veränderte Ordnungs-, Unternehmens- und Bildungspolitik ab.

»So ein Theater – Medien, Wissenschaft, Schauspiel« heißt der dritte Buchabschnitt. Die öffentlich-rechtlichen Medien abschaffen? Zum Glück (noch) nicht, sind sie doch eine »Bastion der Demokratie«, die auch zu verhindern hilft, dass die gesamte Medienlandschaft in die Hände interessierter Milliardäre fällt, die aus dem Prozess der Meinungsbildung machtpolitisches Kapital schlagen. Wie verhält es sich aber eigentlich mit den Rezipienten? Eine Demokratie funktioniert

nicht ohne aufgeklärte Bürger, die sich auch über die Medien eine Meinung bilden. Aber informiert und bildet sich der Bürger im Zeitalter des Internets wirklich noch? Oder begnügt er sich damit, in »Retweets, Hashtags, Likes« jeweilige Befindlichkeiten, spontane Meinungen und – nicht selten – überschäumenden Hass abzulassen? Warum so ein Theater? – will ich dann fragen, wenn sich herausstellt, dass ein junger Journalist seine Reportagen manipuliert hat. Dieser Schwindel überrascht eigentlich nicht wirklich, dennoch standen die Medien Kopf nach der entsprechenden Meldung. Dabei könnte die nüchterne Betrachtung helfen, den tatsächlich zugrunde liegenden Problemen auf die Spur zu kommen. Und schließlich nach »Fake News« jetzt auch noch »Fake Science«? Davon jedenfalls war eine Gruppe von Journalisten überzeugt – und lag damit ziemlich daneben. Es gibt Probleme in der Wissenschaft, aber andere – als da sind fehlgeleitete und eindimensionale Anerkennungssysteme und eine gefährliche Nähe zur Privatwirtschaft. Letzteres wird durch das Sponsoring eines Forschungsinstituts durch die Firma Facebook an der Technischen Universität München klar veranschaulicht. Und warum es Theater auch im Theater gibt, zeige ich zuletzt noch an Ferdinand von Schirachs interaktivem Stück *Terror*, mit dem sich der gelernte Jurist schwer vergriffen hat. Es gibt Dinge, zum Beispiel Menschenleben, über die sich einfach nicht abstimmen lässt.

Im vierten und letzten Teil des Buches wage ich den Blick in die nahe Zukunft, die, das zeichnet sich sehr deutlich ab, massiv durch ein Voranschreiten in den Bereichen der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz geprägt sein dürfte. Wir sollten diese Entwicklungen mit Augenmaß begleiten, denn sie bieten ebenso Chancen wie Risiken. Eine Form der Kritik an der künstlichen Intelligenz konfrontiert die Gegenwart oder mögliche Zukunft gerne mit hehren Ideen und übersieht dabei leider oft die natürliche Dummheit des Menschen. Die Ambivalenz bestimmter Entwicklungen zeigt

sich im Bereich der Robotik, wie der Beitrag »Dingsbums – Sex mit der Maschine« exemplarisch illustriert. Dieses Beispiel ist nicht nur instruktiv für einen extremen Fall von Mensch-Maschine-Interaktionen, sondern lädt zum Philosophieren über eine »Roboterethik« und eine neue Ethik insgesamt ein, wie die beiden daran anschließenden Kapitel andeuten. Die neuen technischen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung werden unser Handeln jedoch nicht nur in sozialen Nahbereichen und durch direkte Interaktionen mit Maschinen prägen, sondern auch die Weltgesellschaft gehörig durcheinanderwirbeln. Und womöglich wird sogar der Kapitalismus in naher Zukunft abdanken müssen, denn in China entwickelt sich durch das sogenannte »Social Credit System« ein Vorhaben, für das ich als Folge eine Renaissance der Planwirtschaft à la Lenin 4.0 prognostiziere und einen neuen Systemwettbewerb, bei dem die totgesagte Planwirtschaft durch den Einsatz neuer technischer Möglichkeiten den demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften kräftig Konkurrenz machen dürfte.

In den hier versammelten Texten werden ausgewählte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in den Blick genommen – der Gegenwart ebenso wie der nahen Zukunft. Obwohl es mir dezidiert um Werte und moralische Fragen geht und dazu auch vielfältige kritische Perspektiven entfaltet werden, nehmen die Texte Abstand davon, zu moralisieren. Ich meine nämlich, dass es ein Grundproblem vieler unserer gesellschaftlichen Diskussionen ist, allzu schnell und zu unüberlegt die moralische Keule zu schwingen. Moralische Bewertungen können sein – und sollten sogar sein –, dies jedoch stets auf der Grundlage eines möglichst guten Verständnisses der Situation, der Hintergründe und der oft unsichtbaren Tiefenschichten. In diesem Sinne beabsichtigt das Buch besonders zweierlei: Es will durch Beschreibungen und Analysen Orientierungen in einer sich stark verändernden und schwindelerregenden Gesellschaft anbieten und genau *dadurch* so manchen Schwindel entlarven.

The background of the image is composed of thick, fluid, wavy lines in black and white. These lines flow from the top left towards the bottom right, creating a sense of movement and depth. The lines vary in thickness and curvature, some forming broad, open loops while others are more tightly packed.

GESELLSCHAFT AUS DEN FUGEN



Teil I

1. Der überforderte Mensch und die Erosion der Gesellschaft⁷

Unsere Gesellschaft nimmt Fahrt auf. Entwicklungen laufen immer schneller, Strukturen werden immer unübersichtlicher und fragmentierter, darin sind sich Soziologen einig. Kein Wunder, dass Menschen davon regelrecht schwindelig wird, viele nicht mehr hinterher-, manchmal auch nicht mehr klar-kommen in dieser komplexen Welt der Globalisierung, des Klimawandels, der Massenmigration und Diversität. Und als ob nicht alles schon erschöpfend und verwirrend genug wäre, zeichnen sich unter den Stichworten Digitalisierung und Robotik längst die nächsten tief greifenden Veränderungen ab.

Moderne, auf Fortschritt basierende Gesellschaften stehen vor der permanenten Herausforderung, ihre Normen und Konventionen anzupassen, um die komplexer werdende

Wirklichkeit verstehbar zu machen. Dabei bieten die politisch, ökonomisch, technologisch und kulturell sich vollziehenden Transformationsprozesse nicht nur Risiken, sondern auch Chancen.

Der überforderte Mensch

In seinen Untersuchungen zur Entwicklung von Gesellschaften machte der amerikanische Anthropologe und Historiker Joseph A. Tainter deutlich, dass gesellschaftliche Krisen und Zusammenbrüche neben organisationalen immer auch individualpsychologische Ursachen haben.⁸ In einer ständig komplexer werdenden Lebenswelt finden die Menschen keine stabilen Bewältigungsstrategien mehr, mittels derer sie ihre Existenz sinnvoll in die Veränderungen einpassen können. Begriffe wie Globalisierung, Migration, Digitalisierung wirken gemessen an ihren konkreten Auswirkungen irgendwann nur noch wie abstrakte Ungetüme in ebenso abstrakt wirkenden Zeitdiagnosen. Mit den im realen Leben von Menschen stattfindenden Veränderungen haben sie wenig zu tun.

Weil viele nur noch mit Mühe Schritt halten können, ihre emotionale und narrative Anpassungsfähigkeit an Grenzen kommt, entfremden sie sich von der Welt, wenden sich von ihr ab und einfachen Erzählungen zu, in denen und durch die das eigene Leben irgendwie noch Sinn ergeben und einen Rahmen finden kann. Es sind also nicht allein technologische Veränderungen oder Ressourcenengpässe, die gesellschaftliche Krisen auslösen, hinzu kommt die Schwerfälligkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft anders zu denken und dann zu leben als in der bisher gewohnten Konvention. Je heterogener und fragmentierter sich die Menschen wahrnehmen, desto mehr löst sich die kulturelle Verklammerung. Das »Wir im Ich« wird porös und macht das gesellschaftliche Miteinander schwierig.

Erosion der Gesellschaft, postdemokratische Zukunft?

Ist ein bestimmter Grad an gesellschaftlicher Entfremdung erreicht, kann eine Krise auch bis zur Auflösung grundlegender Strukturen der sozialen Ordnung führen. In den Übergangsphasen von den bestehenden hin zu neuen Strukturen lösen sich etablierte und bewährte gesellschaftliche Deutungen zwangsläufig auf, verlieren herrschende Ordnungs- und Regelungsprinzipien ihre Gültigkeit. Die Welt verflüssigt sich. Sie befindet sich in einer liminalen Periode, wie es der Ethnologe Victor Turner nennt, einem Schwellenzustand: Die alte Welt ist nicht mehr und die neue ist noch nicht da. Sie ist, so Victor Turner, im Zustand des »betwixt and between«.⁹ Das ist die Diagnose unserer heutigen Situation. Und wie wird sie werden, unsere zukünftige Gesellschaft? Wird sie eine bessere sein? Oder doch schlechter als die heutige? Denkbar ist prinzipiell beides, wobei Konturen einer möglichen neuen Ordnung bereits sichtbar werden, die aus meiner Sicht eher Anlass bieten für einen gewissen Pessimismus – vor allem im Hinblick auf die Basiswerte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sofern man sie als Errungenschaften versteht, die es zu bewahren gilt. Denn es mehren sich Hinweise auf eine Entwicklung hin zu einer postdemokratischen und neo-feudalen Ordnung, in der fundamentale moralische und politische Errungenschaften der Neuzeit kaum mehr Gültigkeit beanspruchen können.

Was wir heute in vielfältiger Weise beobachten können, ist die Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung durch Mittel des Obszönen und des subversiven Humors, das gezielte Brechen gesellschaftlicher Konventionen und Regeln des Anstands durch fruchtlose Debatten um Fake News oder sogenannte alternative Fakten, die Unterhöhlung von wissenschaftlichen Befunden und die Infragestellung von Experten-

wissen. Vorstellungen einer rationalen Gesellschaftsordnung verflüssigen und verflüchtigen sich damit tendenziell.

Miriam Meckel hat die Symptome dieser Verflüssigung von Werten und Wahrheit einmal so auf den Punkt gebracht:

»Sie haben die Möglichkeit, sich hinzustellen und zu sagen, die Erde ist eine Scheibe.« Wird diese Sichtweise mit wissenschaftlichen Belegen widerlegt, heißt es: »dann lügen diese Zahlen und Fakten und diese Studien«.¹⁰ Argumente dienen nicht mehr der Wahrheitsfindung, sondern verkommen zu bloßer Rhetorik im Kampf gegnerischer Gruppen: *Right or wrong – my country!*

Erscheinungsformen wie diese gehen zeitlich mit der Entstehung des Internets einher. Die damit verbundenen neuen technologischen Möglichkeiten haben einer paradoxen Entwicklung Vorschub geleistet: Sie ermöglichen freien Zugang zu unbegrenzt vielen neuen Informationen und untergraben zugleich deren Gehalt und Aufklärungswert. Dadurch beschleunigen moderne Informations- und Kommunikationsmedien die Kulturerwärmung und den Wechsel der Aggregatzustände in der Gesellschaft: Vormalig feste Strukturen verflüssigen sich.

Bullshit statt Lüge

Das erreichte schwindelerregende Tempo der Gesellschaft provoziert nicht nur Schwindelgefühle bei einem großen Teil der Menschen, sie produziert auch reichlich Schwindler unter ihnen. Wohlgemerkt Schwindler und keine Lügner, denn eine Lüge bezieht sich noch auf eine geteilte Vorstellung von Wahrheit. Schwindler hingegen, so der Philosoph Harry Frankfurt, »bullshiten«, erzählen blanken Unsinn – sei es aus Ahnungslosigkeit, sei es aus strategischem Kalkül oder beidem.¹¹ Sie fantasieren nach Strich und Faden, und zwar mitunter bewusst jenseits einer geltenden Diskursordnung. *Bullshit* setzt sich über die Idee der Wahrheit hinweg und

zersetzt damit die herrschende Ordnung. Der Anspruch auf »Wahrheit« wird der Durchsetzung von Eigeninteresse untergeordnet. Die Welt wird eben gemacht, »widdewidde wie sie mir gefällt«. Wir kennen das aus der Werbung seit eh und je. Mittlerweile hat das *Bullshiten* auch die Politik erreicht. Man kann fast froh sein, wenn gelogen wird: Den Lügner kann man noch argumentativ stellen, den *Bullshiter* nicht.

Ob innen- oder weltpolitisch betrachtet, im Ringen um Aufmerksamkeit spielen sich diejenigen Figuren an die Spitze, die das mediale Spiel virtuos beherrschen und gleichzeitig über hinreichende politische oder ökonomische Macht verfügen, sich Gehör zu verschaffen. In Schwellenzuständen nutzen selbst ernannte Leitfiguren die Gunst der von Unsicherheit geprägten Stunde, indem sie die Delegitimation der alten Ordnung vorantreiben und gleichzeitig der Idee einer neuen Ordnung Gestalt geben.

Die Verkünder der neuen Ordnung pressen so ihre eigenen Interessen in Form. Sie bieten sich als Fluchtpunkt für eine neue Zukunft an und reizen etwas aus, das man vielleicht als eine anthropologische Konstante bezeichnen kann, ein menschliches Verlangen, das in liminalen Perioden besonders stark hervortritt: die Suche des Einzelnen nach Gemeinschaft. In Momenten existenzieller Unsicherheit ist es gerade die Gruppe, die dem Einzelnen Halt und neue Resonanzräume geben kann. Und hier ist aus meiner Sicht ein zentraler und gleichzeitig gefährlicher Kristallisationspunkt: Mit viel Glück wirken die neuen Figuren durch neue Erzählungen integrierend; das heute verbreitete Pech will es aber, dass sie unter dem Leitmotiv »wir gegen die anderen« antreten, um die Gesellschaft durch Ausgrenzungen zu spalten.

Alles im Fluss

In liminalen Zeitfenstern ist alles im Fluss, und niemand kann wissen, welche Zukunft wir vor uns haben. Sicher ist nur eines: Neben der Verteidigung von Wahrheit und den Anstrengungen, einen rationalen Diskurs aufrechtzuerhalten, muss es vor allem um »Wachsamkeit« gehen.¹² Wachsamkeit gegenüber Bullshit und Wachsamkeit gegenüber selbst ernannten Helden. Welche Ziele verfolgen die neuen Figuren? Es ist höchste Zeit, zu fragen, welchen Wert wir unserer alten Ordnung zusprechen und was wir bereit sind, für ihren Erhalt zu tun, um nicht irgendwann vollends in einer postdemokratischen und neofeudalen Gesellschaft zu enden.

2. Fluide Identitäten und das neue Ich

Wenn es wie hier behauptet stimmt, dass wir in einem liminalen Zeitalter des Dazwischens, einer Periode des »betwixt and between« leben, die alte Welt nicht mehr und die neue noch nicht da ist, dann gilt es, sich auf die Suche zu machen nach möglichen Gründen dafür oder wenigstens einige Facetten dieser Schwelle und der damit verbundenen Schwindelgefühle genauer zu beleuchten.

Reich mir mal den Rettich rüber

Der Musiker und Kabarettist Rainald Grebe besingt in seinem Song »Dreißigjährige Pärchen« den Verlauf eines abendlichen Sushi-Essens: Klaus, Beate, Uschi und Dirk, zwei Paare aus Berlin-Mitte, unterhalten sich über so allerlei – die Größe von Pfeffermühlen, Reiseziele, über die Liebe. Der Refrain »Reich mir mal den Rettich rüber« leitet vom einen Gesprächsthema zum anderen.¹³

Grebe porträtiert in diesem Lied sehr geschickt, was Zeitdiagnostiker als »Singularisierung« oder »Pluralisierung«

bezeichnen und damit nicht nur den vordergründigen Umstand meinen, dass in unserer Welt irgendwie alles bunter geworden ist, wir eine im historischen Vergleich größere Vielfalt in der Bevölkerung vorfinden oder eine Pluralität von Meinungen vorherrscht. Dies sind eher aus einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess herausragende Erscheinungsformen denn Ursachen von Singularisierung, so jedenfalls der deutsche Soziologe Andreas Reckwitz wie auch die österreichische Philosophin Isolde Charim.¹⁴ Als Ursache für eine singuläre Gesellschaft machen beide Autoren eine gesellschaftliche Neukonfiguration seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts aus, die sie als einschneidend betrachten. Um was geht es dabei?

Das Industriezeitalter brachte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine auf Konformität ausgerichtete Massenkultur hervor. Ob im Konsum, in der Arbeitswelt, in Partnerschaften, der Sexualität oder im Politischen, die Lebensentwürfe, die Lebensweisen und die Weltbilder der Menschen waren – jedenfalls im Vergleich zur sogenannten Spätmoderne – relativ homogen.¹⁵ Die Welt war, wenn man so will, gut sortiert. Es gab eine Normalität, und die Bewertungsmaßstäbe für diese Normalität (also gesellschaftliche Normen) waren eher eindeutig als uneindeutig. Natürlich bleibe »die Einheitlichkeit der Gesellschaft ... immer bis zu einem gewissen Grad eine Fiktion – eine Fiktion, die durch massive politische Eingriffe immer wieder hergestellt werden musste«. Aber »es war eine funktionierende Fiktion«, schreibt Charim.¹⁶ Gesellschaftliche Einheit bedarf eines gewissen Maßes an Homogenität, nicht aber vollständiger Einheitlichkeit.

In den letzten rund 30 Jahren ist das, was normal ist, uneindeutig, ja ambivalent geworden. Dies hat nicht nur mit neuen Wahlmöglichkeiten in einer »Multioptionsgesellschaft«¹⁷ zu tun, sondern mit einer (neuen) Individualisierung in allen möglichen Lebensbereichen, bei der es nicht mehr um Konformi-

tät, sondern um ein Besonders-Sein, um das singuläre Ich geht. Dieses »neue Ich«, wie ich es nennen will, findet in vielfältiger Weise seinen Ausdruck – und nicht nur das, Ausdrucksformen und Lebensweisen (in der sozialwissenschaftlichen Theorie spricht man auch von sozialer Praxis) fabrizieren dieses neue Ich sogar.

Früher trank man Filterkaffee (meine Oma nannte es immer Bohnenkaffee) der Sorten Dallmayr Prodomo, Jacobs Krönung oder die Feine Milde von Tchibo. Heute kauft man ganze Bohnen (für den eigenen Kaffeeautomaten natürlich) beim Barista seines Vertrauens, der Kaffee wie teuren Whiskey oder Wein zelebriert. Hin und wieder kommt sogar der Kleinbauer Pedro aus Costa Rica vorbei und informiert auf einer Europa-Tournee über seine nachhaltigen Anbaumethoden und die Qualität des Kaffees. Das schafft Kundenbindung.

Ohnehin, besonders beim Genuss von Lebensmitteln will man heute einzigartig sein. Man ist, was man isst. Sushi beispielsweise als (immer noch) etwas Besonderes, was die Eltern einfach nicht verstehen wollen: »Rohes Fisch auf kaltem Reis mit Algen tun die doch in den Müll«, krakeelt Rainald Grebe dazu ins Mikrofon. Es kann auch mal ein (Gemüse-)Döner sein, dann aber natürlich von »Mustafa« in Berlin-Kreuzberg am Mehringdamm – lange Schlange garantiert, ein Astra als Wegbier in der Hand.

Reiseziele, ein anderes Beispiel, schreibt Andreas Reckwitz, »können sich nicht länger damit begnügen, einförmige Urlaubsziele des Massentourismus zu sein. Es ist vielmehr die Einzigartigkeit des Ortes, die besondere Stadt mit authentischer Atmosphäre, die exzeptionelle Landschaft, die besondere lokale Alltagskultur, denen nun das Interesse des touristischen Blicks gilt.«¹⁸ Besagter Dirk sieht das auch so: »Asien ist nicht mehr mein Fall, Asien – ist total überlaufen«, singt Grebe.

Katalogmöbel sind uncool, stattdessen lieber die Vitrine aus dem 19. Jahrhundert, am besten noch eigenhändig restauriert. »IKEA kommt mir nicht ins Haus. Bis auf den Tisch da, der ist von IKEA. Der sieht aber nicht nach IKEA aus«, heißt es in Grebes Song weiter.

Das neue Ich

Dies sind nur einige Beispiele, die auf einen neuen Typus von Mensch im 21. Jahrhundert hindeuten. Doch nicht nur in Konsumpraktiken drückt sich das neue Ich aus und bildet sich heraus. Entsprechende Praktiken finden sich auch in anderen, ja im Grunde in allen Lebenskontexten: im Bereich der Arbeit (cooler Start-up-Gründer statt Investmentbanker, Tischler statt Ingenieur, trotz erfolgreich verlaufener Karriere sich noch einmal völlig neu erfinden), in partnerschaftlichen Beziehungen (offen und experimentell statt öde Ehe, auch mal ganz anders: Single aus Berufung) oder im Bereich der Sexualität (»nichts muss, alles kann«). All diese Formen von Lebenspraxis sind stark expressiv, und es ist wichtig, darüber mit anderen zu kommunizieren.

Es mag paradox erscheinen, aber obwohl das neue Ich seine Identität aktiv sucht, gestaltet und in den Lebensmittelpunkt stellt, weist es eine vergleichsweise geringe Identität¹⁹ auf, und zwar nach innen wie nach außen.

Eine Identität wird im Rahmen der neuen Individualisierung nicht einfach angenommen. Sie wird vielmehr in einem stetigen Prozess erarbeitet, in einer Auseinandersetzung mit sich selbst und in der Interaktion mit anderen. Dies ist, wie gesagt, kein einmaliger Vorgang nach dem Motto: Ich entscheide mich für eine Ausbildung als Bankkaufmann bei der Deutschen Bank, und dort arbeite ich dann bis zur Pensionierung; oder ich wähle mit 18 Jahren die CDU, und dabei bleibe ich ein Leben lang. Das ist die alte Welt.

In Anlehnung an das erste Kapitel kann man auch sagen, dass die Identität des neuen Ichs fluide ist, jedenfalls einen anderen Aggregatzustand aufweist, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Daraus resultiert zum einen eine geringere Verlässlichkeit und Erwartungssicherheit über das Verhalten der Menschen. (Womöglich erklärt dies auch, weshalb Wahl- und Abstimmungsprognosen, wie bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen oder bei der Brexit-Abstimmung 2016, inzwischen so danebenliegen können.) Zum anderen bedeutet die Herausbildung einer Identität des neuen singulären Ichs harte Arbeit, denn es handelt sich dabei um einen nie abgeschlossenen Entwicklungsprozess. Dies kann in der Wahrnehmung ebenso befreiend wie überfordernd und angstbehaftet wirken; es ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich oder auch beim Einzelnen mal so und mal so. Fertig ist das singuläre Ich allein schon deshalb nie, weil sich das Einzigartige ja in Differenz zu anderen manifestiert. Ein Tattoo ist inzwischen uncool, denn das hat heute jeder. Man wird daher neue Distinktionsmerkmale finden müssen – wieder und immer wieder. Die Selbstverortung des neuen Ichs ist schwindelerregend.

Zurück zu Klaus, Beate, Uschi und Dirk, den zwei Pärchen aus Berlin-Mitte: Ob es sich um Urlaubsreisen, den Genuss von Lebensmitteln oder um Möbel handelt, es geht in der über sie erzählten Geschichte nicht um Distinktionsbemühungen eines bestimmten sozialen Milieus oder umgekehrt um Identifikation mit einem ausgewählten Milieu, zu dem man gerne gehören möchte. Es geht darum, ein Einzigartiger zu sein. Natürlich ist das eine Fiktion, wie uns Rainald Grebe spitzzünftig vorführt, denn Klaus, Beate, Uschi und Dirk gibt es millionenfach oder, um es mit einer Zeile aus einem andern Grebe-Song zu sagen: »Die Menschen sehen alle gleich aus, irgendwie individuell.« Auch der Sushi-Abend ist im Grunde konventionell und mit konservativen Haltungen heftig durchsetzt: »Reich mir mal

den Rettich rüber.« Das neue Ich ist aber eine Fiktion, die für die Subjekte funktioniert.

Klaus, Beate, Uschi und Dirk essen übrigens schon lange kein Sushi mehr. Grebes Song stammt aus dem Album *Volksmusik* aus dem Jahr 2007. Inzwischen haben die vier neue Distinktionen gefunden: Klaus und Dirk wurden ein homosexuelles Paar, Beate gründete ein Start-up und Uschi wird dieses Jahr den Kilimandscharo besteigen. Erst mal. Dann kommt wieder etwas Neues. Wieder und immer wieder.

Alte Institutionen, neues Ich

Das neue Ich ist nicht nur für das Leben des Einzelnen relevant, es führt auch zu durchaus massiven gesellschaftlichen Veränderungen, die heute schon zu beobachten sind.

Die Zeit der Aufklärung und die damit verbundene Emanzipation von traditionellen Autoritäten, wie feudalen Herrschaftssystemen oder der Kirche, kann als die Epoche der Erfindung des Individuums verstanden werden. Wenn wir heute oft negativ konnotiert von einer individualisierten Gesellschaft sprechen, so sollte im Lichte dieser Entwicklung nicht vergessen werden, welche liberale und freiheitliche Kraft damit verbunden war, von der wir auch heute noch als freie Menschen profitieren. (Richtig verstandene) Freiheit ist ein hohes, vielleicht das höchste Gut.

Wesentlicher für die Argumentation hier scheint, dass sich in der Moderne (im Anschluss an die Aufklärung) neue oder modifizierte Institutionen herausgebildet haben. Dies war nötig, um die neue Gesellschaft zu koordinieren, die nicht nur ihre Orientierung an traditionellen Herrschaftsregimen verloren hatte (und verlieren wollte), sondern sich auch von kleinen Gemeinschaften hin zur anonymen Großgesellschaft entwickelte. Und es ging auch darum, mit den neuen Institutionen so etwas wie einen »Bürgersinn« zu schaffen, der ja

nicht vom Himmel fällt, sondern erlernt und entwickelt werden muss. Die Herausbildung eines Parteiensystems, die Entwicklung des modernen Rechtswesens sind ebenso Beispiele für neue institutionelle Arrangements wie die Entwicklung von Medien, die Gründung von Gewerkschaften oder die Modernisierung der Wissenschaften und des Bildungswesens.

Isolde Charim sieht nun im Übergang vom klassischen Subjekt zum neuen Ich einschneidende Veränderungen, die das soziale Gefüge der Gesellschaft geprägt haben und verstärkt prägen werden.²⁰ Da es dem neuen Ich immanent ist, sich als singulär zu verstehen, ist per se die Zugehörigkeit zu Großgruppen wie politischen Parteien, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen für die Subjekte kaum mehr interessant oder wird maximal nur noch temporär gepflegt. Hinzu kommt, dass das neue Ich sich erleben und bestätigen will, verändern will es sich nicht: »Im Zeitalter der Authentizität«, schreibt Charim dem kanadischen Philosophen Charles Taylor folgend, »gehe es nicht nur darum, einen eigenen Weg zu wählen – eine eigene Kirche, eine eigene Partei oder sonst eine eigene Gruppierung –, sondern darum, dass diese ›mich ansprechen‹ muss ... als der, der ich bin.«²¹ Und schließlich, noch einen Schritt weiter: Gesellschaftliche Institutionen, die das Subjekt verändern wollen, werden vom neuen Ich nicht nur auf Abstand gehalten, sondern auch aufgrund ihrer moralbildenden Absichten skeptisch betrachtet und kritisiert. Dies passt dazu, dass sich die Identität des neuen Ichs weniger aus Gemeinsamem als aus Unterschieden speist.

Neukonfiguration der Gesellschaft

Diese hier nur angedeutete Perspektive wirft ein Licht auf die Neukonfiguration der Gesellschaft. Sie vermag zum Beispiel den Abstieg der großen Volksparteien (siehe dazu das folgende Kapitel), den massiven Mitgliederschwund bei Gewerkschaften, Kirchen und ähnlichen Großgruppen erklären.

Ähnlich verhält es sich mit der Skepsis des neuen Ichs gegenüber anderen traditionellen Institutionen wie Medien, die als erzieherisch (»Haltungsjournalismus«) und tendenziell »linksgrün versifft« wahrgenommen und beschrieben werden. Das betrifft wenigstens den »Mainstream«, wie es immer wieder heißt. Von einem »Mainstream« freilich kann man sich als singuläres Ich ganz und gar nicht repräsentiert fühlen, weshalb er schon aus diesem Grund abgelehnt und den Medien die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird.

Überhaupt, man will sich nichts vorschreiben lassen. Verbote jedweder Art mag das neue Ich nicht, besonders keine Redeverbote, denn sie laufen seiner expressiven Haltung entgegen. Auf *political correctness* pfeift man daher – »man wird doch wohl noch sagen dürfen«. Ebenso wenig mag man moralische Argumente, denn diese kommen von Gutmenschen, Weltverbesserern und Moralisten – übrigens allesamt zynische Abgrenzungsbegriffe von im Grunde positiv konnotierten Wortbedeutungen.

Was mit diesen Beispielen hier nur angedeutet werden soll: Ich meine, unsere gesellschaftlichen Diskurse sind nicht nur stark ideologisch (das waren und sind sie immer), sondern zudem hochgradig emotional und expressiv, worauf ich im anschließenden Kapitel näher eingehen werde. Gesellschaftliche Institutionen können dauerhaft nur Bestand haben,

wenn sie die nötige Legitimation besitzen, also von den Menschen getragen werden. Sie werden jedoch, so meine Einschätzung, von immer weniger Menschen als legitim betrachtet.

Ich würde im Moment nicht davon sprechen wollen, dass die tragenden Institutionen unserer Gesellschaft massiv erodieren oder gar kurz vor dem Kollaps stehen. Was man aber sicherlich beobachten kann, ist ein Ringen um gesellschaftliche Veränderungen. Ginge ein solches Ringen mit dem Austausch von Argumenten einher, wäre es ein Geben und Nehmen von Gründen, so könnte man von einem sehr begrüßenswerten demokratischen Prozess sprechen. Doch genau das muss bezweifelt werden, und zwar besonders aus den zwei Gründen, dass sich die Identität des neuen Ichs aus Unterscheidungen gegenüber anderen speist und dass Emotionen sowie Affekte einem vernünftigen Diskurs im Wege stehen und nur schwer ausgeräumt werden können. Beides soll im Folgenden genauer betrachtet werden.

3. Die Gesellschaft als Flashmob

Es ist in den letzten Jahren oft die Rede davon, dass sich Menschen »abgehängt« fühlten in unserer Gesellschaft. Dass dieses Gefühl in Teilen der Gesellschaft tatsächlich verbreitet ist (siehe dazu auch Teil II), dürfte allerdings weniger in aussichtslosen ökonomischen Situationen von Menschen begründet sein. Vielmehr scheint dies auf Gründe zurückzugehen, die kultureller Natur sind. Um es deutlich zu sagen: Es gibt sie weiterhin, eine Unterschicht, in der Menschen den Eurocent oder Rappen dreimal umdrehen müssen und dennoch kaum über die Runden kommen. Für die Mittelschicht trifft dies nicht zu. Doch genau von dort gehen aktuell die größten Spannungen in unserer Gesellschaft aus, weil Teile davon in dem starken Empfinden leben, dass sie keinen gesellschaftlichen Anschluss mehr haben, ihre Anliegen keine Berücksichtigung finden.

Und deshalb entsteht, im Grunde folgerichtig, eine Parallelgesellschaft (oder wenigstens eine Parallelgemeinschaft), die sich als eigentliche und richtige Gesellschaft begreift und im Austausch mit Gleichgesinnten zum Wahrhaftigen wird. Man fühlt sich dort angesprochen »als der, der man ist«, um das Zitat von Isolde Charim hier noch einmal aufzugreifen. Es ist nicht die formalisierte Großgruppe (wie eine Partei zum Beispiel), in der man eine Art Heimat findet, sondern es sind

lose Gruppen und Foren, die das Interesse wecken. Dort mit anderen zu reden oder zu twittern, die die Dinge ebenso sehen wie man selbst, das schafft Identität.

Wir/ihr, wir/die

Verstärkt wird dieser identitätsstiftende Mechanismus durch eine »Wir/ihr-Konstellation«, bevorzugt in der Fassung »ihr da oben« und »wir hier unten«. »Oben« und »unten« sind Chiffren für entsprechend wahrgenommene Machtkonstellationen in einer Gesellschaft, in der es eben Mächtige gibt, die über die Ohnmächtigen herrschen.

Ausrufe wie »Wir sind das Volk« (und eben »die da oben«) bei den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989 und die friedliche Revolution in der DDR insgesamt drückten etwas Ähnliches aus. Die erhobenen Forderungen zielten aber über den Tatbestand einer Machtasymmetrie zusätzlich und in starkem Maße auf normativ begründete Veränderungen, die in diesem Fall demokratischer Natur waren, weil sie sich bezogen auf »das Volk« als Souverän. Mit »die da oben« sind Vertreter der klassischen gesellschaftlichen Eliten gemeint, die als besonders mächtig betrachtet werden: Die Spitzenpolitiker und Topmanager, Journalisten, Wissenschaftler und Intellektuellen oder auch hochrangigen Vertreter der Kirchen sind es, die die Geschicke der Gesellschaft maßgeblich prägen und die wirkmächtig sind, dabei ihrerseits, so die Sicht, von Privilegien profitieren, die die Strukturen der Gesellschaft hervorbringen.

Das »Ihr-da-oben-Schema« greift aber nicht nur im Hinblick auf eine gesellschaftliche Elite. So richtet sich das berechnete Eintreten für die Gleichberechtigung von Frauen nicht nur gegen die Spitzen in Politik, Wirtschaft oder Kirchen, sondern grundsätzlich gegen (über)privilegierte Akteure in jedweden sozialen Kontexten, besonders »den alten weißen Mann«. Die Demarkationslinie zwischen wir und ihr verläuft hier in

der Mitte der Gesellschaft, doch die Logik ist die gleiche: Es geht um Macht und Privilegien, die es abzuschaffen gilt.

»Wir/ihr-Unterscheidungen« sind in der Politik ebenso bedeutsam wie im Gesellschaftspolitischen, also in der tagtäglichen Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Gesellschaft. »Politik ohne Grenzen und Gegner funktioniert nicht«, sagt die belgische Politologin Chantal Mouffe (siehe dazu Kapitel 4).²² Auf dem Boden demokratischer Prinzipien und eines vernünftigen Diskurses ist dagegen nicht nur nichts einzuwenden, es ist sogar gesellschaftlich erwünscht, unterschiedliche Positionen zu markieren und über diese zu streiten. Dieser Boden wird jedoch dann verlassen, wenn Unterscheidungen über rassistische, ethnische, völkische, biologische oder irgendwelche schrägen Ideologien gemacht und dadurch Menschen in erste und zweite Klasse gruppiert werden. Genau dann wird einer Gruppe von Menschen die Würde abgesprochen und sich von einem zentralen demokratischen Prinzip verabschiedet. Und damit zusammenhängend verwandelt sich die demokratische Unterscheidung eines »wir/ihr« in ein außerdemokratisches »wir/die« – und »die«, die Menschen »zweiter Klasse«, sind nicht Teil des Diskurses. Dass spätestens seit den Flüchtlingsströmen der vergangenen Jahre eine solch menschenverachtende Rhetorik auch im deutschsprachigen Raum (wieder) um sich greift, ist politisch eine schwere Hypothek.

Vielleicht drückt sich diese Verschiebung im Diskurs besonders gut aus in dem Slogan »Wir sind das Volk«, der ja eigentlich sinnbildlich für die friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands steht. Heute jedoch wird er bei Pegida-Versammlungen zusammen mit ausländerfeindlichen Parolen skandiert, also pervertiert zu: »Wir sind das Volk« – und »die« (Ausländer) gehören nicht dazu, hier ist das »legitime Volk«, dort sind die anderen. Dahinter stehen nicht Aufklärung und demokratischer Ver-

änderungswille, sondern völkisches Denken und völkischer Populismus.

Emotionen und der politische Flashmob

Es gilt ganz klar, solche und vergleichbare Tendenzen normativ zu bewerten und eindeutig festzustellen, dass diese Art der Rhetorik außerhalb demokratischer Prinzipien liegt. Dieser Standardreflex der Verteidiger der Demokratie ist in der Tat wichtig! Man sollte jedoch nicht meinen, dass sich die entsprechenden Probleme erübrigen werden, indem man durch einen Ordnungsruf rationale Diskurse auf dem Boden demokratischer Ideen einfordert. Die Probleme liegen deutlich tiefer. Sie sind mit etwas verbunden, wozu es aktuell nur vereinzelte Diskussionen und eher unsystematische Feststellungen gibt, sie sind verbunden mit Emotionen, genauer dem Ausdruck und Erleben von Emotionen.

Unsere soziale Welt besteht nicht nur aus rationalen Argumenten und mehr oder weniger konsistenten Geschichten. »Response-Räume«²³, also Arenen, in denen Menschen sich über Sprache in vernünftigen Diskursen verständigen, sind nur ein Teil unserer gesellschaftlichen Praxis. Unter der Bezeichnung »Affekttheorie« wird eben die Bedeutung von Emotionen in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen (also nicht nur im Privaten) untersucht. Ein Augenmerk lag und liegt hierbei auf dem Zusammenhang von Emotionen und Ideologien. So wurde von dem Mitbegründer der Affekttheorie, dem amerikanischen Psychologen Silvan S. Tomkins, zum Beispiel die Frage erörtert, wie Sozialisierungsprozesse und die damit verbundene Aneignung von Emotionen in Ideologien münden können.²⁴ Neuere Forschungen rücken inzwischen die Bedeutung von emotionalen Erfahrungen und emotionalen Ausdrucksformen ins Zentrum des Interesses,²⁵ was sie in eine Verbindung bringt mit den Überlegungen zum neuen Ich. Denn das neue Ich will sich ja, wie wir gesehen haben, beson-

ders in emotionaler Hinsicht selbst erleben und zielt stets darauf ab, jemand Besonderes zu sein. Und dieses »Besonderssein« findet Ausdruck und wird fabriziert über expressive Handlungsweisen in allen möglichen Lebensbereichen.

Von wem und wie kann sich dieses singuläre Ich gesellschaftspolitisch noch angesprochen fühlen? Von wem? Sicherlich nicht von einer Partei, vielleicht sogar nicht einmal einer NGO als institutionalisierten Großgruppen. Wie? Tendenziell nicht von Angeboten, die hauptsächlich auf rationalen Diskurs setzen und damit Ausdruck des alten Establishments, der alten Ordnung sind, die kritisch gesehen wird. Außerdem bietet Vernunft für das neue Ich nicht genügend Ausdrucksformen, rational-logisch taugt eben nicht zur gewollt-emotionalen Expression.²⁶

Von wem und wie also kann sich das singuläre Ich gesellschaftspolitisch noch angesprochen fühlen?

Wohl eher von flüchtigen, flüssigen Gruppierungen, bei denen das neue Ich eine temporäre Heimat findet. Auch von Events, auf denen es sich mit Gleichgesinnten vorübergehend, in nur schwach formalisierten Strukturen, trifft und die nicht der Schaffung einer Gruppenidentität dienen, sondern vielmehr eine perfekte Möglichkeit zur Abgrenzung von anderen bieten. Das neue Ich zieht seine Identität tendenziell aus Unterschieden denn aus Gemeinsamkeiten. Zudem tragen – und das ist wichtig – diese Events zu einem emotionalen Erleben, zum Erleben von Emotionen bei. Und Emotionen haben »eine besondere Funktion, einen außerordentlichen Stellenwert. Zunehmend losgelöst von ihren bisherigen Kanalisierungen, sind sie zu *dem* Medium des pluralisierten Subjekts geworden: In den Emotionen realisiert man sich als tatsächlich Einzelner.«²⁷ Um welche Art des emotionalen Erlebnisses es sich dabei handelt, Freude, Aufregung, Wut oder Angst, so könnte man überspitzt formulieren,

ist nahezu gleichgültig. Schreihäse und Demagogen befriedigen die Bedürfnisse des neuen Ichs in dieser Hinsicht im Übrigen in vorzüglicher Weise.

Es gibt keine einfachen Antworten auf die Frage, warum wir derzeit einen zunehmenden Populismus, starke Ideologien, eine Verweigerung gegenüber rationalen Diskursen und die Infragestellung von demokratischen Prinzipien haben. Ein Teil der Erklärung liegt aber eben darin, dass die traditionellen Arenen und Foren demokratischer Partizipation das neue Ich eben nicht mehr ansprechen und sich das neue Ich emotional im politischen Flashmob erlebt.²⁸

Emotionale Erfahrungen statt konkretes Handeln, ein gutes Gefühl als Anhaltspunkt für Gerechtigkeit, gute Taten oder auch das moralisch Richtige zu tun, wird irrelevant. Diese Besorgnis äußerte Hua Hsu im *New Yorker* in Anlehnung an die Kultur- und Affekttheoretikerin Lauren Berlant: »We'd replaced tangible action with affective experience. ›What does it mean for ... social transformation ... when feeling good becomes evidence of justice's triumph?‹ Somewhere along the way, *doing* good had come to seem irrelevant – or maybe just felt impossible.«²⁹

Das »neue Politische« für das neue Ich klingt gruselig.

Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe dringend gesucht

Ein Leichtes ist es nun, sich über neue Bewegungen dieser Art lustig zu machen. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck beispielsweise fand die »Occupy Wall Street«-Bewegung »unsäglich albern«. Und Christian Lindner rief der »Generation Greta« zu: »Klimaschutz ist was für Profis«, und man möge doch jetzt bitte mal wieder die Schulbank drücken. Oder man kann dem »rechten Pack«, wie Sigmar Gabriel 2016, den Mittelfinger gepflegt vor die Nase halten. Positive Re-

sonanz oder gar Lösungen für gesellschaftspolitische Spannungen sollte man sich davon nicht erhoffen.

Genauso wenig hilft es, die neuen Formen des Ausdrucks als postpolitische Wellnesskuren von emotionsbedürftigen Menschen zu belächeln. Abgesehen davon, dass es sich dabei um durchaus berechnete Anliegen handeln kann, die eben in neuen politischen Formen artikuliert werden (wofür die Kapitalismuskritik der »Occupy«-Bewegung oder Forderungen nach Maßnahmen gegen den Klimawandel gute Beispiele sind), birgt ein »vagabundierendes Emotionspotenzial«³⁰, das über traditionelle Formen des Politischen nicht mehr kanalisiert werden kann, eine gewisse Explosionskraft. Dies gilt gerade für Entwicklungen im rechten Milieu. Das macht uns Angst, und es sollte uns auch Angst machen.

Was also ist zu tun? Es muss aus meiner Sicht mittel- und langfristig in der Tat darum gehen, die (emotionalen) Bedürfnislagen von Menschen politisch aufzufangen, will man populistischen Tendenzen entgegenwirken: also vom »Emotionsraum«³¹, wie Charim es nennt, in den Resonanzraum (hier besonders Begegnungen mit »Nicht-Gleichgesinnten«) und weiter in den Response-Raum im Sinne einer dialogischen Verständigung des Gebens und Nehmens von (guten) Gründen.³² Dafür bedarf es jedoch neuer Mittel und neuer Formen der gesellschaftlichen Teilhabe. Isolde Charim bringt dazu das Beispiel von Bürgerversammlungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Jahr 2017, bei denen es nicht darum ging, »der Rede eines Tribuns zu folgen«, sondern »darum, die Leute zu Wort kommen zu lassen«.³³ Auch wenn dies in die richtige Richtung weist, überzeugt mich dieser Vorschlag nur mäßig. Ich denke, man könnte hier etwas mehr Fantasie entwickeln.

Das neue Ich tummelt sich, wie beschrieben, nicht nur im gesellschaftspolitischen Bereich, sondern versucht, seine

spezifischen emotionalen Anliegen auch in einer Vielzahl anderer Lebenskontexte einzulösen. Es könnte zur Ausgestaltung neuer Formen der Teilhabe für die Politik lohnenswert sein, sich inspirieren zu lassen davon, wie andere Akteure attraktive Arenen und Foren für das neue Ich schaffen und wie die dahinterstehende Logik funktioniert, um dann eigene – dem Politischen angemessene – Formate und Events zu entwickeln.

Unternehmen beispielsweise sind geübte Geschichtenerzähler, die ihren Produkten und Dienstleistungen hochprofessionell Bedeutungen (jenseits des Gebrauchswerts) anheften. Sie organisieren *communities* um ihre Marken herum, um so ihre Kunden anzusprechen und diese zu binden. Medien, ein anderes Beispiel, haben in den letzten Jahren in diesem Sinne ebenso Kompetenz entwickelt und sind zudem inzwischen recht erfahren bei der Organisation von Events. Welche Formate und welche Art von Events verfangen bei den Leserinnen und Lesern wie und warum? Ein dem Politischen sehr naheliegendes Beispiel, auf das ich in Kapitel 15 eingehen werde, ist die Initiative »Deutschland spricht«, bei der Menschen unterschiedlicher politischer Auffassungen für ein Zwiegespräch zusammengebracht werden, um über gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren.

Was auch immer künftige Antworten auf die hier aufgeworfenen Fragen sein mögen, wir werden diese nur mit Mut und Fantasie für Neues finden können. Und dies bedeutet auch, das Politische (ohne Populismus) populär zu machen, denn nur so können wieder Resonanzräume und im Idealfall Response-Räume entstehen, die einer demokratischen Gesellschaft zuträglich sind. Ein Patentrezept gibt es dafür nicht. Zu Mut und Fantasie gehören soziale Experimente.

4. Helden- geschichten in der politischen Gemengelage

1989 endete eine Geschichte. Mit dem Ende des Sozialismus in der sogenannten zweiten Welt wurde ein Gesellschaftssystem besiegt, das den westlichen Gesellschaften des Kapitalismus bis dahin gegenüberstand. Die erste Welt hatte gewonnen, wie konnte es auch anders sein. Das Ende der Geschichte, von dem hier die Rede ist, meint nicht den Verfall der Institutionen des damaligen Ostblocks und die schrittweise Überführung osteuropäischer Länder in eine kapitalistische Wirtschaftsweise. Das Ende der Geschichte ist vielmehr das Ende einer Erzählung, eines Narrativs, das den Kapitalismus selbst betrifft und uns nun, 30 Jahre später, einholt.

Die verlorene Geschichte

Die Welt war klar sortiert. Der »gute« Westen hier, der »böse« Osten dort. Und in diesem Gegenüber ging es um ein Kräftemessen: beim Wettrüsten, bei den Flügen ins All, bei den Olympischen Spielen, in jedem zweiten James-Bond-Film. Es ist der Stoff, aus dem Geschichten gemacht werden, nicht nur in der Literatur oder im Film. Geschichten, die mit wenigen einfachen Zutaten auskommen: Die Unterscheidung in »wir« und »ihr« – oder besser in »wir« und »die anderen« – ist

wichtig. Dann braucht es Helden (mit Superkräften) und – auch ganz wichtig – Gegenspieler, ebenfalls mit Superkräften, damit der Wettbewerb nicht zu einfach wird. Sie markieren eine Differenz zum »Wir« und sind dadurch identitätsstiftend. Es fehlt für eine gute Story jetzt nur noch ein Set von Ereignissen, in Erzähltheorien spricht man auch von »Sujets« (Lotman), also gewissermaßen eine Szene, in der die Protagonisten ihre Kräfte messen können. Zum Beispiel baut »der Osten« eine Mauer oder Martina Navrátilová spielt gegen Chris Evert-Lloyd im Endspiel von Wimbledon.

Die Mauer gibt es nicht mehr. Navrátilová und (inzwischen nur noch) Evert sind seit vielen Jahren gute Freundinnen. Der Kontrahent ist tot. Die Geschichte ist »sujetlos« geworden und kann keine narrative Dynamik mehr entfalten. Welche Art von Geschichten gibt es nun zu erzählen?

Dem Kapitalismus ist durch das Ende des Sozialismus ein wichtiges Narrativ und damit auch ein Stück weit ein Korrektiv der eigenen Idee abhandengekommen, nämlich die Frage von gesellschaftlicher Gerechtigkeit als einen ihm inhärenten Bestandteil zu betrachten. Der Kuchen sollte über »schöpferische Zerstörungen« (Schumpeter) größer gebacken werden: Wohlstand für alle (siehe dazu auch Kapitel 10). Schön und gut, aber wenigstens in Europa immer auch mit Blick auf Verteilungs- und Partizipationschancen, so las sich Kapitalismus als »soziale Marktwirtschaft«.

Wer ist die SPD?

Es gibt eine zweite Geschichte, die mit der ersten in einem Zusammenhang steht und einen weiteren politischen Einschnitt markiert. Vor der Regierungszeit von Gerhard Schröder und Tony Blair waren auch innenpolitische Fragen nach dem genannten Muster von Gegenspielern sortiert. Es gab die wirtschaftsliberal Konservativen auf der einen Seite, für die »Freiheit« das höchste Gut war, für das sie eintraten. Auf der

anderen Seite saßen Sozialdemokraten, die (stets gewerkschaftsnah) für das Prinzip der »Gerechtigkeit« standen. Je nach politischer Gemengelage waren mal die Konservativen, mal die Sozialdemokraten am Ruder. Die Rolle des jeweils anderen nannte man damals Opposition.

Beginnend mit den Regierungen unter Schröder und Blair verwandelten sich weite Teile der europäischen Sozialdemokratie in etwas, für das sie bis heute eine Bezeichnung sucht – irgendetwas mit »Modernisierung« vermutlich. Sie besetzte klassisch wirtschaftsliberale Themen und machte sich diese, wie die Konservativen, zu eigen. Fragen der Gerechtigkeit standen fortan eher hinten. Man mag argumentieren, dass mit Ende des vergangenen Jahrhunderts eine Erneuerung der Sozialdemokratie in der Tat angebracht war, mit den alten Arbeiterparolen ohnehin kein Weiterkommen mehr möglich gewesen wäre. Man mag auch argumentieren, dass die Globalisierung nichts anderes zuließ und es Deutschland heute wirtschaftlich gut geht. Doch auch wenn all das stimmte, muss dennoch gefragt werden, um welchen Preis sich die sozialdemokratische Partei Richtung »Mitte« bewegte.

Mit Blick auf Deutschland stellt sich die Frage, was Sozialdemokratie heute, im 21. Jahrhundert, noch ausmachen kann. In den vergangenen Jahrzehnten mehrfach Juniorpartner in der Großen Koalition mit den Christdemokraten, zwischenzeitlich Regierungspartei unter Schröder, scheint sie so ziemlich jedes eigenständige politische Profil verloren zu haben. Man kann es ihren vielen wechselnden Spitzenpolitikern nicht wirklich vorwerfen, dass sie stets so blass geblieben sind und heute noch bleiben, wenn es keine wirkliche Parteiidee mehr gibt.

Geschichten in der politischen Gemengelage

Gravierender noch ist allerdings die andere Frage nach der neuen politischen Gemengelage insgesamt. Die aktuellen Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag können das Vakuum, das die Sozialdemokratie hinterlässt, bislang kaum für sich und ihre politischen Zwecke nutzen. Einem sozialistischen Narrativ der Partei »Die Linke« steht der Großteil der Bevölkerung kritisch gegenüber. Ihre Geschichte, die sie zu etablieren versucht, zielt gegen einen verallgemeinerten Gegner (»die da oben«), ohne dass sich eine eigene positive Geschichte damit verbinden würde.

»Bündnis 90/Die Grünen« machen das schon besser. Sie sind nicht mehr nur die Ökopartei, sondern wenden sich auch sozialpolitischen Themen zu, was nicht nur sachlich vernünftig, sondern auch strategisch klug ist, werden Umweltfragen inzwischen doch derart von allen Parteien besetzt, dass sie allein zur politischen Profilbildung nicht mehr taugen. Nachhaltigkeit finden inzwischen alle cool, auch wenn unter dem Begriff dann doch sehr unterschiedliche Dinge verstanden werden.

Die Popularität der Grünen in den vergangenen zwei Jahren ist durchaus bemerkenswert. Erreichten sie bei der Bundestagswahl 2017 noch enttäuschende 8,9 Prozent, sehen aktuelle Umfragen sie inzwischen mit deutlichem Abstand als zweitstärkste Partei, mit Stand Juli 2019 sogar nur knapp hinter der CDU/CSU. Vermutlich profitieren sie dabei aktuell von einer gestiegenen Sensibilität für Fragen (und notwendige Antworten) zum Klimawandel, die, angestoßen durch die »Generation Greta«, vermehrt diskutiert werden. Oder sie profitieren auch von der Art und Weise, wie sie politische Geschichten erzählen. Womöglich profitieren sie auch vom Kern einer jeden Heldengeschichte, dem Helden. Man wird

abwarten müssen, ob Robert Habeck (vielleicht auch andere) dauerhaft eine Heldenrolle einnehmen wird oder will. Geschichten jedenfalls kann er, unter anderem als Autor von Kinderbüchern, erzählen.

Noch erfolgreicher sind die rechts der politischen Mitte entworfenen Narrative, und dies nicht nur in Deutschland. Rechtspopulistischen Parteien ist es, wie der französische Soziologe Didier Eribon notiert, in ihren Erzählungen gelungen, »dass nun nicht länger die ›Arbeiter‹ den ›Bourgeois‹ gegenüberstehen, sondern die ›Franzosen‹ den ›Ausländern‹«³⁴ – wenigstens in Teilen. Und es kann uns passen oder nicht, in Deutschland sieht es kaum anders aus. Das Narrativ rechtsorientierter Parteien in Europa geht im Wesentlichen auf einen Abgrenzungsdiskurs zurück, der aber gleichzeitig auch Identitäten zu stiften in der Lage ist: Es geht eben nicht nur gegen Europa, sondern um »uns« Deutsche; nicht nur um »die« Flüchtlinge, sondern um Verteidigung und Erhalt »unserer deutschen Werte«. Das mündet mitunter in geradezu fantastische Begriffs- und Ideenschöpfungen wie »die Reichsbürger«. So schlicht diese Narrative konstruiert sind, so »sujethaft« kommen sie daher, und genau das begründet ihren Erfolg.

Es ist im Übrigen kein Zufall, dass wir inzwischen über das »Postfaktische« sprechen oder »Fake News« zur Kenntnis nehmen müssen. »Fiktion« kann eine Erzählform sein, die vielleicht auch verfängt, weil das reale Leben als so miserabel und bedroht wahrgenommen wird. Auszuschließen ist auch nicht, dass derartige Verdrehungen Ausdruck einer übermäßig rationalisierten Welt sind, in der stets »vernünftig« – sei es mit Kollegen, Freunden, der Familie oder dem anderen Gast an der Theke – argumentiert werden muss (siehe dazu auch die Ausführungen zu Emotionen und dem neuen Ich im vorangegangenen Kapitel).

Populäre Linke versus linken Populismus

Der Begriff, auf den das Beschriebene zu bringen ist, heißt Populismus. »Populus«, das Volk (erhebt die Stimme oder bildet sich eine Meinung), das sein demokratisch verbürgtes Recht auf gesellschaftliche Partizipation in Anspruch nimmt – dagegen ist nichts einzuwenden, im Gegenteil. Wenn dieses Recht allerdings durch »völkisches« Denken verzerrt und dadurch für Teile der Bevölkerung in der Tendenz ausgehebelt wird, ist der legitime Anspruch darauf im Grunde verwirkt. Die Weigerung der Populisten, in eine argumentative Auseinandersetzung einzutreten, plausible Gründe für die eigene Position anzugeben, die auch die Belange anderer berücksichtigt, ist letztlich nur die logische Konsequenz aus diesem vergangen geglaubten Denken in nationalistischen bis völkischen Kategorien. Demokratie lebt vom Austausch »guter Gründe« im Rahmen eines rational funktionierenden Diskurses. Aber ist es damit getan, wieder mehr Vernunftgebrauch einzufordern?

Mir scheint eher erforderlich, dass Politik und die Arbeit der klassischen Parteien sich populärer zeigen, aber nicht populistisch. Das heißt, sie müssen Erzählformen entwickeln, die wieder auf Resonanz in der Bevölkerung stoßen, ohne dabei ein falsches »Wir-Gefühl« zu bedienen, das auf der demokratiefeindlichen Ausgrenzung von Minoritäten aufbaut. Die Unterscheidung zwischen »wir« und »die« ist zwar wichtig für die Popularität von Politik, gehört aber in den begrenzten Prozess der politischen Auseinandersetzung. Insofern brauchen wir keinen »linken Populismus«, sondern eine »populäre Linke«.

Dies wiederum setzt klare Oppositionen unter den demokratischen Parteien voraus. Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe hat in den vergangenen Jahren immer wieder

darauf hingewiesen, dass Demokratie von politischer Gegnerschaft lebt: »Politik ohne Grenzen und Gegner funktioniert nicht.«³⁵ Sobald die Unterschiede in den politischen Ideen und Programmen demokratischer Parteien verschwinden, bietet sich die Story für aufkommende extreme Parteien förmlich an. Kommt dann noch ein »Sujet« wie die Flüchtlingsströme nach Westeuropa ins Spiel, lassen sich daraus einfache, aber »sujethafte« Geschichten stricken, die Wählerstimmen geradezu anlocken.

Ist die Sozialdemokratie noch zu retten?

Sozialdemokratische Parteien haben nach Chantal Mouffe einen entscheidenden Fehler begangen: »Anstatt das System herauszufordern, haben sie sich zum aktiven Teil dieses Systems gemacht.« Deswegen, so die Politikwissenschaftlerin, »besteht kaum Hoffnung, dass die europäische Sozialdemokratie überlebt. Sie ist nicht mehr zu reparieren.«³⁶

Es überrascht nicht, dass durch die Neuauflage der Großen Koalition in Deutschland einem rechten Populismus weiter Vorschub geleistet wurde. Und es überrascht auch nicht, dass die aktuelle Regierungsbeteiligung für die SPD wohl den Anfang vom Ende einer großen Volkspartei bedeutet hat. Schon das Wahlergebnis der Bundestagswahl von 2017 war ein politisches Desaster für die Sozialdemokraten, die lediglich 20,5 Prozent der Stimmen hinter sich vereinigen konnten. Der Tiefpunkt war das noch nicht: Inzwischen, so zeigen Umfragen übereinstimmend, würden nur noch knapp 15 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland die SPD wählen (Stand: Juli 2019).³⁷

Wenn die Sozialdemokraten überhaupt noch zu retten sind, dann scheint dies nur über eine radikale Neuorientierung der Partei möglich, die an der Idee sozialer Gerechtigkeit in sozialdemokratischer Tradition anknüpft, diese aber zukunftsorientiert auf neue »Sujets« bezieht.

Dabei spielt die Art, eine gesellschaftliche Solidarisierung (die Heldengeschichte) in scharfer Abgrenzung von einer neo-liberalen Hegemonie (der Gegenspieler) zu skizzieren, eine besondere Rolle. Die neu zu erzählende Geschichte sozialdemokratischer Orientierung braucht positiv konnotierte Bezeichnungen und ein Repertoire geeigneter Metaphern, die verständlich machen, worum es Sozialdemokraten geht. Dies zu entwerfen ist nicht die Aufgabe einer Werbeagentur, sondern von (sozialdemokratischer) Politik, die nicht opportunistisch wechselnde gesellschaftliche Stimmungen und Befindlichkeiten aufnimmt, sondern politische Angebote macht, die in der Gesellschaft resonieren.

Ein Set konkreter und gehaltvoller Vorhaben exemplifiziert die Idee gesellschaftlicher Solidarität. Die konkreten Projekte sollten einfach und visionär sein. Sie müssen als markante Vorschläge in Reinform nicht notwendigerweise so umsetzbar sein, sollten aber wenigstens die Chance auf praktische Realisierung haben und »subjektiv« sein.

Geeignete Themen liegen ausreichend vor: ein Grundeinkommen beispielsweise, die Einführung eines Unternehmensstrafrechts, eine verbindliche Frauenquote, der Sechsstundenarbeitstag oder radikalere Ideen zur Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Gleichgültig welche Vorhaben verfolgt werden, diese oder andere, es wird für die Sozialdemokratie von Bedeutung sein, ihre politischen Projekte als Gerechtigkeits- und Solidarisierungserzählungen zu bearbeiten und sich bei all den Themen sorgfältig von neoliberalen Weichspülungen abzugrenzen.

Die SPD und andere sozialdemokratische Parteien in Europa sollten sich auf die Suche nach einer populären Linken begeben. Ob die Sozialdemokratie noch zu retten ist? Ich weiß es nicht.



Teil II



Abgründe und Gratwanderungen

5. Die Wirtschaft und ihre Schwierigkeiten mit der Moral³⁸

»Schwindel« ist im Grunde ein zu sanftes Wort für die Beschreibung und Charakterisierung dessen, was wir in der jüngeren Vergangenheit im Zusammenhang mit unternehmerischen Betrugereien beobachten konnten.

Die Wirtschaft hat ganz offensichtlich Schwierigkeiten mit der Moral: Volkswagen manipuliert Abgastests, Facebook gewährt Drittanbietern Zugang zu privaten Daten von Nutzern, die Deutsche Bank manipuliert den Libor-Index, in der FIFA erfolgt die Vergabe von Weltmeisterschaften und Werbeverträgen durch systematische Bestechungen, bei Siemens und Daimler gehörte es über viele Jahre zur gängigen Praxis, sich bei Auftragsvergaben Vorteile durch »Beschleunigungszahlungen« zu verschaffen, Schweizer Banken unterstützten ihre Kunden aktiv in Sachen Steuerhinterziehung und Pharmaunternehmen manipulieren empirische Studien zum Nachweis der Wirksamkeit ihrer Wirkstoffe. Die Liste ist lang und könnte ohne Probleme erweitert werden.

Worum es bei diesen Praktiken geht, liegt auf der Hand: Es sind Gewinn- und Wachstumsinteressen, die Unternehmen nicht davor abschrecken, sich über gesellschaftliche Moralvorstellungen und auch über rechtliche Vorschriften

hinwegzusetzen. Unternehmen agieren, so könnte man argumentieren, als rationale Akteure, eben nach dem Prinzip »The business of business is business«. Dennoch sollte man fragen, ob und inwiefern wirklich von rationalem Handeln die Rede sein kann, wenn Unternehmenspraxis sich ausschließlich am eigenen Interesse orientiert.

Rational betrügen?

Unternehmen planen strategische Entscheidungen sehr sorgfältig. Sie fertigen Untersuchungen und sogenannte SWOT-Analysen an, die über die Chancen und Risiken unternehmerischer Entscheidungen informieren, einschließlich des Risikos von Rechtsübertretungen und Verstößen gegen den moralischen Common Sense. Kalkuliert wird, wie groß der zu erwartende Reputationsverlust wäre, welche Strafzahlungen zu erwarten, welche Konsequenzen für den Aktienkurs zu prognostizieren wären.

Es muss also davon ausgegangen werden, dass die von Journalisten in wenigen Tagen zusammengetragenen Erkenntnisse zum Dieselskandal dem Volkswagen-Konzern selbst natürlich auch bekannt waren. Man müsste es wohl naiv nennen, hier und in ähnlichen Fällen Versehen, mangelhafte Organisation im Unternehmen oder Managementfehler anzunehmen.

Welche Rationalität steckt hinter derartigen bewussten Täuschungen? Welche wohlkalkulierte Rechnung könnte für Unternehmen damit aufgehen? Prinzipiell bestehen zwei sich nicht ausschließende Möglichkeiten: Die eine betrifft ein offensichtliches, nämlich rein ökonomisches Kalkül. Die andere eine kulturell tiefer liegende Variante, bei der sich selbst und anderen bestimmte Geschichten erzählt werden, wie ich sogleich ausführen will.

Bei der ersten Option ist man sich über die finanziellen Risiken im Klaren und hat sie als potenzielle Kosten berück-

sichtigt. Wenn der erwartete Ertrag die potenziell drohenden Kosten übersteigt, entscheidet sich ein Unternehmen für den Betrug – auch wenn es damit gegen geltendes Gesetz verstößt oder moralische Grundsätze verletzt. Bei Entscheidungen unter Unsicherheit können sich Investitionsprojekte rentieren oder nicht. Recht und Moral gelten dann nicht als absolute Grenze, die zu überschreiten sich verbietet, sondern als einer von vielen Kontextfaktoren, denen keine hervorgehobene Bedeutung zukommt.

Diese Logik greift, wenn wir ehrlich sind, nicht nur bei Unternehmen, sondern findet sich durchaus auch in weiten Kreisen der Bevölkerung. In einer Gesellschaft, in der Steuerhinterziehung ein Kavaliersdelikt ist, die Strafe für Geschwindigkeitsübertretung und falsches Parken als Preiszuschlag wahrgenommen wird, ist es kein Wunder, dass Tugenden wie Anstand, Ehrlichkeit, Mäßigung und Gerechtigkeit zur eher strategischen Größe werden, die situativ eine Rolle spielt oder eben nicht. Sie sind nicht mehr fester, verinnerlichter Bezugsrahmen für individuelles Verhalten, sondern maximal Mittel zum Zweck, das heißt zur Erreichung egoistischer Ziele.

Man könnte an dieser Stelle einwenden, dass moderne im Gegensatz zu vormodernen Gesellschaften nicht mehr über individuelle Tugenden zusammengehalten werden, sondern systemisch gesteuert sind. In einem Ensemble ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilsysteme komme, so die »schlüssige« Argumentation, der politischen Ordnung und der Rechtsordnung insofern vorrangige Bedeutung zu, als Politik und Recht in einer individualisierten Gesellschaft eben die Bereiche sind, von denen aus der Zusammenhalt gewährleistet werde, was sie quasi automatisch zu Garanten für Fragen von Gerechtigkeit mache.

Dass auf diese Weise eine Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren kann, vernachlässigt diese Argumentation.

Eine Gesellschaft, die alles und jedes mittels institutioneller Regelungen steuern will, verwandelt sich nach und nach in einen Kontrollstaat, der es am Ende dann nicht einmal schafft, die Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Nichtsdestotrotz ist die Vorstellung, die gesellschaftliche Verantwortung systematisch an Institutionen abzugeben, fester Bestandteil der westlichen Denktradition der Neuzeit. Anders als bei Aristoteles, der den guten Staat noch dadurch ausgezeichnet sah, dass er den Bürgern dabei hilft, gut zu werden, hat sich seit Niccolò Machiavelli im westlichen Denken ein anderes Verständnis durchgesetzt: Der Mensch ist von Natur aus schlecht, und der gute Staat ist derjenige, der individuell eigennütziges Handeln als gutes Handeln erscheinen lässt. Die anthropologischen Prämissen dieses Menschenbilds sind nie wirklich bestätigt oder verworfen worden, und doch hat sich diese Sicht über Thomas Hobbes bis hin zur modernen Ökonomik und anderen Sozialwissenschaften durchgesetzt. Fest stehe, dass der Mensch prinzipiell zuerst seinen Eigeninteressen folgt, und somit liegt die gesamte Verantwortung für eine gelingende Gesellschaft auf der Regelebene des Staates. Welch eine moralische Entlastung für den Einzelnen!

Individuelle Geschichten und kulturelle Narrative

Auch bei der zweiten Möglichkeit dominiert ein gesellschaftlich eingebettetes Kalkül, das hier jedoch durch ein Machbarkeitsethos ergänzt wird. Besonders charakteristisch dafür ist die Abwesenheit eines Unrechtsverständnisses der Akteure. Vielmehr wird das eigene Handeln entweder innerhalb der engen Zweckrationalität des eigenen Tuns gesehen und werden dabei andere legitime Rationalitäten und Bedürfnisse ausgeblendet. Innerhalb dieser Rationalitäten beherrscht man sein Metier – technisch und damit auch gesellschaftlich: »Vorsprung durch Technik«.

Die Sache hier ist: Moralische Probleme werden gar nicht als solche wahrgenommen. Oder man sieht sich in einer solch privilegierten Position, dass man nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch in einer anderen Liga spielt und somit den Spielregeln der »anderen« nicht unterliegt. Diese beiden Phänomene machen erklärbar, warum viele Manager so offensichtlich nicht in der Lage sind, zu verstehen, was genau sie falsch gemacht haben sollen. Die Äußerung des ehemaligen CEO von BP, Tony Hayward, nach der Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko 2010, er wolle einfach nur sein altes Leben zurück, ist ein gutes Beispiel für das tiefe Unverständnis hinsichtlich der gesellschaftlichen Tragweite des eigenen Handelns und der Unfähigkeit, außerhalb der engen Grenzen der eigenen Rationalität zu denken.

Die meisten Menschen sind fest davon überzeugt, dass sie das Richtige tun, auch im moralischen Sinne. Sie unterscheiden sich nur in der Beurteilung, was das Richtige ist. Wie dies möglich ist, wird durch die psychologische Forschung und experimentelle Ethikforschung der letzten Jahre immer klarer: Menschen bauen sich um ihr Handeln Geschichten, die es für sie selbst erklärbar und rechtfertigbar macht. Dabei geht es nicht primär um Wahrhaftigkeit, sondern um die Stabilisierung des eigenen Handelns. Ein nach allgemeinem Verständnis ethisch fragwürdiges Verhalten wird dabei umso einfacher rechtfertigbar, je besser es in die größeren kulturellen Narrative einer Gesellschaft passt.

Die über Jahrzehnte aufrechterhaltene ideologische Interpretation der Idee, dass sich in einer Marktwirtschaft Eigeninteresse automatisch in Gemeinwohl übersetzt, war hierbei sicherlich nicht störend, um es vorsichtig auszudrücken. Genauso wenig war es die komplementäre Ideologie, dass die einzige Pflicht des Unternehmens die Gewinnmaximierung sei.³⁹ In einem solchen kulturellen Milieu fällt es nicht schwer, sich der Versuchung hinzugeben, das eigene Ver-

halten entweder jenseits von moralischen Kategorien oder als moralisch geboten wahrzunehmen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es möglicherweise kein Zufall, dass die Vorfälle bei Volkswagen in einem technisch-ingenieurwissenschaftlichen Produktionszweig geschehen sind. Dennoch ist dieses technisch-ökonomische Denken nicht nur bei technikaffinen Unternehmen und Branchen vorherrschend. Die auch heute noch dominant an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten vermittelten Inhalte speisen sich – in der Volks- wie in der Betriebswirtschaftslehre – aus einem den Naturwissenschaften nahen Denken. Da werden Gleichgewichtspunkte zwischen Angebot und Nachfrage errechnet und in Unternehmen »Hebel umgelegt« und wird »an Schrauben gedreht«, damit »die Sache funktioniert«. Probleme mit der Moral gibt es im Grunde zunächst gar nicht, da sie in diesem Denken nicht wirklich relevant ist. In fortschrittlicheren Ansätzen ist Moral ein Produktionsfaktor und damit maximal ein Mittel zum Zweck, nämlich der Gewinnmaximierung – mehr geht nicht.

Die »Infektanfälligkeit« des ökonomischen Systems

Die Angelegenheit ist ernst, denn was wir hier beobachten können, ist, dass sich Unternehmen durch arglistige Täuschungen außerhalb von demokratischen Ordnungen stellen und diese durch ihre Praktiken unterminieren. Man meint, sich nicht an Gesetz und Ordnung halten zu müssen, von einer Konformität mit moralischen Standards ganz zu schweigen. Das ist schon schlimm genug, doch die Betrügereien bekommen noch eine zynische Pointe, wenn man die von den betreffenden Unternehmen kommunizierten Unternehmensvisionen und -missionen liest, in denen sie beschrieben sind als Corporate Citizen (das Unternehmen als Bürger, als *citoyen*) zum Zwecke einer guten Gesellschaft. Kultur und Charakter zeigen sich im Verhalten, nicht in Hochglanz-

prospekten, aber der indirekte Schaden ist angerichtet: Die behaupteten Tugenden sind unglaublich, was die Vertrauenskrise noch verschärft.

Man könnte nun sagen, dass die Situation halb so schlimm sei, weil das gesellschaftliche »Immunsystem« ja funktioniert. Wenn auch verspätet, kam der Schwindel bei Volkswagen ans Tageslicht, und die Ungewissheit über die Konsequenzen könnte (theoretisch) selbst für Konzerne wie Volkswagen und den Fortbestand gefährlich werden. Hiervon geht zweifellos eine disziplinierende Wirkung für andere Unternehmen aus. Und das Immunsystem einer modernen Gesellschaft besitzt ja viele Abwehrmechanismen: staatliche Regulierungen, Haftungs- und Strafrecht und auch die Reaktionen von Kunden und Anlegern im Falle eines Skandals. Auch in biologischen Organismen verhindert das Immunsystem nicht alle Krankheiten, sodass mit einem Infekt dann und wann einfach gerechnet werden muss.

Allerdings muss man schon die Frage stellen, ob die in den letzten Jahren feststellbare Infektanfälligkeit nicht inakzeptabel hoch ist. Ökonomen haben hierzu einen Maßstab namens »externe Effekte« entwickelt, der überprüfen hilft, ob die einzelnen wirtschaftlichen Akteure in ihrem Kalkül in ausreichendem Maße berücksichtigen, welche Folgen ihr Verhalten für den Rest der Gesellschaft hat. Genau auf dieser Idee baute auch Adam Smiths Metapher von der »unsichtbaren Hand« des Marktes auf: Unter »idealen« Voraussetzungen führen Eigentumsrechte und Marktpreise dazu, dass das Verhalten des Einzelnen so geleitet wird, als ob er das Gemeinwohl im Sinn habe.

Schauen wir uns aber die Fälle Volkswagen und BP genauer an, so sehen wir, dass die »idealen« Annahmen denkbar weit von realen Voraussetzungen entfernt sind. Die Folgen des VW-Skandals für die mehr als 600 000 Beschäftigten und

ihre Familien, die Kunden, das Land Niedersachsen, den Rest der Automobilindustrie und das allgemeine Vertrauen der Öffentlichkeit in Märkte werden durch das bestehende Rechtssystem nicht adäquat internalisiert.

Das Informationsgefälle zwischen Management und Mitarbeitenden, zwischen Unternehmen und Öffentlichkeit schafft Spielraum, der einen Keil zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl treibt. Diese und eine Vielzahl ethischer Fragen deuten in dieselbe Richtung: Die Informationsvorsprünge und die Tragweite von unternehmerischen Entscheidungen schaffen eine besondere, auch moralische Verantwortung der Menschen, die solche Entscheidungen fällen, weshalb darauf hinzuwirken ist, dass dies auch als ein besonderes Privileg gesehen wird und nicht als Kostenfaktor.

Verantwortung organisieren

Heutzutage noch auf Systemlogiken, Sachzwänge und eine unsichtbare Hand zu verweisen, um so die eigenen Hände in Unschuld zu waschen, wirkt alles andere als überzeugend. Es gibt konkrete und durchaus sichtbare Hände, die handeln und dafür verantwortlich sind. Allerdings ist es umgekehrt auch nicht damit getan, mit dem ausgestreckten Finger auf »die Führungskräfte« zu zeigen. Es kann nicht um Schuld und Unschuld in einem konkreten Fall gehen, sondern vielmehr darum, sich bewusst zu machen, dass jeder von uns in jeder Handlung die Frage der Verantwortung stärker in den Vordergrund stellen muss, als wir es in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht glaubten, zu müssen.

Moralisches Handeln und Verantwortung müssen in einem aristotelischen Sinne in Unternehmen (und anderen Organisationen) aber auch organisiert werden. Im Fall von Volkswagen beispielsweise muss davon ausgegangen werden, dass dies keine Tat Einzelner war, sondern vermutlich zahlreiche Mitarbeiter mit diesen Praxen vertraut waren. Entdeckt

wurde der Betrug durch externe Untersuchungen des International Council on Clean Transportation (ICCT) in Deutschland, der den entscheidenden Tipp an die amerikanischen Umweltbehörden (EPA) gab. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass viele Mitarbeitende bei VW brav ihren Mund gehalten und sich loyal gegenüber ihrem Unternehmen verhalten haben.

Man muss an dieser Stelle festhalten, dass in einer Kultur, in der anscheinend Ehrlichkeit nicht wertgeschätzt wurde, im Prinzip jeder einzelne Mitwisser Komplize wurde. Falls es Whistleblower gab, verhallten deren Klänge ungehört. Unternehmen stehen heute in der Pflicht, sich so zu organisieren, dass kritische Hinweise auf Unregelmäßigkeiten nicht nur möglich, sondern von der Unternehmensleitung auch gewünscht sind, wenn man es mit Unternehmensverantwortung wirklich ernst meint. Es gilt seitens des Managements, Mitarbeitende zu ermutigen, auf Unregelmäßigkeiten hinzuweisen. Moderne Whistleblowing-Systeme stellen dafür vielfältige Möglichkeiten über interne wie externe Anlaufstellen bereit.

Weder die Wahrnehmung von individueller noch die Organisation von institutioneller Verantwortung – ob nun in Unternehmen oder über politische Rahmenordnungen – ist einfach; sie ist sogar schwierig. Mit der Adressierung dieser Fragen wären wir dann jedoch auf einer anderen Ebene von »Schwierigkeiten mit der Moral«.

6. »Don't call it a scandal«: Der Wahnsinn hat Methode⁴⁰

Im Nachgang zum angesprochenen Dieselgate bei Volkswagen schrieb der renommierte Managementtheoretiker Henry Mintzberg einen kleinen Text mit der Überschrift »Don't call it a scandal«.⁴¹ Mintzbergs einfache Botschaft lautet: Das ist kein Skandal, kein Ausreißer von der Normalität, sondern symptomatisch für das Wirtschaftssystem, das wir Kapitalismus nennen. Das eigentlich Skandalöse ist also eine Normalität, die systematisch auf Täuschung baut. Denn was als gigantisches Betrugsmanöver »nur« von Volkswagen erschien, entpuppte sich als ein fast die gesamte Branche umfassendes systematisches Täuschungsprogramm, anhaltende Abgasmanipulationen, die im großen Stil von einer Vielzahl von Unternehmen in der Automobilindustrie bewusst praktiziert wurden.

Als ebenso skandalös, aber eben nicht als Skandal, erwiesen sich auch die bekannt gewordenen Vorkommnisse rund um Facebook, worauf ich in Kapitel 7 und 12 noch eingehen werde. Hier wurden Daten von etwa 90 Millionen Facebook-Usern ohne deren Einwilligung über eine App abgezogen, die im Jahr 2016 dann der Firma Cambridge Analytica dazu dienten, den US-amerikanischen Wahlkampf für gutes Geld zu beeinflussen. Und ganz analog zum Dieselgate erwiesen

sich die Datenzugriffe durch Cambridge Analytica nur als die berühmte Spitze des Eisberges. So berichtete die *New York Times*, dass Facebook mindestens 60 Konzernen – von Amazon über Apple und Samsung bis zu Microsoft – Zugriff auf die persönlichen Daten von Usern und deren »Freunden« erlaubte, möglicherweise sogar auch auf die der Freunde der Freunde.⁴²

Die Methode

Es sind nur zwei Beispiele der jüngeren Vergangenheit, die zeigen: Der Wahnsinn hatte und hat Methode!

Was ist die Methode? Stellen wir uns vor, der Bußgeldbescheid für Falschparken wäre auf nur 50 Cent taxiert und das Ticket am Parkautomaten kostete zwei Euro pro Stunde. Wie würden die Autofahrer damit umgehen? Genau! Die Folgen der Regelverletzung wären ja sehr überschaubar. Dieser Vergleich lässt genau die Rationalität von Unternehmen deutlich werden, nach der folgendermaßen kalkuliert wird: Strafmaß mal Entdeckungswahrscheinlichkeit verglichen mit dem potenziell erreichbaren ökonomischen Vorteil. Unternehmen scheinen, wie im vorangegangenen Kapitel dargelegt, die Verletzung von Rechtsnormen und moralische Verfehlungen ganz im Sinne dieser ökonomischen Logik zu behandeln. Wer auf dieser Grundlage die moralische Qualität der Marktwirtschaft lobhudelt und die gravierenden negativen Auswirkungen des Kapitalismus auf die Gesellschaft übergeht, ist ideologisch verblendet oder schlicht zynisch.

Statt vor diesen Entwicklungen zu kapitulieren, ist es dringender denn je geboten, die längst überfälligen gesellschaftspolitischen Veränderungen anzupacken, die die Auswüchse unternehmerischen Handelns eindämmen und die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft rekalisieren. Dazu vier Vorschläge:

Universitäre Bildung

Wenn Studierenden an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Business Schools beigebracht wird, dass es der Zweck von Unternehmen ist, Gewinne zu maximieren, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass sie später im Management auch danach handeln. Das Lehrangebot und die vorhandenen Lehrstühle an deutschen oder österreichischen Hochschulen im Bereich der Wirtschafts- und Unternehmensethik sind im internationalen Vergleich an Präsenz kaum zu unterbieten (die Situation in der Schweiz ist in der Tat besser). Es besteht – Universitätsleitungen und Kultusministerien müssten es längst erkannt haben – ein dringender Nachholbedarf im Hinblick auf die Verankerung entsprechender Fachkompetenzen im Lehrkörper und die grundlegende und nicht nur punktuelle Reformierung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung.

Akkreditierungsgesellschaften, die die fachliche Angemessenheit von Studiengängen zertifizieren, können in einem solchen Prozess gute Dienste leisten, wenn sie strikte Kriterien für eine verantwortungsvolle Managementbildung anlegen und Studiengängen notfalls die Zulassung versagen. Universitäten und Fachhochschule sind in Deutschland nur in den wenigsten Fällen private Handelshochschulen, sondern Einrichtungen der öffentlichen Hand, die einen öffentlichen Auftrag zu erfüllen haben – nämlich Bildungsvermittlung und nicht privatwirtschaftliche Ausbildung. An dieser schlichten Aufgabenstellung müssen sie sich messen lassen.

Verantwortung kann man nicht kaufen

Wer über Corporate Social Responsibility – sei es in der wirtschaftlichen Praxis, der Politik oder in den Wissenschaften – spricht, sollte sich vor billigen Konzepten hüten, bei denen sich die Umsetzung von Unternehmensverantwortung immer

unternehmerisch rechnen muss. Eine Rhetorik im Win-win-Wonderland oder ein »Creating Shared Value«, wie es Michael Porter und Marc Kramer von der Harvard Business School nennen, gehen am Kern der Sache vorbei und sind neoliberal weichgespült. Moralisches Handeln muss nicht notwendigerweise ökonomisch wehtun. Es gibt allerdings moralische Standards, die jedoch auch dann einzuhalten sind, wenn aus ihnen negative ökonomische Folgen für Unternehmen resultieren. Menschenrechte, die Inkaufnahme von massiven Gesundheits- oder Umweltschäden oder die Verletzung von Persönlichkeitsrechten beispielsweise sind ökonomisch nicht verrechenbar.

Ordnungspolitische Peitsche: Unternehmensstrafrecht

Die Rolle von Unternehmen in unserer Gesellschaft bedingt zwingend politisch flankierende Maßnahmen, die nicht nur das Zuckerbrot anbieten, sondern durchaus auch die Peitsche androhen. In diesem Zusammenhang ist die überfällige Diskussion um ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland dringend geboten. Hier liegen die Höchststrafen bei Vergehen von Unternehmen bisher bei zehn Millionen Euro und werden als »Ordnungswidrigkeit« wie das Falschparken eingestuft. Aktuell diskutierte Entwürfe eines Unternehmensstrafrechts schlagen Koppelungen des Strafmaßes am Umsatz vor (bis zu 15 Prozent Strafe am Jahresumsatz) oder am Gewinn (bis zu einem Jahresgewinn) des Unternehmens. Finanzielle Strafe darf und sollte sogar wehtun. Bei wiederholten schweren Vergehen könnte ein Unternehmen sogar liquidiert und aus dem Handelsregister gelöscht werden.

Im Nachgang eines Bußgeldbescheids an Volkswagen durch die Staatsanwaltschaft Braunschweig hieß es in der Presse wiederholt, dass der Konzern zu einer Bußgeldzahlung von einer Milliarde Euro verurteilt wurde. Das ist nur bedingt zutreffend, denn 995 Millionen dieses Strafmaßes begründen

sich aus Einnahmen durch wirtschaftliche Vorteile, Gelder also, die sich Volkswagen durch die Abgasmanipulationen unbefugt angeeignet hat. Das eigentliche Bußgeld beträgt lediglich fünf Millionen Euro. »Es handelt sich dabei nicht um eine Strafzahlung, sondern um ein Bußgeld wegen einer Ordnungswidrigkeit«, erklärte Oberstaatsanwalt Klaus Ziehe dazu.

Gäbe es heute schon ein Unternehmensstrafrecht, so könnte Volkswagen (11,4 Milliarden Gewinn und 230,7 Milliarden Umsatz im Jahr 2017 – ein doppelter Rekord nebenbei bemerkt) mit einer Bußgeldzahlung im zweistelligen Milliardenbereich belangt werden.

Die Große Koalition hatte schon 2013 die Lancierung eines Unternehmensstrafrechts für die laufende Legislaturperiode vorgesehen. Im aktuellen Koalitionsvertrag ist das Vorhaben erneut notiert. Wird sich diesmal etwas tun? Gute und reife Konzeptvorschläge für die praktische Umsetzung jedenfalls liegen vor.

Zulassungsverfahren für Internetrisikotechnologien

Unternehmen der Plattformökonomie, wie Facebook, Google oder Amazon, sind mit besonderen regulatorischen Auflagen zu versehen, da Internettechnologien durch ihre potenzielle Einflussnahme auf die politische Meinungsbildung als gesellschaftliche Risikotechnologien gesehen werden können. Dafür empfiehlt sich ein Zulassungsverfahren, bei dem die Unternehmen den Nachweis zu erbringen haben, dass ihre Technologien gesellschaftlich nützlich und unbedenklich sind.

Ich werde in Kapitel 12 ausführlicher darlegen, dass es um eine Umkehrung der Beweislast geht: Nicht die Politik und die Gesellschaft wären gefordert, bedenkliche Internetisiko-

technologien zu erkennen und zu verfolgen, sondern es müssten umgekehrt die Unternehmen einen gesellschaftlichen Mehrwert und die Unbedenklichkeit ihrer Produkte nachweisen. Ähnliche und recht bewährte Praktiken gibt es seit vielen Jahren in der Pharmaindustrie. Bei Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker – oder Ihren Social Media Provider.

Im modernen Kapitalismus kann man bekanntlich so ziemlich auf alles wetten, nicht aber auf den nächsten Unternehmensskandal. Diese Wette wäre zu leicht zu gewinnen, denn der Wahnsinn hat Methode.

7. Facebook: Unschuldig am Pranger (Satire)⁴³

Facebook wurde und wird dafür kritisiert, Zugriff auf die persönlichen Daten der Benutzer zugelassen zu haben. Millionen von Facebook-Usern, so der Vorwurf im Jahr 2018, wurden aufgrund eines Datenlecks ausspioniert, ihre Daten von der Firma Cambridge Analytica für den Präsidentschaftswahlkampf in den USA zur Wahlbeeinflussung verwendet.

Es ist Zeit, den massiven moralischen Vorwürfen gegen Facebook mit sachlichen Argumenten zu begegnen. Denn bei genauerer Betrachtung wird schnell klar, dass Facebook zu Unrecht am Pranger steht, tatsächlich ist das Unternehmen selbst Opfer einer kapitalismusfeindlichen Berichterstattung in den Medien, die immer noch meinen, ökonomisches Handeln müsse in einem rechtlich und moralisch einwandfreien Rahmen stattfinden.

Eine Klarstellung in acht Punkten

Erstens, die Unterstellung, es handle sich bei besagtem Fall um eine Sicherheitslücke, die Facebook nicht mit der gebotenen Sorgfalt behandelt hat, ist haltlos. Darauf hat Facebook ebenso nachdrücklich wie plausibel hingewiesen und dies

zugleich zum Anlass genommen, um das Geschäftsmodell noch einmal zu erklären: Die Facebook-Nutzer zahlen kein Geld für die Inanspruchnahme der Plattform, sie bezahlen mit ihren persönlichen Informationen, die Facebook über passgenaue Werbeeinblendungen und den Weitervertrieb der Daten monetarisiert.

Den Kritikern sei, zweitens, zugerufen: Facebook ist ein erwerbswirtschaftliches Unternehmen, das auf eine Gewinnmaximierung abzielt, und keine Wohlfahrtseinrichtung, die Social-Media-Junkies mit einem kostenlosen Angebot versorgt. Es ist damit, wie andere Unternehmen, eine wichtige Säule des Kapitalismus, der seinem Wesen nach moralisch ist, trägt die Marktwirtschaft doch zur Freiheit des Einzelnen und zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand bei.

Außerdem baut Facebook, drittens, auf sorgfältig entwickelte Strategien zur »Steueroptimierung«, die über die Jahre hin permanent professionalisiert wurden und für andere Unternehmen vorbildlich sein sollten. Steuerparadiese bieten hier einen exzellenten Service an, Diskretion ist so gut wie garantiert.

Durch diese Steueroptimierungen kann Facebook viertens seine Verantwortung als »Corporate Citizen« wahrnehmen: Mark Zuckerberg und seine Frau Priscilla Chan haben 99 Prozent ihres Vermögens, insgesamt 45 Milliarden US-Dollar, gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt. Sie sind vorbildliche »effektive Altruisten«, die ihr Geld nicht sinnlos in irgendwelche Projekte stecken, sondern kalkuliert einer gemeinnützigen Verwendung zuführen, über die sie als weise Unternehmerfamilie bestimmen und darüber nicht etwa demokratisch entschieden wird.

Facebook sieht sich fünftens besonders in Europa – was vor diesem Hintergrund völlig unverständlich ist – mit neuen Re-

gulierungen konfrontiert. Datenschutzbeauftragte in der EU missbrauchen ihre Macht, um bürokratische Ungetüme aufzubauen, die nicht nur den Komfort der Facebook-User massiv beeinflussen, sondern auch Arbeitsplätze kosten werden.

Facebooks wichtigste Ressourcen sind, sechstens, die Benutzer und deren Bereitschaft, freizügig Informationen über sich bereitzustellen. Das Unternehmen zwingt niemandem einen Account auf, niemanden dazu, Persönliches oder Politisches mit »Freunden« zu teilen, sondern befriedigt ein gesellschaftliches Bedürfnis. Die gewollte oder ungewollte Ahnungslosigkeit der »User« im Hinblick auf Umgang und Handel mit ihren Daten möge man Facebook nicht zum Vorwurf machen. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen sind präzise formuliert.

Siebtens, der Kurs der Facebook-Aktie ist kurz nach dem Bekanntwerden des Datenleaks um etwa fünf Prozent eingebrochen. Dies ist ein klares Signal dafür, dass Fehler begangen wurden, die der Markt bestraft. Moralisten rufen jetzt reflexhaft eine vom Unternehmen selbst provozierte Vertrauenskrise aus. Doch die wahren Gründe sind andere. Die Shareholder haben sehr schnell erkannt, dass Facebook die Millionen von Daten für einen Spottpreis abgegeben und das in politischer Einflussnahme enthaltene Geschäftspotenzial systematisch unterschätzt hat.

Es gibt jedoch, achtens, allen Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken: Facebook wird aus diesem Fehler lernen und politischer Einflussnahme künftig ein größeres Gewicht im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie beimessen.

Lachen oder weinen

Soll man nun lachen oder weinen? Ist dieser Text eine angemessene Beschreibung oder Satire? Vielleicht ja beides.

8. Wirtschaftswissenschaften: Auf dem moralischen Auge blind⁴⁴

Nicht nur die Wirtschaft, auch die Wirtschaftswissenschaften tun sich schwer im Umgang mit Fragen der Moral, man kann sogar sagen, dass sie in ihr keinen systematischen Platz finden.

Das Gelingen einer Gesellschaft hängt, so behaupten Ökonomen, nicht vom moralischen Handeln von Akteuren ab, sondern es steht und fällt in ihrer Sichtweise einzig mit angemessen ausgestalteten Institutionen im Sinne von Anreiz- und Sanktionsmechanismen. Durch sie soll eine Kongruenz zwischen individuellen Interessen und Gemeinwohl hergestellt werden. Anders formuliert: Nicht ein moralisches Handeln von Individuen oder die Verantwortung von Unternehmen, sondern allein ein politischer Ordnungsrahmen soll oder kann moralische Probleme lösen. Das sagen Ökonomen.

Wohin es führen kann, ausschließlich auf die Institutionen als »Ort der Moral« zu setzen, hat die Entwicklung des Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten deutlich genug gezeigt. Gerade eine Bilanz dieser Entwicklung lässt ein Nachdenken über die Verantwortung von Individuen und Unternehmen als angeraten erscheinen. Das wiederum

bedeutet für die Wirtschaftswissenschaften, sich der Aufgabe zu stellen, ihre Verhaltensannahmen über Akteure im Markt neu zu justieren und das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat zu überdenken.

Regeln regeln Moral

Die Vorstellung, moralische Verantwortung über rechtliche Institutionen zu realisieren, hat im westlichen Denken eine lange Tradition (siehe Kapitel 5). Dahinter steht ein negatives Menschenbild, das den Menschen als unverbesserlich egoistisch und schlecht betrachtet.

Die modernen Wirtschaftswissenschaften vermeiden es im Gegensatz zu einer solchen Sichtweise gerne, von einem Menschenbild zu sprechen, und gehen stattdessen von »methodischen Verhaltensannahmen« aus, die sie anhand nutzenmaximierender Akteure abbilden. Um sich gegen ein *mögliches* opportunistisches Verhalten abzusichern, erscheinen institutionelle Spielregeln von zentraler Bedeutung. Diese Idee findet sich schon bei Augustinus, wurde später prominent von David Hume zur Geltung gebracht, der die Ansicht vertrat, die Gesellschaft müsse über Regeln gewissermaßen »schurkensicher« gemacht werden. Denn wenn die Regeln in einer Gesellschaft von Schurken funktionieren, ist davon auszugehen, dass sie bei weniger extremer Motivlage der Individuen erst recht gute Dienste leisten. Diese Sicht prägt noch die heutigen Theorien in den Wirtschaftswissenschaften, besonders die der sogenannten Konstitutionenökonomik und der Anreiztheorie.

Außer Acht lässt diese Argumentation jedoch den Zusammenhang zwischen den gesetzten Spielregeln und den daraus resultierenden Motivationen der Menschen. Man kann offensichtlich nicht nicht sozialisiert werden, die Frage ist nur, ob jede Form der Sozialisation dieselben Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen hervorbringt. Eine gesellschaftliche

Ordnung, die über Gesetz und Kontrolle regulieren will und den Menschen damit signalisiert, dass man ihnen im Grunde nicht über den Weg traut, läuft Gefahr, dass aus dieser negativen Annahme über das Verhalten von Menschen im Laufe der Zeit eine Tatsache wird.

Der pragmatische Einwand: Globalisierung

Die moderne Ökonomik sieht sich nun jedoch mit einem praktischen Problem konfrontiert, denn in Zeiten von Globalisierung ist eine exklusive Steuerung der Gesellschaft über Politik und Recht immer weniger möglich. Die rechtspositivistische Idee, das Recht stelle auch in einem normativen Sinne *das* ethische Minimum einer Gesellschaft dar, wird damit hinfällig. Akteure (wie Unternehmen) können sich, zumindest partiell, der Staatsgewalt entziehen. Ein daraus resultierendes ethisches Vakuum wird weder durch suprastaatliche Institutionen gefüllt, noch wäre dies notwendigerweise wünschenswert, käme es doch zu einer monopolistischen Machtkonzentration auf dieser Ebene.

Heterogene Moralvorstellungen

In einer werteppluralen Gesellschaft sind wir uns in vielen Punkten darüber uneins, was das moralisch Gebotene ist. Auf einer globalen Ebene gilt dies umso mehr. Fast jeder hat auf seine Weise das Gefühl, das moralisch Richtige zu wollen und meist auch zu tun. Gemessen an diesem Richtigen liegen die anderen mit ihren Ansprüchen dann einfach falsch, so einfach ist das oft.

Neuere Untersuchungen aus den Neurowissenschaften, der Evolutionsbiologie und der Sozialpsychologie deuten in diesem Zusammenhang darauf hin, dass unsere moralischen Handlungsfähigkeiten durch zwei unterschiedliche Systeme im Gehirn gesteuert werden: Aus dem emotionalen System, dem Bauchgefühl, entsteht die Intuition, wohingegen das

kognitive System Situationen auf der Basis von Vernunfturteilen bewertet.

Im emotionalen Modus, so zeigen Studien, erschöpfen sich unsere moralischen Handlungen auf Mitglieder einer *Ingroup* (»wir«). Gegenüber der *Outgroup* (»die anderen«) verhalten wir uns neutral bis offen feindselig. Die Grenzen zwischen *In-* und *Outgroup* sind kulturell überformt und werden nach sichtbaren (Hautfarbe oder Geschlecht) oder nicht sichtbaren Merkmalen (Religion, Staatsangehörigkeit, soziale Klasse) gezogen.

Bei Problemen globalen Zuschnitts ist es oft so, dass unser moralisches Bauchgefühl Problemwahrnehmungen erzeugt, die im Lichte unserer Vernunfturteile nicht angemessen sind. Der Psychologe Joshua Greene spricht hier von »Tragedy of Commonsense Morality«⁴⁵. Wir alle treffen mit unserem jeweiligen moralischen Bauchgefühl aufeinander und müssen nach Wegen suchen, die unterschiedlichen Legitimitätsansprüche und das Verhältnis von Vernunft und Intuition miteinander in Einklang zu bringen.

Die Tugend der Tugend

Moralisch vernünftiges Handeln setzt moralische Fähigkeiten voraus. Es kann erlernt werden wie das Spielen eines Musikinstruments. Tugendethische Konzepte beispielsweise oder östliche Weisheitslehren gehen davon aus, dass der Einzelne seine Fähigkeit, in moralischen Kategorien zu denken und zu handeln, entwickeln kann. Sie sind Orientierung zu innerer Freiheit, zu Autonomie, und Voraussetzung eines gelingenden Lebens.

Weil unterschiedliche Menschen unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, was in einer Situation beispielsweise gerecht ist, wäre es anmaßend, den Begriff *inhaltlich* füllen zu wollen. Aus diesem Grund sind moderne Ethiken so-

genannte Verfahrens- oder Prozessethiken, die sich hinsichtlich »materialer Vorgabe« zurückhalten. »Tugendkataloge« sind eher den historischen Umständen geschuldet, innerhalb derer sie entwickelt wurden, und nicht objektivierbar. Auch bedeuten moralische Orientierungen entgegen verbreiteter Auffassung kein »Müssen«, sondern werden in modernen, liberalen Ethiken – ob nun kantianisch, diskurs- oder tugendethisch eingebettet – üblicherweise als »Sollen« charakterisiert.

Es ist jedoch nicht nur die Pluralität einer Gesellschaft, die die tugendethische Vorstellung vom gelingenden Leben im Allgemeinen und vom moralisch gebotenen Leben im Besonderen attraktiv macht. Eine solche Position veranschaulicht auch, dass die »richtige« Lösung von Problemen häufig nicht theoretisch antizipierbar ist, sondern sich erst *situativ zeigt*. Um dem gerecht zu werden, benötigen der einzelne Mensch und auch Organisationen etwas, das man »moralische Fähigkeiten« nennen könnte, also Kompetenzen, mit neuen Situationen auch normativ angemessen umgehen zu können. Sie gewährleisten dabei auch einen besseren Umgang mit Tendenzen der »moralischen Verschleierung«, die ein fester Bestandteil unserer Selbstnarrative sind.

Auf dem moralischen Auge blind

Wie verträgt sich diese Idee der Entwicklung moralischer Fähigkeiten mit der Sichtweise, moralische Probleme nur durch institutionelle Regeln lösen zu wollen? Oder anders gefragt: Wie verhält sich das wirtschaftspolitische Verständnis der Wirtschaftswissenschaften zur Moral?

Das immer wieder kritisierte Modell der Anreiztheorie liefert zwar wertvolle Einsichten für die Erklärung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse, ist jedoch für Fragen der Moral nahezu blind. Denn Moralfähigkeit und damit zusammenhängend auch Autonomie, Würde und Selbstbestimmung als Katego-

rien sind in dieser Vorstellung ausgeschlossen (allenfalls durch einen sehr weit gefassten Interessenbegriff einholbar, was aber für praktische Anwendungen so gut wie nie passiert). Genau aus diesem Grund fällt es der ökonomischen Theorie schwer, eine moralische Verantwortung zu denken. Und genau aus diesem Grund behandelt sie die Regelebene als den einzigen Ort zur moralischen Problemlösung.

Doch bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass die Wirtschaftswissenschaften an moralischen Fragen nicht vorbeikommen: In einer Demokratie erfolgt die Regelsetzung durch politische Wahlen, und für diesen Fall der Regelsetzung hat der Philosoph John Rawls das Gedankenkonstrukt des »Schleiers des Nichtwissens« entworfen.⁴⁶ Dabei unterscheidet er einen zweistufigen Prozess: Innerhalb des Regelsystems ist die moralische Rolle des Einzelnen auf die Regelbefolgung reduziert. Auf der Ebene der Regelsetzung kommt dem Einzelnen aber die volle moralische Verantwortung bei der politischen Wahl dieser Spielregeln zu. Auf beiden Ebenen ist das handelnde Individuum daher als moralischer Akteur gefordert.

»Only a virtuous people are capable of freedom« (Benjamin Franklin)

Ich halte es für ausgeschlossen, dass die ökonomische Theorie auf ein Konzept von Akteursverantwortung – und sei es nur in einem funktionalistischen Sinne – verzichten kann und verzichten sollte. Es erscheint für eine konstruktive Weiterführung wesentlich, eine sozialwissenschaftliche Handlungstheorie zugrunde zu legen, die interpretativ angelegt ist und Handlungstypen jenseits von Zweckrationalität, also einem ökonomischen Kalkül, kennt. Tatsächlich ist nämlich davon auszugehen, dass Menschen moralisch handeln (können) und prinzipiell über ein Repertoire moralischer Tugenden verfügen.

So wichtig die Verantwortung von Akteuren in praktischer wie in theoretischer Hinsicht ist, so falsch wäre es, von einem Extrem (nur institutionelle Regeln) in das andere (nur moralisches Handeln) für die ökonomische Theorie zu verfallen. In einer komplexen arbeitsteiligen Gesellschaft kann das Individuum nicht für alle Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden. John Rawls wies zu Recht darauf hin, dass dies zu einer hoffnungslosen Überforderung des Einzelnen führen würde. Die Setzung von Regeln reduziert Komplexität, da es die Verantwortung des Einzelnen lediglich auf die Regeleinhaltung bezieht.

Ob Individuen oder Unternehmen moralisch handeln und ihre diesbezüglichen Fähigkeiten entwickeln, ist also abhängig von den Regelsystemen, innerhalb derer Personen oder Organisationen (inter)agieren. Die Aufgabe einer institutionellen Ordnung, zum Beispiel einer politischen Rahmenordnung oder des Regelsystems in einer Organisation, ist es damit, moralisches Handeln zu fördern und nicht nur eigennutzorientiertes Verhalten durch Anreizmechanismen irgendwie in Zaum zu halten. Es geht also um ein Wechselspiel von moralischem Handeln und Institutionen – in Organisationen und in der Gesellschaft als ganzer. In praktischer Hinsicht heißt das, dass moralisches Handeln von Mitarbeitern genauso wenig als Ersatz für Organisationsstrukturen zu sehen ist, wie Unternehmensverantwortung ein Substitut für die klassische Wirtschaftspolitik darstellt.

Diese Idee ist freilich nicht neu. Schon Aristoteles formulierte: »Die Gesetzgeber machen die Bürger durch Gewöhnung tugendhaft; das ist wenigstens die Absicht jedes Gesetzgebers; wer es aber nicht recht angeht, der verfehlt seinen Zweck, und darauf läuft der ganze Unterschied von guter und schlechter Staatsverfassung hinaus.«⁴⁷

Der Liberalismus einer Anreizethik, die tolerant zu sein scheint, weil sie sich nicht in Fragen der Moral einmischt, ist keiner. Eine Gesellschaft, die konfligierende Interessen ausschließlich durch Regel-/Sanktionssysteme steuern will, ist nicht liberal, sondern totalitär. »Only a virtuous people are capable of freedom«, schrieb Benjamin Franklin im Jahr 1787.⁴⁸ Das gilt auch heute noch: Moral und äußere, politische Freiheit sind untrennbar aufeinander bezogen.

Wollen die Wirtschaftswissenschaften ihre Schwierigkeiten mit der Moral beheben, so erscheinen also Grundsatzdiskussionen notwendig, die eine stärkere Reflexion des philosophischen Voraussetzungsreichtums ökonomischer Theorien zum Ziel haben. Die Ökonomik kommt aus meiner Sicht nicht umhin, die Verantwortung von Akteuren theoretisch zu verarbeiten und auf dieser Grundlage praktische Vorschläge zu entwickeln.

Damit könnte man zugleich auch zur ursprünglichen Idee eines wohlverstandenen Liberalismus zurückkehren, der historisch durch komplementäre Ideen von »politischer Freiheit« und »individueller Verantwortung« gekennzeichnet war. Davon jedoch scheint nicht nur die wirtschaftliche Praxis ein gutes Stück weit entfernt zu sein, auch das Denken in den Wirtschaftswissenschaften folgt im Grunde dem eines halbierten Liberalismus.

Die Gründe dafür dürften nicht nur in den methodischen Engführungen des ökonomischen Instrumentariums liegen. Vielmehr paaren sich diese, so soll in den folgenden zwei Kapiteln illustriert werden, mit quasireligiösen Vorstellungen von dem, was Ökonomen nicht nur verehren, sondern geradezu zu lieben scheinen: von dem Markt.

9. Liebe zum Markt: Eine Glosse⁴⁹

In einem bemerkenswerten Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 19. August 2017 sprachen die Mitglieder des Sachverständigenrates für Wirtschaft, Lars Feld, Christoph Schmidt, Isabel Schnabel und Volker Wieland, von der »Liebe von Ökonomen zum Markt«. Sie reagierten damit auf einen Beitrag ihres Kollegen Peter Bofinger, dem Fünften im Bunde der Wirtschaftsweisen, der zuvor in der *FAZ* erschienen war. Bofinger sprach sich darin für eine staatliche Industriepolitik aus, die Schlüsseltechnologien wie zum Beispiel die erneuerbaren Energien vorantreibt. Für seine vier Kollegen war das offenbar zu viel. Sie schrieben: »Laien verwechseln häufig die Liebe von Ökonomen zum Markt mit einer Liebe zu einzelnen Marktakteuren. Einem Profi sollte das nicht passieren.« Bofinger, der den Markt als Ökonom doch wie sie selbst lieben sollte, geht mit der Idee einer staatlichen Industriepolitik fremd und will »mehr Zentralismus wagen«⁵⁰. Sie, die Monogamen, werfen ihm ein amouröses Techtelmechtel vor, das sie so nicht dulden können. Wenn du den Markt nicht wirklich liebst, dann ist Schluss, so raunt es durch den Text der vier Sachverständigen.

Romantische Liebe und Kapitalismus

Der Sachverständigenrat soll mit Sachverstand beraten, und Liebe macht bekanntlich blind. Insofern irritiert die Wortwahl der liebestrunkenen Wirtschaftsweisen. Dabei ist der Gedanke, den Kapitalismus mit Liebe in Verbindung zu bringen, gar nicht neu.

So hat etwa schon Herbert Marcuse als Vertreter der kritischen Theorie im Begehren eine »Triebfeder« für Wirtschaft und Gesellschaft erkannt, die nicht nur auf ein menschliches Miteinander begrenzt ist, sondern beispielsweise auch auf Produkte ausstrahlt. Und der Publizist Wolfgang Fritz Haug plädierte in einem Kultbuch der 68er-Bewegung dafür, Marktprodukten nicht mehr nur den reinen Gebrauchswert zuzuschreiben: Die moderne Welt funktioniere vielmehr so, schrieb Haug, dass »wo immer eine Not, ein Bedürfnis, ein Bedarf, da bietet ein Warenbesitzer *mit lebenswürdigstem Schein* seinen *Liebesdienst* an, um alsbald die Rechnung zu präsentieren«. ⁵¹

Die Diskussion dieser Überlegungen liegt nun schon ein Weilchen zurück, und trägt natürlich einen politischen Anstrich aus dieser Zeit. Und doch trifft die Analyse heute fast noch mehr ins Schwarze als vor 50 Jahren. Jedes Unternehmen weiß heute, dass es primär Geschichten und erst sekundär Produkte verkaufen muss. Da passt es gut, dass auch Dinge inzwischen als lebenswert gelten dürfen und eine eigene erotische Anziehungskraft entfalten können. »Ich liebe es«, heißt es in der McDonald's-Werbung, Volkswagen macht alles »aus Liebe zum Automobil«, und um »echte Liebe« sogar geht es bei der börsennotierten Borussia Dortmund.

Gleichzeitig wird Liebe aber auch mit Unbedingtheit in Verbindung gebracht, die sich mit ökonomischem Denken so ganz und gar nicht vertragen soll. »Was bringt er/sie mir noch?« Fragen dieser Art werden dem Anspruch an ein Absolutes der Liebe nicht gerecht. Kritik ist damit nicht mehr erlaubt und wird mit der untertönig nach Vorwurf klingenden Frage »Liebst du mich etwa nicht mehr?« im Keim erstickt.

Die zitierte Aussage des Sachverständigenrats kann als interessantes Stück Zeitgeschichte genommen werden. Längst geht es nicht mehr nur um die Erotisierung von Produkten, sondern um die erotisierte Ideologisierung einer Idee – und zwar im Ökonomischen selbst. Nicht die Ökonomie, sondern eine spezifische ökonomische Organisationsform, der Markt, soll Objekt des Begehrens werden. Ökonomen haben den Markt bedingungslos zu lieben, sonst droht, so der Tenor des Wirtschaftsweistextes, die Trennung.

Scheidung?

Zur Drohung mit dem Scheidungsanwalt passt auch die kritische Anmerkung des Ökonomen Achim Wambach, Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik, der Standesorganisation der Ökonomen im deutschsprachigen Raum. Diskussionen mit Kritikern der Wirtschaftswissenschaften schätzt er im Ergebnis als eher »durchwachsen« ein, »da schwingt oft eine markt- und kapitalismuskritische Agenda mit«. ⁵² Und das, so klingt es auch hier, ist eigentlich schon zu viel, der Markt per se darf nicht infrage gestellt werden, weil man ihn schlicht lieben muss.

Der Sachverständigenrat macht wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung, um damit die »Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit« zu erleichtern, so ist es gesetzlich festgeschrieben. ⁵³ Es drängt sich die Frage auf, welche Urteilsbildung in der Politik und in der Öffentlichkeit noch möglich

ist, wenn in einem prominenten Expertengremium *eine* Idee monopolisiert wird. Interessanterweise kämpfen Ökonomen ansonsten ja vehement gegen Monopolbildungen und Machtkonzentrationen jedweder Art. Den Markt der eigenen Ideen scheint dies jedoch nicht zu betreffen. Was in ihm zählt, ist die unbedingte Liebe.

Mach dich hübsch!

Was könnte man den Wirtschaftsweisen raten? Paartherapie? Oder vielleicht doch eher das, was die Jugendzeitschrift *Twen* in den 1960er-Jahren als Tipp für die Zeit nach einer Trennung parat hielt: »Werden Sie umwerfend hübsch, probieren Sie mal, was Sie noch nie probiert haben. Wenn Sie den Markt erforschen wollen, müssen Sie sich in der begehrtesten Wertesten Verpackung anbieten.«⁵⁴ Heute gibt es dafür Online-Partnerbörsen.

10. Wohlstand für alle? Die halbe Wahrheit, der ganze Irrtum⁵⁵

Als der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, 2017 das Leitthema »Gerechtigkeit« für den Wahlkampf und die Politik der Sozialdemokraten ausrief, dauerte es nicht lange, da nahmen Ökonomen dieses Thema aufs Korn. Marcel Fratzscher, Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), beispielsweise provozierte in einer Kolumne für *Zeit Online* im Februar 2017 mit der These: »Die Frage der Gerechtigkeit ist nicht diejenige, um die es jetzt gehen sollte.«⁵⁶ Es sei eine falsche Gerechtigkeitsdebatte, die geführt werde, so der Autor, stattdessen sollte es um die Frage gehen, wie man zu »Wohlstand für alle« komme.

Solche Positionen sind nicht neu und hätten auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges oder in den 1970er-Jahren formuliert sein können. Denn die Geschichte, die Ökonomen gerne erzählen, ist die von dem Kuchen, der größer gebacken werden müsse (Milton Friedman), um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern – »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard) eben. Realisiert werden soll dies unter anderem über Bildungsoffensiven, um gut ausgebildete Fachkräfte »in den Arbeitsmarkt zu bringen«, die dann fleißig zum Bruttosozialprodukt beitragen und »Eigenverantwortung ausüben können« (Fratzscher). Es geht damit, anders formuliert, um die Schaffung oder Verbesserung des Produktionsfaktors Arbeit, neu-

deutsch: »Human Resources«. Alles wird gut, wenn wir den Wohlstand aller steigern, so das quasireligiöse Heilsversprechen von Ökonomen. Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass Ökonomen eine gesellschaftliche Gerechtigkeitsdiskussion tendenziell für überflüssig halten.

Kulturelle Sinndeutungen

Die vorgetragene Argumentation führt jedoch bei genauerer Betrachtung schnurstracks an relevanten gesellschaftlichen Fragen vorbei. Der verengte Blick durch die ökonomische Brille, durch die man nicht sehen kann, was man nicht sehen darf, verkennet nämlich, dass der Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht nur vom gesellschaftlichen Wohlstand abhängt, sondern exakt auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist. Wenn die »schöpferische Zerstörung« (Schumpeter) nicht nur die Märkte durcheinanderwirbelt und Innovationen schafft, sondern persönliche Lebensentwürfe zerstört, helfen »Wohlstand für alle«-Slogans nicht wirklich; die betroffenen Menschen fühlen sich abgehängt, sie empfinden ihre Situation als ungerecht.

Fragen sozialer Gerechtigkeit sind subjektiver Natur. Es geht also um eine von den Menschen wahrgenommene Gerechtigkeit, und diese betrifft nicht nur das ökonomische Auskommen. Dieser Sachverhalt mag es für die traditionellen Wirtschaftswissenschaften schwierig machen, das Thema mit ihrem traditionellen Instrumentenkasten zu bearbeiten. Aber sind damit die kulturellen Sinndeutungen, die Interpretationen menschlicher Bedürfnisse und Verhaltensweisen in den jeweiligen sozialen Kontexten, für das Verstehen und Gestalten von Gesellschaft irrelevant?

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist ein instruktives Beispiel: »Make America Great Again« – wenn wir diesen Slogan, der Trump zum Wahlsieg führte, den ökonomischen Zahlen zur Entwicklung der USA seit der

Obama-Präsidentschaft gegenüberstellen, so kommt man »objektiv« zu dem Ergebnis, dass das Land unter Obama wirtschaftlich nicht gerade am Boden lag – ganz im Gegenteil. Den Ökonomen bleibt hier im Grunde nur Kopfschütteln über den Zuspruch der amerikanischen Bevölkerung, der als schlicht irrational – irgendwie durchgeknallt – qualifiziert werden muss. Das stört die Amerikaner freilich reichlich wenig. Was auch immer die Gründe für die Wahl von Donald Trump waren – religiöse Motive, der Wunsch nach etwas ganz anderem, keine Frau ins Präsidentenamt –, sie können jedenfalls nicht primär ökonomischer Art gewesen sein.

Mit Blick auf die Frage, ob in Politik und Gesellschaft eine Gerechtigkeitsdiskussion stattfinden sollte, lautet die Antwort natürlich: Was denn sonst? Denn es sind ja gerade auch Fragen eines fairen und gerechten Miteinanders, die Menschen umtreiben – nicht abstrakt als Begriffsduselei einer philosophischen Gerechtigkeitsdiskussion, sondern sehr konkret in ihren jeweiligen Lebenskontexten.

Jenseits des Win-win-Wonderlands

Ökonomen sollten diese Fragen ernst nehmen, anstatt sie ins Reich des Fabulierens zu verschieben oder sich dafür schlichtweg nicht zuständig zu fühlen. Das setzt eine gewisse Sensibilität der Kolleginnen und Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften für kulturelle Phänomene voraus: Es macht die Welt komplizierter, aber die Wirtschaft ist in gesellschaftliche Kontexte eingebettet, und Menschen sind nicht nur ökonomische Akteure. Das heißt vor allem, dass es auch den modernen Wirtschaftswissenschaften gut anstehen würde, die Probleme unserer Gesellschaft mit anzupacken und wirkliche Verteilungs- und Partizipationsfragen zu thematisieren, statt die Menschen gebetsmühlenartig in ein allokationsgetriebenes Win-win-Wonderland entführen zu wollen. Erzählungen sind gut und wichtig, Märchenstunden

sind hier Zeitverschwendung. Um nicht missverstanden zu werden: Ökonomische Analysen sind von Bedeutung. Die halbe Wahrheit absolut genommen führt jedoch bekanntlich schnell zum ganzen Irrtum.

Marcel Fratzscher sieht dies übrigens inzwischen auch selbst so: »Selbst eine Gesellschaft, die das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit erfüllt«, schrieb er anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Grundgesetzes, »mag von einer Mehrheit als ungerecht angesehen werden, wenn diese Gesellschaft vielen Menschen Selbstachtung verwehrt. Somit ist Neid nicht gezwungenermaßen irrational, sondern kann durchaus berechtigt sein, wenn die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen als eine wahrgenommen wird, die die Bedürfnisse vieler Menschen nicht erfüllt. Womit wir wieder beim Grundgesetz sind: Selbstachtung ist ein essenzielles Element der Würde des Menschen.«⁵⁷

In der Tat: Ökonomische Analysen ohne einen Seitenblick auf kulturelle, nicht ökonomische Tatsachen – sie mögen uns moralisch schmecken oder nicht – werden ihre Absichten verfehlen, denn sie gehen an den Menschen vorbei. Und normative Schlussfolgerungen ohne die Berücksichtigung deontologischer Prinzipien, wie dem der Menschenwürde, sind moralisch fragwürdig.

11. Wirtschaft ist Kultur – was denn sonst!⁵⁸

Als ich in den 1990er-Jahren studierte, kursierte unter uns Wirtschaftswissenschaftlern ein Witz: »Soziologen sind diejenigen, die eigentlich Ökonomie studieren wollen, aber nicht so gut rechnen können.« Das Traurige an diesem Spruch ist, dass nicht wenige Ökonomen auch heute noch so oder ähnlich denken. Der Kern der modernen Volkswirtschaftslehre ähnelt auch 25 Jahre nach meinem Studium und womöglich sogar noch stärker mehr einer naturwissenschaftlichen denn einer sozialwissenschaftlichen Disziplin. Und es ist nicht nur traurig, sondern verhängnisvoll, dass man in den Wirtschaftswissenschaften noch stolz darauf ist; Ökonomen feiern die eigenen Methoden als ideologiefrei und deshalb als überlegen. Die Königin der Sozialwissenschaften!

Es gibt eine zarte Gegenströmung gegen den Kanon an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, die unter der Bezeichnung »Plurale Ökonomik« firmiert. Es geht ihr – nomen est omen – um eine Öffnung der Ökonomik für Erkenntnisse aus anderen Disziplinen, den Kognitions- und Neurowissenschaften, den Geschichtswissenschaften und der Soziologie. Ein breiteres Spektrum von ökonomischen Ansätzen – und nicht nur ein dominanter Mainstream – soll zu einem besseren Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Forschung beitragen und auch Studierende zur eigenständigen Reflexion befähigen, statt sie nur mit theoretischem Standardlehrbuchwissen zu indoktrinieren und abzurichten, um nicht zu sagen: zu verdummen. Dabei ist man für vieles offen, plural eben.

Die Kritiker der Kritik waren auch gleich zur Stelle. Die Dogmatiker ganz cool: »Nur weil ihr nicht so gut rechnen könnt ...«, die eher gemäßigten Vertreter rhetorisch etwas geschickter: »Irgendwie habt ihr ja ein bisschen recht, aber das machen wir doch schon alles.« Die Reformbemühungen prallen also tendenziell an der traditionellen Volkswirtschaftslehre ab, weil man dort nicht so recht weiß (oder wissen will), welche Reformen überhaupt notwendig sind. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

In der Tat ist an der Abwehr in Teilen etwas dran: Die moderne Verhaltensökonomik bezieht heute vermehrt psychologische, neurowissenschaftliche und evolutionstheoretische Überlegungen ein, Unternehmen werden nicht mehr nur als gut geölte Maschinen verstanden, systemische Zusammenhänge etwa auf Finanzmärkten werden nicht mehr als (kalkulierbare) Risiken begriffen, sondern durch Szenarien unter Unsicherheit modelliert, um nur einige Beispiele zu nennen. Ist also alles schon da und besteht insofern kein Bedarf an Reformen in den Wirtschaftswissenschaften? Ich denke, nein!

Erstens scheinen mir diese Entwicklungen weiterhin eher an den Rändern der Disziplin zu liegen, und zweitens, und wichtiger, betreffen sie nicht den Kern eines notwendigen neuen ökonomischen Denkens. Ich sehe insbesondere unter vier Aspekten einen Handlungsbedarf, die eine prinzipielle Sichtweise des Ökonomischen und der Ökonomik als Wissenschaft betreffen: Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften sollte sich öffnen und weiterentwickeln, demgegenüber sollten die »Pluralos« ihre Anliegen schärfen. Pluralisierung ist zwar sympathisch, birgt aber die Gefahr, alles und deshalb nichts zu umfassen.

Der Homo oeconomicus ist tot, lang lebe der Homo oeconomicus

Der Homo oeconomicus ist die zentrale Kunstfigur (und kein Menschenbild) der Ökonomen, die ihren Analysen wirtschaftlicher Prozesse zugrunde liegt. In anderen Disziplinen wird jedoch gezeigt, dass Menschen nicht stets ökonomisch rational ihren Nutzen maximieren, sondern deutlich komplexer handeln. Sie treffen Entscheidungen innerhalb bestimmter kognitiver Mindsets (Frames) oder haben ein Gefühl für Fairness. Solche und ähnliche Aspekte menschlichen Handelns sind natürlich auch in den Wirtschaftswissenschaften angekommen, wenn auch – im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften – mit erheblicher zeitlicher Verspätung.

Und dennoch hält sich beharrlich ein spezifisches Verständnis von Rationalität, das verengt ist auf ökonomische Rationalität. Rationales Handeln im weitesten Sinne, so könnte man definieren, ist zu verstehen als sinnhaftes, reflektiertes und begründbares situatives Handeln. Man bekommt an der Kasse zu viel Wechselgeld zurück und weist den Kassierer freundlich darauf hin. Für ein solches Verhalten kann es gute, nicht ökonomische Gründe geben – sei es, dass man einfach eine ehrliche Haut ist oder sofort daran denkt, dass der Kassierer den Kassenfehlbetrag aus der eigenen Tasche bezahlen muss.

Für einen Ökonomen wären solche Motive irrational. Die Ökonomik spricht hier von Anomalien, denn sie betrachtet es als eine Abweichung vom ökonomisch(!) rationalen Verhalten. Oder sie greift zu dem Trick der sogenannten offenen Nutzenfunktion, die nicht nur einen Geldwertnutzen, sondern auch psychologischen Nutzen umfasst. Bezogen auf das Beispiel hieße das, den Grund für die Rückgabe des zu viel erhaltenen Wechselgeldes in einem schlechten Gewissen (hohe psychologische Kosten) oder in dem aus der Ehrlichkeit resultierenden Wohlgefühl zu sehen. Hier stellt sich allerdings

sofort die Frage, wie hoch der Erklärungsgehalt einer Theorie ist, mit der prinzipiell sowohl ein Verhalten X als auch das gegenteilige Verhalten (Non-X) erklärt werden kann.

Moderne wirtschaftswissenschaftliche Ansätze betreiben einiges an Aufwand beim Ergründen menschlicher Entscheidungen und Interaktionen zwischen Menschen. Sie führen empirische (spieltheoretische) Experimente durch oder schieben Probanden in die Röhre, um Gehirnströmungen zu messen. Im Grunde lebt der Homo oeconomicus jedoch auch in diesen modernen Ansätzen weiter.

Eine neue Ökonomik sollte demgegenüber einen erweiterten Rationalitätsbegriff als Grundlage ihrer Untersuchungen verwenden, der zudem nicht nur rein kognitiv angelegt ist (»wie wir entscheiden«), sondern Dimensionen körperlichen Handelns (»Hand wie Handeln«) beinhaltet. Forschungen anderer Disziplinen zeigen sehr deutlich, dass menschliches Handeln starke Bezüge zur eigenen Körperlichkeit hat und »embodied« ist. Dies hätte Konsequenzen für die Frage, wie menschliche Interaktionen und ökonomische Institutionen betrachtet werden können.

Die Ökonomik als implizite Ethik

Aus Wertefragen hält sich die traditionelle ökonomische Lehre dem eigenen Bekunden nach gerne raus. Ein Ökonom braucht analytischen Sachverstand und arbeitet wertneutral. Alles andere ist normative Anmaßung und hat nichts mit Wissenschaft zu tun, so oder ähnlich schallt es in Popper'scher Tradition aus den Fakultäten der Wirtschaftswissenschaften. Lassen wir einmal beiseite, dass die normative Postulierung einer rein beschreibenden und erklärenden Wissenschaft schon selbst eine normative Position darstellt, wesentlich ist, dass Ökonomen aus ihren Untersuchungen Handlungsempfehlungen – etwa für Unternehmen oder Politik – ableiten. Und womöglich noch wesentlicher ist nicht nur die Frage,

was am Ende als Empfehlung rauskommt, sondern was zu Beginn als normative Annahmen hineingesteckt wird. Das Analyseinstrument des Homo oeconomicus und das Verständnis von Rationalität sind Beispiele für zugrunde gelegte Annahmen. Wenn dann zum (bewussten oder unbewussten) Setting weitere unhinterfragte (ideologische) Wertmaßstäbe hinzukommen, dürfte mehr als deutlich sein, dass die Wirtschaftswissenschaften nicht nur eine harmlose Kunstlehre sind. Zu diesen nicht hinterfragten Größen gehören etwa »der Markt« als zentraler Steuerungsmechanismus moderner Gesellschaften – funktioniert wie eine Maschine und ist kreativ (zerstörend) wie ein Mensch – oder das normativ erhöhte Ausrufen von Unternehmen als Gewinnmaximierer, zum Zwecke von mehr Wirtschaftswachstum.

Die Wirtschaftswissenschaften, Volks- wie Betriebswirtschaftslehre, sind implizite Ethiken. Jeder Ökonom würde gut daran tun, sich selbst und anderen gegenüber (Studierenden, Rezipienten aller Art) die normativen Annahmen bewusst zu machen oder sich wenigstens auf einen Diskurs dazu – was steckt an Ethik drin, was kommt raus – einzulassen.

Ökonomie ist Kultur

Wie sehr den aktuellen Wirtschaftswissenschaften der Anschluss an andere sozial- und geisteswissenschaftliche Disziplinen fehlt, verdeutlicht die Reaktion traditioneller Ökonomen auf die Aussage: »Ökonomie ist Kultur.« Die reflexartige Frage – wie ich sie jüngst auch an der eigenen Universität gehört habe, lautet dann: »Was soll das denn sein?« Für Sozialwissenschaftler, Philosophen, Kulturtheoretiker hingegen steht außer Frage: »Ja was denn sonst!«

Unsere Wirtschaft – wie wir sie aktuell kennen, früher kannten und in Zukunft kennen werden – ist ein Produkt menschlichen Handelns und daraus resultierender sozialer Dynamiken. Der Begriff Wirtschaftssystem mag den Eindruck

erwecken, es handele sich um etwas Technisches oder womöglich direkt der Natur Entsprungenes (wenn nicht Gottgegebenes). Alles abwegige Vorstellungen, denn tatsächlich ist die Ökonomie eine (wirkmächtige) »gesellschaftliche Wertsphäre« (Max Weber), in der Individuen mit ihren Sinn-deutungen und künstlichen kulturellen Gebilden, wie Unternehmen, miteinander interagieren. Dabei werden hochgradig symbolisch aufgeladene Produkte und Dienstleistungen gehandelt, erfolgen Tauschprozesse unter Verwendung des Kulturproduktes Geld. Ökonomie ist Kultur (und hat nicht nur kulturelle Elemente). Dazu haben die Schweizer Ökonomen David Iselin und Bruno S. Frey in einem Beitrag geschrieben: »Ökonomie ist ein Teil einer Narrationskultur. Unternehmen haben schon lange entdeckt, dass sich nicht Fakten, sondern Geschichten verkaufen. Ökonomen erzählen ebenfalls Geschichten, ohne sich dessen bewusst zu sein.«⁵⁹

Ein neues ökonomisches Denken sollte zu einem kulturellen Verständnis von Wirtschaft und von Wirtschaft in Gesellschaft zurückkehren, wie es für viele Klassiker (Max Weber, Georg Simmel, Karl Polanyi) selbstverständlich war, will sie nicht Wesentliches aus den Augen verlieren. Dazu zählen beispielsweise sozialgeschichtliche und dogmenhistorische Untersuchungen (»Wo kommen wir her?«), kulturtheoretische Analysen zur Einbettung oder Entbettung der Ökonomie und ihrer Institutionen, einschließlich bestimmter Erzählformen (»Wo und wer sind wir?«) sowie ein Nachdenken über und Entwickeln von Zukunftsvisionen (»Wo wollen wir hin? Wer wollen wir sein?«).

Formale Modelle in den Wirtschaftswissenschaften: Ist Mathe doof?

Nach meiner Beobachtung machen »Plurale Ökonomen« ihre Kritik auch an einer mathematisch (über)formalisierten Volkswirtschaftslehre fest. Doch ist Mathe per se doof? Nein, ist

sie natürlich nicht. Meines Erachtens geht es an dieser Front eher um ideologische Fragen als um das Bemühen, wirtschaftstheoretisch voranzuschreiten. Besser wäre es, die Frage zu stellen: »Ist die Anwendung formaler Modelle angemessen oder nicht?« Und dazu lautet die Antwort: »Es kommt darauf an.«

Das (auch ästhetisch) Schöne an mathematischen Formalisierungen ist, dass sie zu Transparenz und Kohärenz zwingen, was sachlichen Auseinandersetzungen sehr guttun kann. Im wissenschaftlichen Diskurs ist auf diese Weise schnell zu erkennen, welches die zugrunde liegenden Annahmen sind, ob die Überlegungen widerspruchsfrei präsentiert werden und was aus ihnen resultiert.

Auf der anderen Seite stellen sich der Ökonomik durch ihr spezifisches Vorgehen stets wenigstens zwei Probleme: die Rückübersetzung der Abstraktionen in eine lebensweltliche Sprache und die mögliche Tendenz, dass nur berücksichtigt wird, was auch mathematisch abbildbar ist, ein Vorgehen, das wissenschaftlich freilich nicht akzeptabel wäre. Dies könnte kulturtheoretische Perspektiven einer neuen Ökonomie im Besonderen betreffen.

Sowohl den traditionellen Wirtschaftswissenschaften als auch den »Pluralen Ökonomen« geht es um eine Weiterentwicklung des wirtschaftstheoretischen und -praktischen Denkens. Sich gegenüber Diskursen zu immunisieren und der Gegenseite ideologischen Dogmatismus, Unkenntnis oder beides vorzuwerfen, trägt nicht dazu bei, dieses Ziel zu erreichen. Kooperation statt Fundamentalopposition ist angebracht. Hier sind die Ökonomen – der Mainstream wie die Pluralos – selbst gefragt, ganz ebenso jedoch auch Vertreter anderer Disziplinen.

Wir sollten die Wirtschaft in der Tat nicht nur den Ökonomen überlassen!

12. Plattformkapitalismus: Die Lizenz zum Wirtschaften⁶⁰

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelten Unternehmen Geschäftsmodelle, deren »Rohstoff« nicht etwa Öl, Baumwolle oder Weizen, sondern Daten sind. Bedingt durch die noch besseren technischen Möglichkeiten des Internets und die rasanten Entwicklungen im Bereich von mobilen Endgeräten reiften sogenannte Plattformunternehmen heran, die so etwas wie Intermediäre zwischen potenziellen Käufern und Verkäufern sind. Vermittelt werden kann im Grunde alles, Waren jedweder Art: Informationen, überflüssige private Gebrauchsgegenstände, Übernachtungen, Fahrdienste, Musik, Filme, Kapital, Freunde, Sexpartner usw. Amazon, Google (firmiert als Alphabet), eBay, Airbnb, Uber, Apple, Facebook oder chinesische Anbieter wie Baidu, Alibaba und Tencent sind Beispiele für Plattformunternehmen.

Aufgrund der spezifischen Geschäftsmodelle und des herausragenden ökonomischen Erfolgs solcher Unternehmen spricht man inzwischen auch von einer besonderen Form des Kapitalismus, die als »Plattformkapitalismus« gekennzeichnet ist.⁶¹ Und dieser Plattformkapitalismus, so will ich hier behaupten und im Weiteren plausibilisieren, stellt eine zivilgesellschaftliche und wirtschaftspolitische Herausforderung dar, denn: Der Einsatz von Datentechnologien auf Internetplattformen ist ein gesellschaftlicher Risikobereich. Warum?

Internetplattformen als gesellschaftlicher Risikobereich

Unternehmen wie Facebook oder Google sind keine Technologieunternehmen, sondern im Kern Medienunternehmen. Wegen der Informationen, die sie vermitteln, sind sie zu den wichtigsten Fenstern der Welt geworden. Sie kartografieren, wie wir die Dinge sehen und welche Dinge wir nicht sehen. Die Nutzer werden mit gezielten Analysen zu möglichst homogenen Gruppen gebündelt, um sie mit Werbebotschaften anzusprechen oder ihnen individuelle Angebote ökonomischer oder politischer Art zu unterbreiten. Das reicht von einem Produktangebot der neuesten Sneakers bis hin zu Rassismus oder zur Homophobie. Welche »Leistungen« verkauft werden, ist aus Sicht der Plattformbetreiber nebensächlich.

Leistungen von Facebook und ähnlichen Firmen können wir kostenfrei nutzen, doch der Schein trügt. Wir bezahlen nicht in Schweizer Franken oder in Euro, sondern mit unseren persönlichen Daten. Geld wird nicht direkt mit den Kunden, sondern auf dem Werbemarkt und dem Markt für Datenanalyse verdient. Die Gewinne werden von wenigen Unternehmen abgeschöpft, was zu monopolistischen Tendenzen führt. Wir als »User« machen dabei mit, weil psychologische Mechanismen wie kleine emotionale Belohnungen in Form von »Likes« greifen. Das sind Streicheleinheiten für die Seele in der modernen Welt, die zu Abhängigkeiten führen können.

Plattformunternehmen sind ökonomisch motiviert, zugleich aber ein Paradebeispiel für quasipolitische Institutionen, weil sie maßgeblich auf gesellschaftliche und politische Prozesse einwirken, indem sie unseren Zugang zur Welt steuern. Und gerade diese Kombination macht sie sehr gefährlich. Sie greifen derart tief in die Lebenswelten von uns Menschen ein, können derart massiv gesellschaftliche Perspektiven prägen und womöglich sogar politische Entscheidungen beeinflussen,

dass sie nicht mehr nur als ökonomische Akteure betrachtet werden dürfen. Inzwischen häufen sich auch Warnungen vor der Machtposition dieser Unternehmen und Empfehlungen, diese einzudämmen. Die Monopole der Internetgiganten, ob nun Google, Facebook oder andere, sollten zerschlagen und ihre Geschäftspraktiken reguliert werden, wie etwa durch weitere Anpassungen der EU-Datenschutzverordnung.

Was es aus meiner Sicht aber tatsächlich braucht, ist ein Zulassungsverfahren für digitale Technologien zur Gewährleistung eines gesellschaftlichen Mehrwerts und zur Begrenzung von »Risiken und Nebenwirkungen«, die aus diesen Technologien resultieren. Dafür gibt es Vorbilder aus anderen Industrien, wie ich unten zeigen werde.

Monopole zerschlagen?

Firmen des Plattformkapitalismus sind auf sogenannten mehrseitigen Märkten tätig. Charakteristisch ist dabei, dass Angebote auf einem Markt zu Angeboten auf anderen Märkten führen, sodass diese miteinander verwoben sind. Wir können Facebook nutzen, ohne das Unternehmen dafür geldwert zu entschädigen. Stattdessen bezahlen wir mit unseren persönlichen Daten, die genau die Plattformen für Werbetreibende und andere so interessant machen. Geld wird nicht mit den »Usern«, sondern auf dem Werbemarkt und dem Markt für Data Analytics verdient. Die Gewinne werden hier von wenigen Unternehmen abgeschöpft, was zu monopolistischen Tendenzen führt.

Zu Monopolbildungen in Plattformindustrien kommt es auch, weil aus ihnen ab einer gewissen Größe sogenannte Netzwerkeffekte entstehen, das heißt, erst durch ein Netzwerk (die »friends« auf Facebook) entstehen die gewünschten Interaktionen, und je größer dieses ist, desto attraktiver wird es für den einzelnen Nutzer. Neben den hohen Fixkosten für Entwicklung und Betrieb solcher Plattformen sind es diese

Netzwerkeffekte, die zu einer Konzentration solcher Angebote auf wenige Unternehmen führen.

Hinzu kommt, dass einige Plattformbetreiber sogenannte *Habit-Forming Technologies* einsetzen, die darauf hinwirken, dass Nutzer möglichst viel Zeit auf ihren Plattformen verbringen. Hierbei werden bestimmte psychologische Mechanismen genutzt und gezielt angesprochen, die denen bei Suchtverhalten ähnlich sind und sehr einfach funktionieren: »Trigger – Aktion – Belohnung – Verstärkung« ist die Grundstruktur eines *Habit Loops*. Jedes »Like« bei Facebook und jeder »Retweet« geben eine kleine emotionale Belohnung, und die nie enden wollende Auswahl an Neuem verstärkt die Abhängigkeit. Dieser Prozess fördert die Kundenbindung an die Plattformen, aus der sich schließlich sogar Abhängigkeiten ergeben können.

Wirtschaftspolitisch wäre daher zu fragen, wie man der durch die Monopolisierung weiter verschärften ökonomischen Ungleichheit wirksam entgegenzutreten und diese Märkte effizienter gestalten kann. Ein Nachdenken über Zerschlagung, Regulierung oder Besteuerung ist gut und richtig, damit wäre das Problem auf diesen speziellen Märkten jedoch leider nicht behoben, weil es, wie das Beispiel der *Habit-Forming Technologies* andeutet, sehr viel tiefer sitzt. Worum geht es also?

Es steht etwas auf dem Spiel

So besorgniserregend die hier schon mehrfach benannten Vorgänge bei Facebook und Cambridge Analytica sind, sie erweisen sich letztlich höchstens als ein kleiner Strudel an der Wasseroberfläche grundsätzlicherer Phänomene:

Erstens, Facebook und Google und all die anderen stellen sich, wie schon gesagt, nicht als Technologieunternehmen, sondern als Medienunternehmen dar, auch wenn sie selbst

keine Informationen generieren, sondern diese »nur« vermitteln. Informationen, das ist wichtig, sind keine gewöhnlichen Güter wie Äpfel oder Birnen, über deren Verwendung allein eine Marktlogik entscheiden sollte. Vielmehr entstehen aus Informationen Weltbilder und Meinungen, sie sind die Grundlage, auf der wir unsere Entscheidungen treffen.

Für das Geschäftsmodell dieser Unternehmen ist zweitens besonders das sogenannte *Microtargeting* relevant, bei dem die Nutzer zu möglichst homogenen Gruppen gebündelt werden, um ihnen gezielt Werbebotschaften zutragen oder individuelle Angebote unterbreiten zu können – ökonomischer wie politischer Art. Eine Rolle spielt hier prinzipiell alles, was ein User im Internet an Spuren hinterlässt: aufgerufene und nicht aufgerufene Seiten, Verweildauer und Kontakte, Inhalt gesendeter Botschaften, die Stimme, das Aussehen usw.

»Echokammern« gewährleisten das zielgenaue Erreichen der Werbebotschaften. Transparenz und Vergleichbarkeit sind die Feinde der gruppenspezifischen Differenzierung. Und noch einmal: Welche Leistungen verkauft werden, ist dabei völlig nebensächlich. Kleidung, Autos, Rassismus – aus Sicht der Plattformbetreiber handelt es sich dabei lediglich um unterschiedliche Produkttypen, die an den Mann oder die Frau gebracht werden müssen. Im Moment verlassen wir uns dabei auf die Hoffnung, dass alle Beteiligten sich anständig verhalten.

Drittens werden die Nutzerdaten auf Basis komplexer Algorithmen und psychologischer Erkenntnisse zu Informationen und Modellen verdichtet, um so Verhalten gezielt zu beeinflussen. Und es geht nicht nur darum, welche Angebote man zu welchen Preisen erhält, sondern auch darum, welche Angebote man *nicht* erhält. Ein Großteil der Diskriminierung durch *Microtargeting* bleibt in diesem Sinne für die Nutzer

unsichtbar: Man erhält beispielsweise kein Jobangebot, weil eine Fotoanalyse ergeben hat, dass man eine wenig durchsetzungskräftige Persönlichkeit hat, oder man bekommt eine Mietwohnung nicht, weil der Algorithmus zu dem Schluss kommt, dass man unzuverlässig ist. Um nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten: Analysen von Big Data können durchaus einen positiven Beitrag leisten, Fehler verhindern und unnötiges Leid, etwa im Bereich der Medizin, vermeiden helfen. Die wichtige Frage ist jedoch, wer über die Struktur der Algorithmen informiert ist und wer darüber entscheiden kann.

Es ist im Marketing völlig unbestritten, dass solche Verfahren im Prinzip funktionieren; daher ist nicht auszuschließen, dass sie auch im Bereich der politischen Entscheidungsfindung wirken. Sollte sich die Vermutung bewahrheiten, dass sich durch eine Kombination von Big Data, psychologischen Verfahren und *Microtargeting* tatsächlich auch politische Einstellungen systematisch beeinflussen lassen, so wäre dies natürlich ein deutliches Warnsignal an alle demokratischen Gesellschaften. Und solange wir keine eindeutige Antwort auf diese Frage haben, sollten wir äußerst behutsam sein, ja uns in diesem zentralen Punkt der Neuausrichtung von wirtschaftlichen Interessen und politischem Willen von einem Vorsichtsprinzip leiten lassen.

Regulierung: Konsequent anders

In Momenten, bei denen deutlich wird, dass erwerbswirtschaftliche Unternehmen ein für die Gesellschaft schädliches Spiel spielen, wird der Ruf nach stärkeren Regulierungen laut. Politik und Recht werden dann als Garanten dafür gesehen, unternehmerisches Handeln wieder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Das Problem an dieser üblichen Logik ist jedoch, dass die politischen und rechtlichen Maßnahmen reaktiv sind und ihre Umsetzungen zudem in der Regel viel

Zeit brauchen. Gerade im schnellen Internetgeschäft hinken Regulierungen damit stets hinter neuen Entwicklungen her.

Mit Blick auf dieses Hase-und-Igel-Spiel und die gravierenden negativen gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich durch Internetplattformen einstellen können, drängt sich ein ebenso einfacher wie radikaler Vorschlag auf: nämlich ein Zulassungsverfahren einzuführen, in dem die Unternehmen den Nachweis zu erbringen haben, dass ihre Technologien gesellschaftlich nützlich und unbedenklich sind. Sozusagen eine Umkehrung der Beweislast: Nicht Politik und Gesellschaft wären gezwungen, bedenkliche Internetisikotechnologien zu erkennen und zu verfolgen, sondern die Unternehmen hätten in doppelter Weise einen Nachweis zu erbringen darüber, worin der gesellschaftliche Mehrwert, der aus der entsprechenden Datenanalyse und -verwendung zu erwarten ist (Nützlichkeit), liegt und welche Risiken und Schäden möglich sind und wie sie minimiert werden können (Unbedenklichkeit).

Unternehmen bekämen nur die Zulassung für eine Datentechnologie, wenn sie nachweisen können, dass beispielsweise keine *Habit-Forming Technologies* zum Einsatz kommen, die Informationsauswahl nicht zu Radikalisierung und problematischer Emotionalisierung beitragen kann oder politische und andere bedenkliche Einflussnahme durch *Microtargeting* ausgeschlossen ist. Zugleich wären der Zweck und der gesellschaftliche Mehrwert von Datenanalysen zu erläutern. Anderenfalls bliebe die Internetseite leer.

Ein solches Zulassungsverfahren wäre in die Hände einer unabhängigen Agentur zu legen, um das Risiko eines zu großen staatlichen Einflusspotenzials zu minimieren. Dass bei alledem das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht tangiert werden darf – es geht um Algorithmen, mit denen Informationen vermittelt werden –, versteht sich von selbst.

Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker

Könnte ein derartiges Zulassungsverfahren funktionieren? Und ist dies nicht eine Form von staatlichem Dirigismus, der Fortschritt verhindert?

Ich meine, es kann funktionieren, und es handelt sich bei einem solchen Prozess auch nicht notwendigerweise um einen Innovationskiller, wie Kritiker einwenden könnten, denn es gibt gute und seit Langem praktizierte Beispiele aus anderen Industrien, die als Vorbild dienen können. Pharmaunternehmen beispielsweise müssen vor der Vermarktung neuer Arzneimittel eine Zulassung bekommen, in deren Zuge sie den Nachweis der Wirksamkeit und der Unschädlichkeit der enthaltenen Wirkstoffe erbringen müssen. Die prinzipielle Richtigkeit eines solchen Verfahrens wird dabei kaum je infrage gestellt.

Grundsätzlich sieht unsere Gesellschaft für alle Risikotechnologien Zulassungsverfahren vor, die vor Markteinführungen verpflichtend zu durchlaufen sind. Und was die Vorfälle aus der jüngsten Vergangenheit in jedem Fall gelehrt haben sollten: Der Einsatz von Datentechnologien auf Internetplattformen ist ein gesellschaftlicher Risikobereich! »Ich bin ehrlich gesagt nicht sicher, ob wir nicht reguliert werden sollten«, sagte Mark Zuckerberg bei einer Anhörung vor dem amerikanischen Kongress. Ich bin mir ehrlich gesagt sehr sicher, dass Unternehmen des Plattformkapitalismus reguliert werden sollten.

13. Das kann Schule machen – Vorschläge für eine ökonomische Allgemeinbildung⁶²

Weite Teile der Bevölkerung, so zeigte zuletzt auch eine von der Zeit 2018 in Auftrag gegebene Studie, verfügen über nur geringe ökonomische Kenntnisse.⁶³ Ein durchaus besorgniserregender Befund, legt er doch den Schluss nahe, dass ausgerechnet zum gesellschaftlich so wichtigen Bereich wie dem der Wirtschaft allgemein kaum Wissen ausgebildet ist. Dass zudem ein ökonomisches Grundverständnis gute Dienste bei der persönlichen Lebensgestaltung leisten kann – zwischen Fixkosten- und variablen Kosten unterscheiden, Hypothekenkosten kalkulieren und einschätzen, Netto- und Bruttoeinkommen unterscheiden oder die Altersversorgung planen können, um nur einige Punkte zu nennen –, liegt auf der Hand.

Schulfach Wirtschaft: Neoliberale Gehirnwäsche?

Die geringen ökonomischen Kenntnisse in der Bevölkerung führen zu einem ersten Reflex, der sogleich einen weiteren nach sich zieht. Der erste Impuls ist der Ruf nach ökonomischer Bildung, zum Beispiel in Form eines Schulfachs »Wirtschaft« an allgemeinbildenden Schulen. Die zweite Reaktion sieht eben genau dies kritisch: neoliberale Gehirnwäsche schon im Jugendalter, damit der Kapitalismus noch geschmeidiger wird? Nein danke!

Die Frage, ob es eines eigenständigen Schulfachs Wirtschaft an allgemeinbildenden Schulen bedarf, wird seit einiger Zeit ernsthaft diskutiert, und zu ersten praktischen Schritten ist es auch schon gekommen: Baden-Württemberg hat das Fach Wirtschaft mit dem Schuljahr 2016/17 eingeführt, in Nordrhein-Westfalen soll eine im Koalitionsvertrag vereinbarte entsprechende Einführung in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Im Stuttgarter Kultusministerium wie auch im nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrag wird der allgemeinbildende Charakter des (anvisierten) Faches hervorgehoben: Es soll ausdrücklich um »ökonomische Allgemeinbildung« gehen.

Was ist ökonomische Allgemeinbildung?

Was aber meint »ökonomische Allgemeinbildung« konkret? Wer soll und kann sie wie vermitteln? Hier einige Klärungsangebote:

Ökonomische Allgemeinbildung ist umfassender als die Standardinhalte, die in volkswirtschaftlichen Einführungsvorlesungen der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge vermittelt werden. Preisbildungsprozesse zu verstehen, die Funktion von Märkten, das Konzept von Alternativkosten oder Fragen von Zinspolitik zu kennen, ist wichtig, aber längst nicht alles, was Ökonomie ausmacht. Ökonomische Allgemeinbildung muss mehr umfassen als neoklassische Ökonomik.

Unerlässlich ist es, das Ökonomische in einen gesellschaftlichen Kontext einzubetten, auch deshalb, weil sich inzwischen der nicht ganz unberechtigte Eindruck verfestigt hat, die Wirtschaft habe sich von der Gesellschaft entkoppelt. Ob nun der Ursprung von Marktwirtschaften und die historische Entwicklung hin zum Kapitalismus erörtert werden oder das Wesen von Geld jenseits seiner nur ökonomischen Funktion,

die moralischen Grundlagen von Ökonomie im Mittelpunkt stehen oder aber Fragen von Arbeit und einer ökologischen Ökonomie thematisiert werden, die bloße Anwendung der ökonomischen Methode ist bei solchen thematischen Zusammenhängen nicht hinreichend. Das heißt, ökonomische Allgemeinbildung kann nur multi- und interdisziplinär vermittelt werden und muss zwingend sozial- und kulturwissenschaftliche, historische und auch philosophische Perspektiven beinhalten. Noch einmal: Ein Nachdenken über Wirtschaft sollte man nicht nur den Ökonomen und (wenigen) Ökonomen überlassen.

Bei der Vermittlung von ökonomischen Inhalten an Schulen gilt es, sich davor zu hüten, ausschließlich eine verengte kapitalorientierte und unternehmenszentrierte Sichtweise zu vermitteln. Es wird allzu oft übersehen, dass zu einer modernen Ökonomie die Rolle der sogenannten »abhängig Beschäftigten« – schon dieses Begriffspaar spricht ideologische Bände, »nehmen« Arbeitnehmer Arbeit oder »geben« sie diese? – ebenso dazugehört wie die der Konsumenten. Themenfelder zur Bedeutung von Arbeit (jenseits der Bedeutung als Produktionsfaktor oder Human Resource) und die vergangenen und zukünftigen Veränderungen der Arbeitswelt gilt es ebenso zu diskutieren wie Fragen des (überflüssigen) Konsums, der Konsumverantwortung oder des von Konsumenten zulasten zukünftiger Generationen hinterlassenen ökologischen Fußabdrucks. Wachstumskritische Diskussionen können sich hier nahtlos anschließen.

Für die pädagogische und didaktische Umsetzung dieser und weiterer möglicher Themenbereiche bedarf es der Beteiligung kompetenter Wirtschaftspädagogen und ausdifferenzierter Rahmenlehrpläne auf Länderebene als verbindlicher Grundlage. Im Hinblick auf die praktische Umsetzung dürften die größten didaktischen Herausforderungen in der Entwicklung von Unterrichtsformaten liegen, die die Vermittlung

von Inhalten und Kompetenzen in allgemeiner Hinsicht und Aufklärung im besten Sinne des Wortes gewährleisten. Es geht also um ein demokratisches Programm, nämlich um Bürgerbildung für den Bürger als (politischer) *citoyen* und nicht nur als (wirtschaftlicher) *bourgeois*.

Da bei alledem nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern auch von Reflexionskompetenzen eine Rolle spielt, scheint ein lebensweltlicher und handlungsorientierter Zugang zu den Lernfeldern zu wählen zu sein, der stets die Frage im Blick behält, was und inwiefern die verschiedenen Themen mit dem Leben der Schüler zu tun haben. Vom Besonderen über das Allgemeine zu lernen, methodisch also induktiv deduktiv vorzugehen, würde beides erfüllen können: Vermittlung von Kompetenz für die individuelle ökonomische Lebensgestaltung und Vermittlung eines differenziert-kritischen Verständnisses von Ökonomie.

Aus den genannten Punkten leiten sich hohe fachliche wie didaktische Anforderungen für das Lehrpersonal ab, das nach meiner Einschätzung bislang nicht zur Verfügung steht. Der Import von Berufsschullehrern in allgemeinbildende Schule birgt die Gefahr einer reinen Vermittlung von ökonomischem Fachwissen, was das Ziel einer ökonomischen Allgemeinbildung verfehlen würde. Lehrer aus sozialwissenschaftlichen Fächern, wie Sozialkunde oder Politik, den Geschichtswissenschaften oder der Philosophie, scheinen zwar der Idee der Allgemeinbildung näherzustehen, müssten aber umgekehrt in Ökonomie aus- und weitergebildet werden, was sich in einem zweitägigen Crash-Kurs nicht realisieren ließe.

Wirtschaft als Schulfach? Schülerinnen und Schüler werden in Bereichen des Sozialen, der Technik, der Religion, der Politik und der Kunst unterrichtet. Es gibt gute Gründe, dieses Spektrum an allgemeinbildenden Schulen auch auf den Bereich

Wirtschaft auszuweiten. Die wesentliche Frage ist jedoch, welche Art von Ökonomie dabei vermittelt wird.

Allgemeinbildung statt ökonomische Häppchen

Seien wir realistisch: Es besteht die Gefahr, dass es bei den geplanten Inhalten für das Schulfach Wirtschaft um Nullachtfünfzehn-Ansätze aus den traditionellen Wirtschaftswissenschaften gehen wird. Und man liegt sicherlich nicht falsch mit der Vermutung, dass wirtschaftsnahe Verbände und Institutionen bereits fix und fertige Unterrichtsentwürfe in den Schubladen haben, die Lehrern eben jene verengte Sichtweise häppchengerecht anbieten. Um jedoch dem Anspruch, eine solide ökonomische Allgemeinbildung zu vermitteln, zu genügen, müsste das neue Unterrichtsfach in allererster Linie lebensdienlich ausgerichtet sein, in dem Sinne, dass für praktische Lebensfragen nachhaltige Hilfestellung angeboten, eine Idee von Ökonomie vermittelt und eine kritische Perspektive angeregt wird, in denen »Wirtschaften« im wahrsten Sinne des Wortes als »dem Leben dienend« verstanden wird.



The background of the entire page is a high-contrast, black and white abstract design. It features a series of concentric, rounded square frames that create a tunnel-like or spiral effect, drawing the eye towards the center. The lines are thick and slightly irregular, giving it a hand-drawn or graphic-print feel.

Teil III

**So ein Theater –
Medien, Wissenschaft, Schauspiel**

14. Öffentlich-rechtliche Medien: Bastion der Demokratie⁶⁴

Keine Branche ist politisch von so großem Gewicht wie die Medienbranche. Medien haben nicht nur Einfluss auf die Politik, sie sind integraler Bestandteil der Politik. Weil sie politisch so gewichtig sind, versprechen Medien ihren Eigentümern einen anderen Nutzen als gewöhnliche Unternehmen. Eine Zeitung oder ein Fernsehkanal kann chronische Verluste einfahren und für Investoren trotzdem interessant sein – dann nämlich, wenn sie finanzielles Kapital in politische Macht umwandeln.

Politisch motivierte Investoren haben umso leichteres Spiel, je schlechter das kommerzielle Geschäft in der Medienbranche läuft. Insofern funktioniert der Medienmarkt nicht wie andere Märkte, und daher geht die Rede von »freiem Wettbewerb« oder »Angebot und Nachfrage« in dieser Branche an der Sache vorbei. Viel wesentlicher ist: Lässt sich mit dem Besitz von Medien kein Geld mehr verdienen, wird die vierte Gewalt zum privilegierten Betätigungsfeld von Milliardären – den Berlusconis, Bezos und Blochers dieser Welt. Mittelfristig verwandelt sich dadurch die Demokratie in eine Plutokratie.

Dieses knappe Schlaglicht deutet auf die enorme Bedeutung öffentlich-rechtlicher Medien in modernen Gesellschaften,

denn sie sind es, so will ich argumentieren, die ein Gegengewicht zu den privaten Medienoligopolen schaffen und eine Grundlage demokratischer Meinungsbildung gewährleisten können.

Öffentlich-rechtliche Medien

Während in Deutschland und Österreich immer wieder die Diskussion über Sinn und Zweck von Rundfunk- und Fernsehgebühren aufflammt (und wieder verstummt), ging es in der Schweiz im Jahr 2018 doch ums Ganze, denn die Schweizer Bevölkerung stimmte in einem Volksentscheid über die Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) ab.

Der Vorstoß der Initiatoren löst ein gewisses Unverständnis aus: Demokratische Debattenforen durch öffentlich-rechtliche Medien werden infrage gestellt, während die Filterblasen des Internets die politische Polarisierung und wechselseitige Gesprächsverweigerung auf die Spitze treiben. Die Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher Medien wird angezweifelt, die zunehmende Abhängigkeit privater Medienhäuser von Mäzenen, Sponsoren und Inserenten schlicht ausgeblendet. Schließlich wird den öffentlich-rechtlichen Medien eine vermeintliche Monopolstellung unterstellt, wo doch der private Medienmarkt gleich in doppelter Hinsicht einer Monopolisierungstendenz unterliegt: im globalen Anzeigenmarkt des Internets durch Google und Facebook und im regionalen Nachrichtenmarkt durch lokale Mediengruppen.

Ein Marktversagen gibt es. Das liegt jedoch nicht an der Position öffentlich-rechtlicher Medien. Das öffentlich-rechtliche Informationsangebot verfälscht nicht einen funktionierenden privaten Wettbewerb, sondern es korrigiert ein demokratisch gefährliches Marktversagen.

Plattformkapitalismus und Marktversagen

Wie konnte es zu diesem Marktversagen kommen? Der Verweis auf das Internet allein erklärt noch nichts. Der entscheidende Faktor ist das Geschäftsmodell der Plattform auf zweiseitigen Märkten. Wenn wir heute, wie oben in Kapitel 12 ausgeführt, von Plattformkapitalismus sprechen, denken wir an Internetgiganten wie Google, Facebook, Amazon, Uber oder Airbnb. Es gab eine Plattformökonomie aber schon im analogen Zeitalter, und das klassische Beispiel ist die Medienindustrie. Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen sind Plattformen in einem zweiseitigen Markt, der aus Anzeigenkunden auf der einen und Medienkonsumenten auf der anderen Seite besteht. Auf zweiseitigen Märkten gelten, wie der französische Wirtschaftsnobelpreisträger Jean Tirole gemeinsam mit Jean-Charles Rochet gezeigt hat, besondere Preis- und Wachstumsgesetze, die es möglich machen, dass Konsumenten auf der einen Seite des Marktes nichts bezahlen.⁶⁵ Das allerdings nur, weil sie selbst das Produkt sind, das die Plattform auf der anderen Seite umso teurer verkauft. Ohne diese besonderen Gesetze wäre das 20. Jahrhundert nicht zum Zeitalter der Massenmedien geworden, hätten sich doch die wenigsten Menschen den Medienkonsum leisten können.

Doch das, was Plattformen eine enorme Ausdehnung ermöglicht, macht sie auch extrem verwundbar: Man kann sie von zwei Seiten angreifen. Erhalten sie starke Konkurrenz auf einer Seite des Marktes, wirkt sich das direkt auf die andere Seite aus, und sobald dort die Rückgänge nicht mehr kompensiert werden können, setzt eine Abwärtsspirale ein. In dieser Abwärtsspirale befinden sich große Tageszeitungen seit zwei Jahrzehnten. Als das Internet aufkam, setzten sie in einer fatalen Fehlaustrichtung ihrer Plattformstrategie auf digitale Gratisinhalte, in der Hoffnung, ein starker Medien-

konsum auf ihren Websites würde auch die Anzeigenkunden anlocken. Das geschah nie, denn bald entstanden im Internet neue, für Inserenten attraktivere Plattformen, bevor Google und Facebook das digitale Anzeigengeschäft vollends aufsaugten.

Zeitungen: 20 Jahre Fehlstrategie

Als die Zeitungsmacher merkten, dass ihre Strategie gescheitert war, hatte sich bei den Medienkonsumenten schon eine Mentalität des Gratiskonsums verfestigt, die einen Ausgleich der Anzeigenverluste durch immer höhere Bezahl-schranken für Abonnenten verunmöglichte. Das Geschäft mit Inseraten schrumpft seit Jahren rapide, nachdem es bei Qualitätszeitungen noch in den 1990er-Jahren bis zu 80 Prozent der Einnahmen ausgemacht hat. In der Schweiz bezahlen Leser für das Jahresabonnement einer einzigen Zeitung oft mehr als Pflichtgebühren für das gesamte Angebot der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft. Und in Deutschland wird es nicht anders aussehen.

Werden die Abopreise weiter steigen, springen noch mehr Leser ab, und die Anzeigenpreise sinken erneut. Seit Jahren jagt eine Sparübung die andere, Redaktionen werden zusammengelegt, die Printausgaben dünnen aus. Ein Ausweg aus der Abwärtsspirale ist nicht in Sicht, es sei denn, man lässt sich erschöpft in den Schoß eines Milliardärs fallen.

Die Krise in der Medienbranche ist strukturell so gewaltig und politisch so gefährlich, weil der digitale Plattformkapitalismus, anders als seine analogen Vorläufer, zur Ausbildung globaler Monopole tendiert. Google und Facebook haben unter Ausnutzung der Netzwerkeffekte des Internets auf einer Seite ihres Marktes – dort, wo ihre Dienste gratis sind – den Wettbewerb bereits ausgeschaltet. Dank der effizienten Vermarktung ihrer Milliardenkundschaft gehen sie nun daran, auch auf der anderen Seite, im digitalen

Anzeigengeschäft, ein Oligopol zu errichten. Dabei können Google und Facebook, weil sie in zweiseitigen Märkten tätig sind, private Medienunternehmen an den Rand des Ruins bringen.

Extrem problematisch daran ist, dass sie die Informations- und Kommunikationsfunktionen klassischer Medien nicht ersetzen: Mediale Plattformunternehmen produzieren keine Nachrichten, prüfen kaum Informationen und veranstalten keine Debatten. Sie leisten keinen aktiven Beitrag zu einer aufgeklärten politischen Meinungsbildung, ja treiben durch geheime Algorithmen ihre Nutzer in veritable Meinungspferche.

Genau deshalb sind die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit eine Gefahr für die Demokratie. Die letzte Bastion, die sie nicht schleifen können, sind die öffentlich-rechtlichen Medien.

Monopolisierung à la Suisse

Wer nun denkt, hier werde ein zu negatives Bild produziert, um öffentlich-rechtliche Medien umso positiver erscheinen zu lassen, führe sich ganz nüchtern die aktuelle Situation am Beispiel des Schweizer Medienmarktes vor Augen. Die Zürcher Medienhäuser NZZ und Tamedia machen für ihr Nachrichtengeschäft im Kleinen, was Google und Facebook für ihr Anzeigengeschäft im Großen tun: Sie bauen regionale Monopole auf. Die NZZ beherrscht den privaten Medienmarkt in der Ost- und Innerschweiz, Tamedia jenen im Raum Bern und in der Westschweiz. Die einzige Konkurrenz mit einer kritischen Größe, die sie in diesen Nachrichtenmärkten noch haben, ist die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft mit ihren Regionalredaktionen. Es dürfte daher kein Zufall sein, dass sich *NZZ*-Chefredakteur Eric Gujer immer wieder sehr kritisch gegen die Öffentlich-Rechtlichen äußert.

Die Öffentlich-Rechtlichen braucht es mehr denn je

Angeichts der Existenzkrise der Zeitungsindustrie gilt das Gegenteil der Behauptung, die Demokratie brauche keine öffentlich-rechtlichen Medien. Sie braucht sie mehr denn je. Wem das Fortbestehen einer pluralistischen Demokratie mit einer funktionierenden Debattenkultur am Herzen liegt, kann kein Interesse daran haben, die einzige Säule der Medienbranche einzureißen, die finanziell auf solidem Fundament steht und als Diskussionsforum wirkt. Und wer davon träumt, dass aus der Asche der Öffentlich-Rechtlichen zahlreiche privat finanzierte Medienphönixe aufsteigen, sollte sich bald auf eine andere Realität einstellen. Eines ist nämlich klar: Gibt es nationale Radio- und Fernsehanstalten nicht mehr, wird auch der Einfluss ausländischer Medienkonzerne auf die nationale Politik steigen. Sie besitzen bereits in ihren Heimmärkten die kritische Masse oder finanzielle Kraft, um Google und Facebook mittelfristig standzuhalten.

Die Schweizer waren bei dem genannten Volksentscheid übrigens vernünftig und haben die Abschaffung der Radio- und Fernsehgesellschaft klar abgelehnt. Die Diskussionen darüber dürften dennoch nicht abbrechen, ob in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland.

15. Retweet, Hashtag, Like: Die Toilettentür der neuen Zeit

Wäre der folgende Text in einem Online-Medium erschienen, würde ich Sie jetzt fragen, ob Sie ihn soeben auf Twitter oder Facebook geteilt, dort oder im Leserforum vielleicht sogar kommentiert haben.

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipisicing elit, sed eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Ut enim ad minim veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi ut aliquid ex ea commodi consequat. Quis aute iure reprehenderit in voluptate velit esse cillum dolore eu fugiat nulla pariatur. Excepteur sint obcaecat cupiditat non proident, sunt in culpa qui officia deserunt mollit anim id est laborum. Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipisicing elit, sed eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Ut enim ad minim veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi ut aliquid ex ea commodi consequat. Quis aute iure reprehenderit in voluptate velit esse cillum dolore eu fugiat nulla pariatur. Excepteur sint obcaecat cupiditat non proident, sunt in culpa qui officia deserunt mollit anim id est laborum.

»Sind Sie noch da?«, würde ich anschließend fragen. –
Warum diese Frage?

Leser, die über den »Lorem ipsum«-Einschub⁶⁶ hinauslesen, zählen zu einer eher seltenen Spezies in der Welt der schönen neuen Medien, denn 59 Prozent der Benutzer von Retweet-, Share- oder Like-Knöpfen lesen die geteilten Inhalte nicht. Dies jedenfalls zeigen die Ergebnisse einer in den USA durchgeführten Studie zum Lese- und Nutzerverhalten (hier am Beispiel von Twitter).⁶⁷ Dass mitunter sogar Kommentierungen lediglich auf der Grundlage der Schlagzeilen, vielleicht noch des Teasers erfolgen, kann man immer wieder auf Facebook oder Twitter beobachten.

Die Füllfederhalter

Im Herbst 2018 fand folgender Tweet hundertfach, ja vermutlich tausendfach Verbreitung: »Die AfD-Fraktion [bestellte] bei der Materialstelle des Bundestags allein zwischen Januar und August dieses Jahres 788 Füllfederhalter der Marke Montblanc, was einem Schnitt von mehr als acht Montblancs pro Abgeordnetem entspricht.« Das Ganze war versehen mit einem Verweis auf @DerSpiegel.

Allein der Originaltweet (inzwischen gelöscht) des Benutzers @Mr_Zarathustra brachte es binnen 18 Stunden auf über 500 Likes und wurde in dieser kurzen Zeit über 300-mal geteilt, übrigens unter anderem von Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und @Gruene_Muenchen.

Die genannte Passage stammt in der Tat aus einem *Spiegel*-Artikel und wurde verfasst von Markus Feldenkirchen, einem ständigen Mitarbeiter.⁶⁸ Der Auftakt dieses Beitrags enthält noch weitere skandalträchtige Enthüllungen über die AfD: Es habe Champagner-Partys nach den Sitzungen der Partei gegeben, heißt es da, und die Fahrbereitschaft des Bundestags sei für Bordellbesuche (»Rosi« als Vermerk auf den

Spesenbelegen) in Anspruch genommen worden. Erst einen Absatz weiter folgt dann die Auflösung: »Und nun zur Wahrheit: Keine dieser Informationen stimmt. Hoffe ich zumindest. Ich habe sie mir ausgedacht. Sie haben somit denselben Wahrheitsgehalt wie jene ›Nachrichten‹, die AfD-Mitglieder und ihre Sympathisanten gern in den sozialen Netzwerken teilen, um Ressentiments zu schüren.«

Das Stück des Autors, das hätte man beim Weiterlesen leicht erfahren können, behandelt das Thema Falschmeldungen, wie sie oft von der AfD in die Welt gesetzt werden. Die zynische Pointe an dieser Geschichte ist freilich, dass dieser Text selbst zu einem Fall von Fake News geworden ist. Warum? Weil nur die ersten zwei Absätze gelesen wurden und dann »gelikt«, retweetet oder »typisch AfD« kommentiert wurde.

Der emotionale Klick-Kick

Das gesellschaftliche Heilsversprechen, das sich mit dem sogenannten Web 2.0 verband, war die Ermöglichung von Dezentralisierung und neuen Partizipationsformen, die den Usern eine direktere Stimme verleihen sollten. »Medium« meint Mitte oder Mittel, eine Mittel also zwischen Autorin oder Autor und den Rezipienten. Dieses Mittel, das Mediale, sollte rekonfiguriert, ja koproduziert werden; wenigstens sollte es in Diskursräume münden, in denen virtuelle Interaktionen ein permanentes Ringen um Perspektiven und Ideen ermöglichen, das über die analogen Medien kaum herstellbar ist. Betrachtet man nun allerdings Studien zum Nutzerverhalten bei Facebook, Twitter und wie sie alle heißen, so muss man nüchtern zu der Einschätzung kommen, dass die neuen Medien mitunter eher die Funktion der guten alten öffentlichen Toiletten haben, als dass sie zu neuen Formen der politischen Partizipation beitragen. Tür zu, Edding-Stift raus und einfach mal hinkritzeln, was einen gerade so bewegt.

Aus den erträumten (rationalen) Diskursräumen sind maximal Resonanzräume geworden, deren Betreten meist emotional motiviert und von der Hoffnung begleitet ist, dort Zustimmung zu bekommen. Und die hauptsächliche Emotion ist hier nicht Sorge, Anteilnahme oder Freude, nicht selten gibt Wut den Ton an. Positive Resonanz, Anerkennung für die Verlautbarungen stellt sich meist postwendend ein, schließlich ist man ja unter sich. Diese sogenannten Filterblasen findet man über das ganze politische Spektrum hinweg.

Die Medien und wir

Die Volksabstimmung über die Abschaffung von Rundfunk- und Fernsehgebühren in der Schweiz im Jahr 2018, wiederholte Vorstöße der FPÖ in Österreich gegen die Rundfunkgebühren und die immer wieder aufkommende Kritik in Deutschland daran haben eine Diskussion über den Sinn und Zweck von Medien in einer Demokratie insgesamt in Gang gebracht.

In den sozialen Medien und den Kommentarspalten von Zeitungen wurde dabei nicht gerade zimperlich mit der Medienindustrie umgegangen. Weil die Medien, ob nun öffentlich-rechtlich oder privatwirtschaftlich, ihren Auftrag und Zweck, die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit zu unterstützen, nur ungenügend wahrnahmen, so ein Tenor, gehörten sie kurzerhand abgeschafft: Netflix statt ARD, wilde Blogs oder Vlogs statt *Spiegel Online* oder *Zeit*. Oder sie müssten wenigstens grundlegend reformiert werden.

Medien, die Gestaltung der Mitte, können in einer Gesellschaft nur funktionieren, wenn auch wir als Leser unseren Medienkonsum verantwortlich wahrnehmen und unsere Rolle als Co-Produzenten ernst nehmen und eben nicht hauptsächlich Katzenbilder teilen oder unseren Spott über den HSV ablassen. Auch wenn sie mehr erfordert, die Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs, der uns alle angeht

(angehen sollte), sollte für unsere Nutzung maßgeblich sein. Mag die Kritik an den Medien wenigstens in Teilen zweifelsohne auch berechtigt sein, die immer wieder fragwürdige Rolle des Medienrezipienten steht ebenso zur Diskussion. Denn: Ein Retweet oder ein Like auf Facebook ist noch keine gesellschaftliche Auseinandersetzung und kein politisches Engagement.

Privatwirtschaftliche Medien suchen seit Jahren nach neuen Medienformaten, um im Wettbewerb bestehen zu können. Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden über ihre Programmangebote nachdenken müssen, wollen sie nicht noch mehr Zuschauer und Leser verlieren.

Die Frage, wie gerade im Online-Bereich die Menschen zu echten, einem demokratischen Widerstreit zuträglichen Diskussionen angehalten werden können, um damit die Gesellschaft voranzubringen, führt momentan zu zwei möglichen Antworten: Entweder hält man virtuelle Diskurse für nicht in vernünftiger Weise organisierbar, ja womöglich sogar für schädlich im Hinblick auf den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess. Dann empfiehlt es sich für Medien, sich aus Online-Diskussionen mit Lesern konsequent herauszuhalten. Oder aber man kommt zu der Einschätzung, dass die Online-Kommunikation zwischen Medien und Usern verbessert werden kann, dann müsste über entsprechende Maßnahmen nachgedacht werden.

Ich erkenne derzeit eine stärkere Tendenz in die erste Richtung, also ein Zurückweichen der Medienhäuser vor dem intensiven Austausch mit Lesern. Darauf deuten nicht nur die jüngst wieder stärker aktivierten Formate wie Newsletter, Podcast, Vlogs und Blogs hin, die allesamt einer Einwegkommunikation ohne Interaktionsmöglichkeit folgen. Auch werden Online-Foren von Medien im deutschsprachigen Raum bislang höchstens toleriert. Zwar gibt es Ansätze von

Netiquette und systematisierter Suche und Tilgung beleidigender oder hetzerischer Kommentare. Die aktive Diskussion zwischen Autoren und Lesern sucht man aber in der Regel ebenso vergebens wie Redaktionen, die sich aktiv in einen Diskussionsprozess einbringen. Die in den USA bedeutende Nachrichtenseite NPR (National Public Radio) stellte im Jahr 2016 ihre Kommentarfunktion ein. Mit etwa 500 000 Kommentaren im Monat dem Anschein nach sehr beliebt, kam NPR bei einer Detailanalyse zu dem Ergebnis, dass diese Kommentierungen von 19 400 Usern stammen, was bei 33 Millionen *unique users* lediglich 0,6 Prozent der Leserschaft ausmacht. Hinzu kam, dass etwa die Hälfte aller Kommentare von lediglich 2600 Usern verfasst wurde.⁶⁹

Medienhäuser sehen vermutlich sehr genau die Problematik von virtueller Kommunikation, weshalb sich eine sehr interessante Initiative entwickelt hat, die gewissermaßen vom Online- in das Offline-Forum wechselt. »Deutschland spricht« ist eine von *Zeit Online* erstmals 2017 durchgeführte Veranstaltungsreihe, für die Menschen zusammengebracht werden, »die politisch völlig unterschiedlich denken und möglichst nahe beieinander wohnen«.⁷⁰ »Das merkwürdigste Blind-Date aller Zeiten«, wie es eine Teilnehmerin in durchaus positivem Sinne nannte, versammelte 2018 8000 Menschen zum Debattieren in Diskussionstandems. Das Format gibt es inzwischen auch in der Schweiz, Österreich, Dänemark und Norwegen.

Online-Diskurse organisieren

Eine Möglichkeit, doch noch einen Rahmen für die bisher nicht sehr erfolgreiche Online-Kommunikation zwischen Medien und Lesern zu finden, besteht meines Erachtens darin, dass Online-Medien ihre Autoren verstärkt dazu anhalten, sich in die Diskussionsforen zu ihren Artikeln einzubringen. Der *Guardian* praktiziert dieses Modell bereits seit geraumer Zeit. Die Chefredakteurin Katharine Viner sagte

dazu bereits 2013: »An article doesn't end with the op-ed writer's last full stop; in many ways, a piece is brought to life with the first comment. An op-ed without comments is now not only unthinkable to Guardian readers, but to Guardian writers too.«⁷¹

Autoren in den Diskussionsprozess einzubeziehen, könnte nicht nur eine inhaltliche Bereicherung darstellen, sondern hätte womöglich, wie Ernst Pfauth, Gründer und CEO der Plattform *Correspondent* aus seinen Erfahrungen berichtet, auch eine disziplinierende Wirkung: »Wütende Leser ändern ihre Stimmung, wenn sie realisieren, dass eine ›echte Person‹ zuhört, jemand der sich genuin für ihr Wissen und ihre Erfahrungen interessiert.«⁷²

Um weiterhin der Vielzahl von Kommentaren bei großen Plattformen Herr zu werden, könnten verstärkt »Machine-Learning-Technologien« zum Einsatz kommen, die eine Vorselektion oder Priorisierung von Kommentaren ermöglichen. Bei der *New York Times* (die durchschnittlich etwa 12 000 Kommentare täglich erreichen) ist ein solches System seit 2017 im Einsatz.⁷³ Zudem werden dort ausgewählte Kommentare als »editor's pick« in den Foren herausgestellt.

Um der eingangs beschriebenen Gewohnheit von Nutzern, Artikel zu teilen, zu liken oder zu kommentieren, ohne sie wirklich gelesen zu haben, entgegenzuwirken, empfiehlt es sich für Online-Redaktionen und Social-Media-Manager, besondere Sorgfalt bei der Auswahl von Headlines und Teasern walten zu lassen. Auf provokative Anreißer, empörende Schlagzeilen folgt leicht der schnelle Klick, wohingegen das wirkliche Leserinteresse als Grundmotiv für echte Auseinandersetzung etwas subtiler geweckt werden will. Vermeintlich unumstößliche Grundsätze im Journalismus wie den, dass Fragezeichen, wie mir von einer Journalistin erklärt wurde, in Headlines von Publikumszeitungen nichts

zu suchen hätten, müssten im Einzelnen vielleicht doch überdacht werden, immerhin taugen Fragen ja in besonderer Weise, das Nachdenken zu stimulieren.

Schließlich sollte auch die unpopuläre Diskussion über Klarnamen bei der Online-Kommunikation geführt werden. Pseudonyme wie »Stimme_der_Unvernunft« oder »Pocahontas_81« tragen nicht unbedingt zu vernünftig und respektvoll geführten Diskussionen bei. Zudem könnten die »Foristen« (wie die Diskutanten in Online-Foren auch genannt werden) ihren Positionen durch Angabe ihres echten Namens auch größeres Gewicht verleihen. Dass dies häufig gerade nicht gewünscht ist, ist eine andere Sache.

Als Leser dieses Buch werden Sie natürlich Ihre guten Gewohnheiten beibehalten und Texte immer lesen, bevor Sie sie in der schönen neuen Welt der sozialen Medien verbreiten oder kommentieren.

16. Ethik des Journalismus: Spiegel der Gesellschaft⁷⁴

Der Journalismus wurde kurz vor Weihnachten 2018 durch die bekannt gewordenen Textmanipulationen des *Spiegel*-Journalisten Claas Relotius zutiefst erschüttert. Die Berichterstattung und Kommentare in den einschlägigen Medien spiegelten eine Mischung aus Ungläubigkeit, Entsetzen und Überraschung wider: Wie konnte Relotius nur? Wie konnte das überhaupt passieren?

Was war passiert?

Der Journalist Claas Relotius galt als Jungstar im Journalismus. Nach einer journalistischen Ausbildung im Hamburg und Tätigkeiten als Freelancer für verschiedene Zeitungen arbeitete er ab 2014 freiberuflich auch für den *Spiegel*, wo er dann im April 2017 fest angestellt wurde. Dort war Relotius im Ressort »Gesellschaft« tätig. Ende 2018 platzte dann die Bombe, die »für den SPIEGEL, für seine Redaktion, seine Dokumentationsabteilung, seinen Verlag ... für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein(en) Schock«⁷⁵ bedeuten sollte, denn: Viele seiner Reportagen hatte Claas Relotius ganz oder teilweise erfunden, wie verlagsinterne Informationen offenlegten.

Besucht man den Glaspalast des *Spiegel*-Verlags in der Hamburger Hafencity, so findet man neben dem Eingang ein in eine Metalltafel gestanztes Zitat des Gründers Rudolf Augstein:

»Sagen, was ist« – kurz und vielsagend. Augstein verwendete diese Formulierung meines Wissens erstmals 1961 in einem *Spiegel*-Beitrag (und griff sie 1989 kurz nach den revolutionären Umbrüchen in der damaligen DDR erneut auf). Dort heißt es: »Einer Wahrheit ans Licht zu helfen, die unter der glatten Oberfläche der Volksmeinung schlummert, diese notwendige Wahrheit unangreifbar zu fassen und in 400 000 Exemplaren bis in den hintersten Winkel auf die Reise zu schicken, so daß niemand mehr sagen kann, sie sei ihm nicht zugänglich gewesen, eine Wahrheit, der die etablierten Führer und Meinungsmacher aus Bequemlichkeit und Eigensucht bislang ausgewichen sind – das ist die einzige Möglichkeit für den Journalisten, die Wirklichkeit zu verändern: Er kann sagen, was ist.«⁷⁶

Der Journalist kann »sagen, was ist«. Die Causa Relotius zeigt jedoch, dass nicht alle Journalisten »sagen, was ist«, sondern Reportagen mit Fiktion angereichert werden oder gar vollends Fiktion sind. Welcher Zynismus vor dem Hintergrund des Augstein-Zitats. Genau das war der eigentliche Schock beim *Spiegel* und im schreibenden Journalismus insgesamt.

Überraschung

Die journalistische Zunft zeigte sich also mehr als überrascht. Mich überraschte hingegen das Überraschtsein der Medien bereits kurz nach dem Bekanntwerden der Vorgänge, denn wieso sollte es im Journalismus anders, sauberer, ehrenwerter oder integrier zugehen als in anderen gesellschaftlichen Bereichen? Priester misshandeln Kinder, Politiker machen Steuergeschenke an nahestehende Interessengruppen, Wissenschaftler manipulieren Forschungsergebnisse, Manager lügen, dass sich die Balken biegen. Das alles kommt vor, wie wir wissen. Überall, nur nicht im Journalismus?

Es ist keine Frage, dass die Causa Relotius aufgeklärt werden musste, worum sich der *Spiegel* mit Bekanntwerden des Falls bemühte und im Mai 2019 einen 17-seitigen Bericht

dazu vorgelegte, der auch öffentlich zugänglich ist.⁷⁷ Interessant und zugleich befremdlich allerdings war der Raum, den dieser Vorgang in den Medien Ende 2018 einnahm, denn die Art und Weise der Kommentierungen waren ohne jedes Augenmaß für die Sache selbst. Was wir bislang, auch mit einigem zeitlichen Abstand, dazu wissen, ist, dass ein ehrgeiziger Journalist Geschichten manipuliert hat. Ob es sich dabei um einen Einzelfall handelt oder das Problem im Journalismus systemischer Natur ist, wissen wir bisher nicht.

Krise des Journalismus?

Es ist vor diesem Hintergrund befremdlich, wenn von einer Krise des Journalismus und von einem »Desaster« gesprochen wird – oder wenn gar Vergleiche zu den gefälschten Hitler-Tagebüchern angestellt werden. Ginge es vielleicht auch weniger pathetisch, stattdessen mit ein bisschen mehr Nüchternheit in der Einordnung des Vorfalls?

Der Eindruck, der sich aufdrängt, ist: Aus den erfundenen Geschichten von Claas Relotius wurden ad hoc Storys produziert, die Journalisten mehr interessieren als die Leser, und es wurden Schlussfolgerungen gezogen, die die Sinnhaftigkeit von Reportagen überhaupt infrage stellten und eine Krise des Journalismus heraufbeschworen. Womöglich gibt es sie sogar, diese Krise, ob sie jedoch von einem jungen Reporter ausgelöst wurde, wäre vor der desaströs ausfallenden Diagnose noch zu klären gewesen. Genau das aber ist nicht geschehen.

Auch wenn die mediale Reaktion sogar nachvollziehbar ist, immerhin ging es um die eigene Zukunft, zu der man als Journalist schließlich eine Meinung hat, und wie immer schnell reagiert und flott in die Tasten gehauen werden musste, denn Nachrichten altern bekanntlich schnell und sind dann keine mehr. Das erklärt dennoch nur mäßig die Inhalte in den Kommentarspalten, und entschuldigt sie noch weniger. Und vielleicht ist genau das auch ein Teil einer (moralischen) Krise

des Journalismus, denn weder selbstreferenzielle Beschäftigung noch Geschwindigkeit rechtfertigt tendenziöse Verlautbarungen und Skandalisierungen, wie wir sie in diesem Fall beispielhaft beobachten konnten.

»Sagen, was ist«, jedenfalls, war auch das nicht. Wir erlebten einen Journalismus im Panikmodus, in dem eher spekuliert und fantasiert wurde, als dass Geschehnisse nüchtern eingeordnet wurden. Hitzige journalistische Gemüter jedenfalls waren weder für die Ursachenforschung noch für mögliche Problemlösungen hilfreich.

Einzelfall oder Systemfehler?

Um zu einer angemessenen Analyse zu kommen, hätte als Erstes geklärt werden müssen, ob der Betrug von Claas Relotius ein Einzelfall war oder es sich um ein grundsätzliches Problem des Journalismus selbst handelte. Es hätte geprüft werden müssen, ob es analoge Fälle gegeben hat, die bis dahin einfach nur noch nicht aufgeflogen waren.

Abschließende Antworten hierzu liegen bis dato nicht vor. Beim *Spiegel* selbst scheinen keine systematischen Verfehlungen vorzuliegen. Wie es in dem Abschlussbericht zum Fall Relotius heißt, sei »die Kommission ... im Laufe ihrer Arbeit auf lediglich einen weiteren Fall gestoßen, in dem eine bewusste Fälschung zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte«.

Andererseits wurde in der Vergangenheit immer wieder von ähnlichen Fällen berichtet: Der Schweizer Journalist Tom Kummer beispielsweise erfand in den 1990er-Jahren diverse Interviews mit Hollywood-Prominenten, die überhaupt nicht stattgefunden hatten. René Pfister, heute *Spiegel*-Korrespondent in Washington, beschrieb in einem Text über Horst Seehofer ausführlich dessen Modelleisenbahn, die er als Leitmotiv für seinen Artikel »Am Stellpult« nutzte.⁷⁸ Die Modelleisenbahn hatte Pfister nie gesehen, wusste darüber

lediglich durch Berichte Dritter. Der Henri-Nannen-Preis, den er für seinen Text verliehen bekam, wurde ihm später aberkannt. Von einem anderen Nannen-Preisträger trennte sich das *Süddeutsche Zeitung Magazin* im Februar 2019, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der freie Autor und Kolumnist eine Protagonistin frei erfunden hatte, was »die Chefredaktion des SZ-Magazins als schwerwiegenden Verstoß gegen die journalistischen Standards« erachtete.⁷⁹ Der österreichische Autor Robert Menasse legt dem Europapolitiker Walter Hallstein Zitate in den Mund, die dieser nachweislich nie so gesagt haben konnte. Auch der hoch angesehene polnische Journalist Ryszard Kapuscinski, »der Reporter des 20. Jahrhunderts«, wie die *NZZ* einmal titelte,⁸⁰ hielt sich weniger an Fakten und setzte eher auf literarische Prosa.

Ethik der Organisation

Der *Spiegel* gibt sich in der Aufarbeitung des Falles Relotius selbstkritisch und will die Qualitätskontrolle, die im Journalismus über die Dokumentation sichergestellt wird, einer kritischen Prüfung unterziehen. Technisch formuliert handelt es sich dabei um ein Compliance-System, wie es auch in anderen Organisationen (Unternehmen, Krankenhäuser, Hochschulen usw.) praktiziert wird: ein Set von Regeln, das unlauteres Verhalten definiert, kontrolliert und gegebenenfalls sanktioniert. So wichtig Compliance-Vorschriften sind und so raffiniert man diese auch gestalten kann – zum Beispiel in Kombination mit sogenannten Hinweisgeber- oder Whistleblowing-Systemen –, man sollte nicht der Illusion verfallen, damit wäre eine perfekte Kontrolle möglich (siehe dazu auch Kapitel 5 und 8).

Aus der Forschung zur Organisationsethik wissen wir, dass Compliance-Vorschriften und moralische Regelsysteme nur die eine Seite der Medaille moralischen Handelns darstellen. Mindestens ebenso wichtig ist die personale Integrität der Mitarbeiter (gleichgültig auf welcher Ebene der Organisation), eine offene Atmosphäre der Kommunikation, einschließlich

einer selbstkritischen Fehlerkultur (Fehler, auch in moralischer Hinsicht, dürfen gemacht, sollten aber korrigiert werden) sowie Belohnungs- und Anerkennungsformen innerhalb der Organisation, die moralisches Handeln fördern (oder wenigstens nicht bestrafen). Wichtig hierbei ist es, zu sehen, dass die Integrität (oder Nichtintegrität) der Mitarbeiter nicht vom Himmel fällt, sondern durch die beiden anderen Aspekte, also Organisationskommunikation und Anerkennungssysteme in einer Organisation, geprägt werden.

Geschichten

Geschichten werden nicht nur in Blättern abgedruckt, Geschichten in ausgewählter Begrifflichkeit und Erzählweise werden auch in jeder Organisation verbreitet. Sie definieren die Identität von Organisationen. Im Sinne der Ursachenforschung wäre demnach zu fragen, welche Narrative hat der *Spiegel*, welche haben andere Medien? Welche Geschichten über sich selbst werden intern und welche nach außen erzählt? Gibt es eine »Moral von der Geschicht«?

Je nach Gestalt des organisationalen Storytellings, der Kommunikationsatmosphäre und der Anreizsysteme in Organisationen kann sich eine Moral ebenso wie eine Unmoral entwickeln. Im günstigen Fall einer hohen Integrität der Mitarbeiter kann man nahezu auf Governance-Mechanismen in Form von Compliance-Vorschriften verzichten. Im Fall einer etablierten Unmoral und einer Konkurrenz- und Misstrauenskultur wird man dieser selbst über ausgeklügelte Kontrollmechanismen nicht mehr Herr werden.

Das System Journalismus

Sollte es sich um systemische Probleme im Journalismus handeln, wäre davon auszugehen, dass die Problembearbeitung nicht auf die interne Organisation von Medienunternehmen beschränkt ist, sondern eben in der Tat sich auf das System »Journalismus« in einem umfassenderen Sinne beziehen

müsste. Eine solche Perspektive geht also über die redaktionellen Arbeiten hinaus und fragt beispielsweise: Welchen Typus von Journalisten »produziert« der Journalismus? Welche Rolle spielt dabei das Freelancer-System? Wer schafft es wie, warum und mit welchen Mitteln in (die nur wenig vorhandenen) Festanstellungen als Redakteur? Welche Anreize gehen von Journalistenpreisen aus? Und auch die Ausbildung von Journalisten könnte betroffen sein: Werden ethische Fragen an Journalistenschulen behandelt und, wenn ja, wie? Spielen diese im Volontariat irgendeine Rolle oder geht es hier nur noch um das Erlernen handwerklicher Fähigkeiten?

»Sagen, was ist«, klingt nach einem ehrenwerten Motto, was genau aber ist damit gemeint? Was »ist« denn überhaupt? Aus einer konstruktivistischen Perspektive hätte man einige Probleme mit diesem Augstein'schen Motiv. Welchen Wahrheitsbegriff hat der moderne Journalismus (insbesondere im Genre der Reportage)? Welchen Wahrheitsbegriff sollte er haben? Kann es sein, dass Teile des Journalismus und auch Teile der Diskussion zum Fall Relotius auf einer recht naiven Erkenntnistheorie fußen?

Die Systemfrage könnte schließlich, um einen weiteren Themenbereich beispielhaft anzudeuten, die zunehmende Verquickung von Wirtschaft und Journalismus betreffen. Welche kritischen Berichte über Unternehmen sind möglich, wenn diese zugleich gut zahlende Anzeigenkunden oder Co-Sponsoren von Events sind? Und welche Agenda verfolgen die einzelnen Medienhäuser, die ja selbst auch ökonomische Akteure sind?

Es mag dem *Spiegel* (und dem Journalismus insgesamt) gefallen oder nicht, Medien spiegeln nicht nur die Gesellschaft. Sie sind in moralischer Hinsicht auch selbst ein Spiegelbild der Gesellschaft, in dem moralische Verfehlungen vorkommen. Überraschen sollte das eigentlich nicht.

17. Fake Science? – Die Wissenschaft hat festgestellt ...⁸¹

Nach einer Recherche deutscher und internationaler Leitmedien, darunter der NDR, der WDR und die *Süddeutsche Zeitung*, wurde im Sommer 2018 bekannt, dass allein in Deutschland mindestens 5000 Wissenschaftler in »Journals« von sogenannten Raubverlagen (»Predatory Publishers«) wissenschaftliche Beiträge publiziert haben, ohne dass diese die sonst übliche Qualitätskontrolle durch ein Gutachterverfahren durchlaufen hätten. Die Verlage druckten gegen die Zahlung einer Gebühr im Grunde wahllos alles in ihren Zeitschriften.

In der Presse wurden scharfe Geschütze gegen die Wissenschaft aufgeföhren. *Fake Science*. *Die Lügenmacher* lautete der Titel der ARD-Reportage von Svea Eckert und Peter Hornung beispielsweise. Die Wissenschaft sei »auf Abwegen« hieß es in der Tagesschau. Und die *Süddeutsche Zeitung* meldete: »Die Schattenwissenschaft ist im Zentrum der Elite-Forschung angekommen.«

Verständlich, dass Journalisten gerade nach aufwendiger Recherche eine maximale Reichweite ihrer Reportagen wünschen und in teils sprachlicher und dramaturgischer Zuspitzung Aufmerksamkeit zu erzielen und ein breites Publikum zu erreichen suchen. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, was tatsächlich dran ist an der präsentierten Story. Ist die Wissenschaft wirklich »auf Abwegen«? Haben wir »die Lügenmacher« in unserer Gesellschaft nun endlich identifiziert?

Ich denke, nein! Es gibt einzelne wichtige Hinweise aus diesem Rechercheprojekt, die durchaus auch öffentlich gemacht werden sollten. Dass sie jedoch das Wissenschaftssystem im Ganzen erfassen, ist schlicht falsch. Das macht auch die Verwendung des von Donald Trump eingeführten Propagandabegriffs »Fake« im Zusammenhang mit den Wissenschaften so schwierig, wird damit doch der Anschein erweckt, als würde sich Wissenschaft stets Dinge ungeprüft ausdenken, um sie dann in die Welt hinauszuposaunen. Potenziell wird so durch die Berichte des Rechercheprojekts »Fake Science« Wissenschaft zu Unrecht in Verruf gebracht.

Um was es anscheinend geht

Die Publikation von Artikeln in einer unseriösen Zeitschrift ist ein Tauschgeschäft, durch das sich beide Vertragspartner einen Vorteil erhoffen. Die Raubverlage lassen sich für ihre Leistungen, das Publizieren von Artikeln oder die Veranstaltung von Konferenzen, bezahlen und folgen ganz der Logik ihrer Geschäftsmodelle, wenn sie mit schicken Namen für ihre Zeitschriften (*International Journal for ...*) Attraktivität und Bedeutung vermitteln und insgesamt möglichst kostenminimierend arbeiten. Letzteres betrifft insbesondere den Verzicht auf aufwendige Gutachterverfahren und damit auf die Einhaltung notwendiger Qualitätsstandards. Eingereichte Beiträge werden schnell publiziert, die Kunden sind zufrieden, und zufriedene Kunden kommen gerne wieder.

Auch der Vorteil für die Autoren liegt nach Ansicht des Rechercheprojekts klar auf der Hand: Die Möglichkeit, schnell und unproblematisch bei solchen wenn auch fragwürdigen »Journals« zu publizieren, helfe, die dringend benötigte Publikationsliste aufzupeppen. Nachwuchswissenschaftler verbesserten so ihre Karrierechancen, Professoren würden an Renommee gewinnen und hätten bessere Aussichten, Forschungsmittel zu erhalten.

Und genau diese Vermutung ist, mit Verlaub, ziemlicher Mumpitz.

Jeder auch nur durchschnittliche Wissenschaftler kennt die zehn bis 20 für sein Gebiet wichtigen Zeitschriften und Konferenzen. Und allen ist klar, dass Publikationen und Vorträge genau in diesen Fachorganen und -foren zählen – und zwar nur in diesen. Es sind diese Zeitschriften mit mehrstufigen Gutachterverfahren (Peer-Reviews), flankiert von einer ganzen Reihe von Indikatoren (»Impact Factors«) und differenziert nach A-, B- und C-Journals, und es sind die ausgewiesenen Fachtagungen, die die Währung im Wissenschaftssystem markieren und über Karrierechancen, Renommee oder den Erhalt von Forschungsmitteln entscheiden.

Junk Science statt Fake Science

In Zeitschriften von Raubverlagen zu publizieren ist daher reine Zeitverschwendung und fällt unter die Kategorie »Junk Science«; ab in den Mülleimer, denn das liest und verarbeitet kein seriöser Wissenschaftler. Und der Besuch einer pseudowissenschaftlichen Konferenz ist lediglich Tagungstourismus nach Kroatien oder auf die Bahamas. Sie sind wissenschaftlich wertlos – und zwar auch für den publizierenden oder vortragenden Wissenschaftler, denn sie werden im Wissenschaftssystem schlichtweg nicht prämiert –, es gibt dafür weder monetäre noch andere Formen der Anerkennung.

Es ist keine Frage, wenn 5000 Wissenschaftler allein aus Deutschland in mehr als fragwürdigen Zeitschriften publiziert haben, so sind das 5000 zu viel, denn die für Publikationen und Teilnahme an Pseudokonferenzen anfallenden Kosten werden ja in der Regel aus Steuermitteln bestritten. In dieser Hinsicht ist dem Rechercheprojekt recht zu geben und die Aufdeckung solcher Sachverhalte ist wichtig. Wie es auch wichtig und verdienstvoll ist, Politik und Öffentlichkeit für solche Themen zu sensibilisieren, immerhin geht es dabei auch um interessengeleitete Studien im Auftrag politischer und privatwirtschaftlicher (Lobbying-)Organisationen.

Dennoch ist und bleibt es wichtig, zu einer im Gesamtkontext angemessenen Einordnung derartiger Praktiken zu kommen. So ist das Science Media Center Germany zu der Einschätzung gelangt, dass bei den zugrunde gelegten Daten »rund 1,3 Prozent des wissenschaftlichen Personals an deutschen Universitäten und Fachhochschulen statistisch gesehen mindestens einmal in einer mutmaßlichen Raubzeitschrift publiziert« hätten.⁸² Von einem flächendeckenden Problem einer »Wissenschaft auf Abwegen« kann daher nicht gesprochen werden, was im Übrigen auch eine detaillierte Datenanalyse im Nachgang der Diskussion gezeigt hat.⁸³

Die Probleme des Wissenschafts-systems liegen an anderer Stelle

Es ist wahrlich nicht so, dass das System Wissenschaft und seine Art der Wissens- und Erkenntnisproduktion keine Probleme hätten. Es gibt ganz im Gegenteil diverse systemisch angelegte Praktiken, die mitunter massive Dysfunktionalitäten aufweisen, auch und gerade im Hinblick auf Organisation und Erhaltung von Qualitätsstandards über Gutachterverfahren.

Nach dem üblichen Vorgehen werden wissenschaftliche Manuskripte vor der Veröffentlichung von Fachkollegen in

anonymen Verfahren geprüft und dann entweder abgelehnt oder mit Hinweisen zur Überarbeitung an die Autoren zurückgegeben. Diese Verfahren sind aufwendig, denn nach einer Überarbeitung folgt das nächste Verfahren, sodass es gerne einmal zu drei, fünf oder auch acht Runden kommen kann, bevor eine Veröffentlichung möglich wird. Dabei besteht für jede Runde die Möglichkeit, dass Gutachter den Artikel ablehnen. Das heißt, das Prozedere ist mit einem enormen personellen und zeitlichen Aufwand – von der Manuskripteinreichung bis zur Publikation muss man mindestens zwei Jahre rechnen – verbunden. Es kann aber auch schon mal fünf Jahre dauern, bis der Text publiziert ist. Gerade bei sozialwissenschaftlichen empirischen Studien kann der publizierte Artikel dann schon wieder veraltet sein.

Als problematisch erweist sich zudem der in diesen Verfahren tendenziell angelegt inhärente Konservatismus. Der Großteil der Gutachter fordert minutiös die Anbindung an bereits vorhandene Forschungsergebnisse ein, was zwar einerseits hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards sinnvoll ist, andererseits aber auch dazu führt, dass wissenschaftliche Innovationen eher gradueller denn radikaler Art sind. Die wirklich zündenden Ideen sind aus den Reihen der Wissenschaft jedenfalls kaum zu erwarten.

Das dritte Problem ist am schwerwiegendsten: Es wurde oben zugespitzt formuliert, dass bestimmte Journalpublikationen die zentrale Währung im Wissenschaftssystem markieren. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass diese besondere Art Wissenschaft zu betreiben in den meisten Disziplinen aktuell die einzige Systemlogik ist. Im Umkehrschluss hat diese Monorationalität ihren Preis: Wichtige Aufgaben werden von Wissenschaftlern immer seltener wahrgenommen, weil sie im Wissenschaftssystem tendenziell keine Anerkennung finden.

Wissenschaft heute: Monorational und monoton

Ob es um Kooperationsprojekte mit oder Beratungsmandate für gesellschaftliche Akteure geht, um Buchpublikationen, die sich an eine breite Öffentlichkeit richten, um die Entwicklung innovativer Lehrkonzepte oder Beiträge in öffentlichen Medien, all dies ist heute in den Wissenschaften nicht systematisch als verpflichtende Aufgabe vorgesehen und verankert. Deshalb finden diese Tätigkeiten auch immer seltener statt. Und leider kann diese Entwicklung auch nicht als vorübergehendes Phänomen gesehen werden. Disziplinübergreifend wird seit nunmehr etwa 20 Jahren eine Generation von Wissenschaftlern für ein monorational orientiertes und monoton funktionierendes System sozialisiert. Es ist zu befürchten, dass wir hier eher schlimmeren als besseren Zeiten entgegengehen.

Und hierin liegt das einführend angedeutete eigentliche Problem, das auch dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, den Kultusministerien, dem Wissenschaftsrat oder einzelnen Hochschulen bekannt sein sollte: Nicht die Entwicklung hin zu einer vermeintlichen »Fake Science« ist unser drängendstes Problem – das auch an die Adresse der skandalwitternden Presse –, sondern die heutzutage extrem einseitig ausgerichteten Anerkennungsstrukturen und -kulturen an wissenschaftlichen Hochschulen.

18. Gekaufte Wissenschaft?⁸⁴

Dass die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz nicht nur Heilsbringer für eine schöne neue Welt sind, sondern sich mit ihnen auch gesellschaftlich-moralische Risiken verbinden, sollte inzwischen jedem klar sein. Die Bearbeitung drängender Zukunftsfragen kann man daher nicht nur und nicht primär Informatikern überlassen, sondern sie verlangen sozial- und geisteswissenschaftliche Expertisen; schließlich geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, wie wir das Morgen und das Übermorgen gestalten wollen.

Die Gründung eines »Instituts für Ethik in der Künstlichen Intelligenz« an der Technischen Universität München Anfang des Jahres 2019 erscheint daher als eine willkommene Initiative. Doch das Projekt hat einen Beigeschmack. Ausgerechnet Facebook ist der Financier dieses neuen Forschungsinstituts.

Like, Dislike

Die Liste der moralischen Problemfelder im Bereich der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz ist lang: Der psychologische Kick durch ein »Like« bei Facebook, Twitter oder anderen sozialen Medien setzt Glücksgefühle frei, die Suchtpotenzial haben. Der Unterschied zu einem Stück Schokolade oder Koks, sagen manche, ist nur graduell. Sexroboter können über einen Vergewaltigungsknopf verfügen (siehe Kapitel 21). Wir werden in Filterblasen organisiert und durch ein gezieltes *targeting* politisch beeinflusst (Kapitel 12). Algorithmen im Personalmanagement bei Unternehmen selektie-

ren Bewerberinnen und Bewerber mitunter auch nach der Hautfarbe. China bereitet den perfekten Überwachungsstaat über ein »Social Credit System« vor (Kapitel 24). Und so weiter, und so fort.

Den großen IT-Unternehmen dürften diese und weitere bedenkliche Folgen, die aus ihren Produkten resultieren, bekannt sein. Und mittlerweile sind diese Fragen auch in der Gesellschaft und in der Politik angekommen. Durchaus einschneidend für eine überfällige politische und gesellschaftliche Diskussion war der Gebrauch von Facebook-Benutzerdaten durch Cambridge Analytica im Jahr 2018 (Kapitel 6 und 7), mit dem Ziel, Menschen politisch zu beeinflussen. Da dies möglicherweise auch den US-Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2016 und die Wahl von Donald Trump betraf, wurde Facebook-Gründer Mark Zuckerberg zu einer Anhörung in den amerikanischen Kongress einbestellt.

So sehr die Fragen der Politiker an Zuckerberg bei diesem »Hearing« mitunter auch zum Fremdschämen waren, die Politik setzte damit ein symbolisches Signal: Bekommt ihr, so wurde nicht nur Facebook zugerufen, die moralischen Probleme eurer Produkte nicht in den Griff, könnten wir die Probleme über Regulierungen lösen und bestimmte Geschäftsmodelle und Praktiken sanktionieren.

Unternehmen mögen keine Regulierungen. Unternehmensverbände und andere unternehmensnahe Interessengruppen mögen sie ebenso wenig. Dislike! Um diese zu vermeiden, bedarf es daher abfedernder Lösungen, die die Gesellschaft und Politik beruhigen. Und die Lösung zur Vermeidung politischer Regulierungen ist nicht selten: unternehmerische Selbstverpflichtung. Die Bindung an bestimmte moralische Werte und Prinzipien – sei es als einzelnes Unternehmen oder in einer Branche – soll die notwendige Legitimation und das Vertrauen wiederherstellen.

Das Institut: Win-win

Im Januar 2019 verkündete Facebook nun im Rahmen einer Veranstaltung, dass es ein »Institut für Ethik in der Künstlichen Intelligenz« mit umgerechnet 6,6 Millionen Euro an der Technischen Universität München fördern wird. Wer jetzt »gekaufte Wissenschaft« schreit, liegt damit im direkten Sinne falsch. Die TU München stellte schnell klar, dass es keine Auflagen seitens Facebook gibt, sondern es darum geht »unabhängige Forschung zu finanzieren«. »Sonst würde ich es auch gar nicht machen«, sagte Christoph Lütge, Direktor des neuen Instituts.

Lütge sieht es als ein Geschäft zum gegenseitigen Vorteil. »Win-win-Situation« heißt das dann, in der die eine Seite des Deals klar ist: Die TU München freut sich über üppige Forschungsmittel: win.

Und wo liegt der Vorteil für den Geldgeber? Die von Facebook bereitgestellten Mittel sind keine Spende für das Gemeinwohl, sondern eine Investition in das eigene Geschäft. Das hat weniger mit einer Art Werbung oder vordergründigen Reputationsgewinnen für Facebook durch die Kooperation mit »The Entrepreneurial University«, wie sich die TU München offiziell nennt, zu tun. Der eigentliche ökonomische Vorteil für Facebook wird vielmehr die anvisierte Forschung an dem neuen Institut betreffen, bei der es um die Entwicklung von »Leitlinien ... für die Identifikation und Beantwortung ethischer Fragen der Künstlichen Intelligenz für Gesellschaft, Industrie und Gesetzgeber« geht, wie es in der offiziellen Pressemitteilung der Universität heißt.

Hier taucht zwar, wie zu lesen, auch der Gesetzgeber als Adressat für Forschungsergebnisse auf, und man könnte daher vermuten, dass auch über »harte« Regulierungsfragen nachgedacht wird. Die eigentliche Stoßrichtung der For-

schung ist jedoch eine andere, wie der künftige Direktor in einem Gespräch mit der Internetzeitschrift *Netzpolitik* präzisiert: Es gehe nämlich um die Entwicklung von »ethischen Richtlinien«, denn diese eigneten sich besser als Gesetze, so Lütge. Man müsse die Befürchtungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Thema der künstlichen Intelligenz aufgreifen, »und das kann Ethik besser leisten als juristische Regulierung«. ⁸⁵

Was ist davon zu halten? Zum einen geht es nicht um irgendwelche diffusen – möglicherweise unbegründeten – »Befürchtungen« der Bevölkerung, sondern um konkrete, ja ziemlich handfeste Probleme, die Lösungen erfordern. Zum anderen spiegelt diese Stellungnahme recht deutlich wider, dass über vieles geforscht werden soll, aber eben nicht über alles. Ordnungspolitische Regulierungen durch den Gesetzgeber bleiben außen vor. »Ethische Richtlinien« und damit »weiche« Selbstverpflichtungen genügen, so scheint schon vor der beginnenden Arbeit festzustehen. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg und Geschäftsführerin Sheryl Sandberg wird es freuen: win.

Ethik-Initiativen der öffentlichen Hand?

Die Förderung von Forschungsinstituten durch Internetgiganten wie Facebook oder Google, das das »Institut für Internet und Gesellschaft« an der Humboldt-Universität zu Berlin maßgeblich finanziert, wirft nicht nur Fragen der Unabhängigkeit von Wissenschaft auf. Es spiegelt auch eine viel zu zögerliche Haltung und kaum vorhandene Investitionen in den Schwerpunkt einer digitalen Ethik durch die öffentliche Hand wider.

Die Bundesregierung hat in ihrer im November 2018 verabschiedeten »Strategie Künstliche Intelligenz« die Schaffung von mindestens 100 zusätzlichen neuen Professuren im Be-

reich der KI beschlossen. Man darf gespannt sein, ob man dabei auch sozial- und geisteswissenschaftliche Ausrichtungen im Themenfeld angemessen berücksichtigen will, womöglich gar ein »Institut für Ethik in der Künstlichen Intelligenz« eingerichtet wird. Ansonsten, so ist zu befürchten, überlassen wir Wertefragen über die Gegenwart und die Zukunft eben den Unternehmen und ihren bereitwillig kooperierenden universitären Partnern.

19. »Und die Moral von der Geschicht ...« – Unsinn im Theater

Das Theaterstück *Terror* des Juristen und Schriftstellers Ferdinand von Schirach und etwas später der ARD-Fernsehfilm *Terror – Ihr Urteil* (der auch im SRF und ÖRF ausgestrahlt wurde) machte vor einiger Zeit von sich reden. In einer fiktiven Gerichtsverhandlung wird der Pilot eines Kampffjets der Bundeswehr des 164-fachen Mordes angeklagt. Der Beschuldigte schoss im Rahmen eines Einsatzes eine Linienflugmaschine ab, die ein Terrorist in seine Gewalt gebracht hatte und es auf ein voll besetztes Fußballstadion zusteuern ließ. Soll der Angeklagte für diese Tat für schuldig oder für unschuldig befunden werden?

Diese Frage entscheiden bei von Schirach nicht Richter (auf der Bühne), sondern sie wird vom Publikum entschieden. »Vergessen Sie alles, was Sie bislang über diesen Fall gehört oder gelesen haben«, sagt der Vorsitzende Richter eingangs der Verhandlung. Lesen Sie den hier folgenden Text nicht, falls Sie das Stück oder den Film noch sehen wollen, empfehle ich an dieser Stelle, denn das Theater wird sich in einen Gerichtssaal mit 500 Schöffenrichtern verwandeln, von denen Sie einer oder eine sein werden.

Der moralphilosophische Hintergrund

In Schirachs Stück geht es um ein bekanntes moralphilosophisches Problem: Darf man morden, wenn es die Umstände notwendig erscheinen lassen? Die Umstände in dem Stück werden von der Verteidigung des Angeklagten in aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Hätte sein Mandant die Maschine mit den 164 Insassen nicht abgeschossen, wären Zehntausende von Menschen zu Tode gekommen. Es ist unstrittig, dass sich der Angeklagte damit über das geltende Recht (und eine aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) hinweggesetzt hat. Letztlich, so die Strafverteidigung, habe sein Mandant aber im Sinne des »kleineren Übels« beziehungsweise des »größten Glücks der größten Zahl« *moralisch* gehandelt. 164 Opfer sind eben weniger als 70 000.

Die Anklage sieht dies freilich anders und argumentiert nicht nur mit Verweis auf geltendes Recht, sondern bringt ihrerseits moralische Argumente: Jeder Mensch habe eine Würde und dürfe niemals nur als Mittel betrachtet werden, sondern sei immer ein »Zweck an sich«. Im besagten Fall wurde hingegen der Tod der Menschen in der Passagiermaschine billigend als Mittel zur Rettung anderer (wenn auch mehr) Menschen in Kauf genommen. Dies sei, so die Staatsanwaltschaft, aus prinzipiellen Gründen moralisch falsch, und es gefährde zudem die Grundfeste freiheitlich-demokratischer Gesellschaften: »Der Staat kann niemals ein Leben gegen ein anderes Leben aufwiegen.« In der Logik der Verteidigung, so kann man sagen, bekommt der Mensch ein Preisschild umgehängt, und sein Leben kann unter bestimmten Umständen verrechnet werden. Die Würde jeder einzelnen Person verbiete es jedoch, so die Anklagebegründung weiter, Menschenleben gegen Menschenleben kalkulatorisch abzuwägen. Daher sei der Pilot nicht nur in rechtlicher, sondern auch in moralischer Hinsicht schuldig.

Schirachs Thema steht in einer langen moralphilosophischen Tradition und dient als solches in Philosophievorlesungen als Ausgangspunkt zur Einführung zweier philosophischer Strömungen: den an Konsequenzen orientierten sogenannten Utilitarismus (das Prinzip des »größten Glücks der größten Zahl«) einerseits und die auf »unbedingte« moralische Prinzipien (»die Würde des Menschen ist unantastbar«) ausgerichtete deontologische Ethik in der Tradition des Philosophen Immanuel Kant andererseits. Es sind diese beiden Traditionen, um die es geht, wenn sich Schirachs Publikum mit moralischen Fragen auseinandersetzen soll, die eben nicht nur theoretischer Natur, sondern von hervorragender praktischer Relevanz sind.

Irgendwie ein Schmierentheater

Dass das Stück so viel Aufmerksamkeit erhielt, hatte mit Sicherheit auch mit der ungewohnten Einbeziehung des Publikums zu tun, dem von Beginn an seine Rolle als Richter deutlich gemacht wird. Das schafft Aufmerksamkeit. Und die Abstimmung am Ende – »schuldig?« oder »nicht schuldig?«, die Mehrheit entscheidet – kommt unausweichlich. Die Abstimmungsergebnisse im Theater beziehungsweise im Anschluss an den Film wurden nicht nur verkündet, man konnte sie auch im Internet einsehen und mit den Ergebnissen von anderen Aufführungen vergleichen.⁸⁶

Und genau hier verhebt sich von Schirach. Der Autor gaukelt dem Publikum und der Gesellschaft schlussendlich vor, dass über diese Schuldfrage durch eine mehrheitliche Abstimmung zu entscheiden sei. Das ist nicht nur philosophisch fragwürdig, sondern führt in dramaturgischer Hinsicht zu einem Ergebnis, für das zuvor mit dem Publikum intensiv gearbeitet wurde: über ein spontanes Bauchgefühl hinaus eine moralische Reflexion zu vollziehen, verschiedene Perspektiven einzunehmen, »gute Gründe« in Betracht zu ziehen, ja »vernünftig« über etwas nachzudenken. Eine von der ersten

Minute des Stückes an wohlthuende Öffnung für moralische Reflexion wird nach knapp zwei Stunden brutal beendet. Weil entschieden werden musste; weil entschieden wurde; weil in unserer modernen Gesellschaft schließlich Dinge entschieden werden müssen. Theater- oder Filmabende sollen hier keine Ausnahme darstellen.

Man kann über Schirachs Absicht der Inszenierung spekulieren und folgende Gründe für das gewählte Ende bringen. Möglicherweise war dem Juristen von Schirach die Engführung auf ein Gerichtsurteil nahe, beispielsweise. Oder aus der Entscheidung sollten weitere Impulse und Gesprächsstoff für die Besucher der Aufführung oder die Betrachter des Films resultieren; vielleicht auch durch die Kenntnisnahme der Abstimmungsergebnisse im deutschsprachigen Raum und darüber hinausgehend insgesamt. Oder man argumentiert, dass es interessant ist, die Ergebnisse empirisch zur Kenntnis zu nehmen, um zu schauen, welche moralischen Orientierungen in der Bevölkerung durchschnittlich vorherrschen.

Allerdings: Theaterbesucher in Oldenburg, Dresden oder Berlin repräsentieren nicht den Durchschnitt der Bevölkerung, sondern gehören in der Regel einer gebildeten Schicht an. Hinzu kommt, dass es ja nicht um irgendein Thema geht. Das Stück heißt *Terror*, die Nähe zu 9/11 ist nicht zu übersehen und damit auch nicht die Anspielung auf islamistische Anschläge. Resultiert aus den Abstimmungsergebnissen wirklich eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem moralischen Problem? Vielleicht für diejenigen, deren Stimme nicht zur Mehrheitsmeinung zählt. Hier könnten Fragen nach den Motiven der anderen entstehen. Die Mehrheit der Mehrheit dürfte sich eher sagen: Na, da hatten wir ja recht! Ende der Reflexion.

Über eine »moralische Wahrheit« kann man nicht abstimmen

Ferdinand von Schirach hat mit seinem Stück aus meiner Sicht die Chance verpasst, ein wichtiges Thema unserer Gesellschaft, nämlich Fragen der Moral, gründlicher zu thematisieren und weitere Reflexionsräume zu schaffen. Vielleicht war dafür schon die dem Juristen naheliegende Inszenierung der Gerichtsverhandlung eine grundlegend irreführende Form. Sicherlich fragwürdig bleibt, bei allem vordergründigen Charme einer Einbeziehung des Publikums und des Internets, die mehrheitliche Abstimmung der Schuldfrage.

Am Ende eines jeden Prozesses muss eine Entscheidung stehen, aber wie der Name schon andeutet: Der Prozess ist ein *Prozess* des Nachdenkens, ein Austausch unterschiedlicher Positionen, ein Deliberieren. Diesen Anspruch löste die bloße Abstimmung am Ende des Stückes nicht ein; ja sie konterkariert ein zentrales Momentum moralischer Reflexion. Plakativ formuliert: Über eine »moralische Wahrheit« lässt sich nicht abstimmen. Sie kann im Diskurs durch »gute Gründe« erörtert werden und setzt sich im besten Fall als Konsens (aller) durch – das ist bekanntlich keine Kleinigkeit. Diese »Moral von der Geschichte« wird in *Terror* nicht erzählt, was der Kantianer von Schirach paradoxerweise selbst so sehen dürfte.



Teil IV

Digitale Ethik:

Wir und die anderen – in Zukunft

20. Künstliche Intelligenz und natürliche Dummheit⁸⁷

Hier ist sie, die verrückte neue Welt der künstlich intelligenten Besserwisser: Algorithmen bewerten unser soziales Leben; neue Techniken werden in Menschen implantiert und optimieren unsere Leistung; über Blockchains werden Beziehungen geregelt; und Roboter nehmen uns die Arbeit weg, pflegen uns im Krankenhaus oder landen gar bei uns im Bett (siehe dazu das folgende Kapitel). Es ist eine Dystopie, in der wir Menschen nicht mehr Menschen sind, in der die Technik nun endgültig die Oberhand gewinnen wird. Wir sind damit, so gehen die Geschichten nicht selten weiter, auf dem besten Wege in die nächste Stufe der Sklaverei, die der Selbstversklavung: Maschinen machen sich Menschen untertan. Die typische »Tragödie der Kultur«.

Beim Publikum resonieren derartige Schreckensszenarien gut. Es wäre doch wirklich furchtbar, wenn alles so kommen würde. Ja, das wäre es. Aber, wird es so kommen?

Wer weiß?

Genau das wissen wir aktuell für die meisten Bereiche der neuen technologischen Entwicklungen schlichtweg noch nicht. Weil sich viele Veränderungen eher am Horizont abzeichnen, wir manche Technologie maximal im prototypi-

schen Status kennengelernt haben. Auch weil Menschen nichts mehr lieben als gut erzählte Geschichten. Technologische Zukunft ist immer nur ein anders Wort für Storytelling in Form von Utopien oder Dystopien. Davon lebt auch die Science-Fiction.

Dass wir trotzdem fragen, wie die Entwicklung der Menschheit fortschreiten wird, ist richtig und wichtig. Indem wir über die Zukunft nachdenken, gestalten wir sie schon. Kein Gedanke, der einmal gedacht wurde, verschwindet jemals wieder aus dem Entwurf des Fortschritts, den die Menschheit fortwährend für sich selbst macht und anpasst. Ob wir und wie wir in 20 Jahren leben und arbeiten werden, weiß derzeit niemand genau. Wenn wir uns diese Zukunft jetzt aber vor allem in Angst und Schrecken ausmalen, werden die negativen Gefühle eine Wirkung zeitigen. Die lebenswerte Vorstellung einer komplementären Gemeinschaft aus Mensch und Maschine hingegen wird dazu beitragen, dass wir sie für möglich halten und damit auch möglich machen.

Die Vor- und Nachteile technologischer Entwicklungen sind ambivalenter, als sie von den meisten Kulturpessimisten gezeichnet werden: Neue Beschäftigte in Unternehmen sollen auf der Grundlage von algorithmischen Analysen der Bewerberdaten eingestellt werden? Ja, denn vielleicht ist es ein Fortschritt, nicht von der Willkür eines 53-jährigen männlichen, weißen Personalverantwortlichen mit BWL-Abschluss der Uni Mannheim abhängig zu sein. Ein Kredit wird auf der Grundlage eines »Social Credit Scores« gewährt? Ja, denn vielleicht ist diese Bewertung sogar angemessener und transparenter als die Auskunft der Schufa. Kryptowährungen sollen unser Geld ersetzen? Jawohl, denn vielleicht ist das der Schritt in eine Wirtschaft ohne Schwarzgeld, Bestechung oder Steuerparadiese. Roboter arbeiten für uns? Da könnte man ja durchaus auch mal »Hurra!« schreien, wenn wir dies mit Ideen eines Grundeinkommens verbinden.

Natürliche Dummheit

Die Kritik an der künstlichen Intelligenz übersieht allzu oft die natürliche Dummheit des Menschen. Ohne Fakten, feine Differenzierungen und abwägende Argumente lassen sich leicht Weltuntergangsszenarien zeichnen. Es ist eine der einfachsten Übungen, die Gegenwart und eine mögliche Zukunft mit hehren Ideen zu konfrontieren und sodann in Bausch und Bogen abzufertigen, wozu nicht selten gerne längst tote Philosophen bemüht werden. Vernünftig soll die Welt sein und gerecht und sowieso für alle gut. Das heißt dann gerne »Kulturkritik«. Bei genauerer Betrachtung ist es bloß Kulturpessimismus.

Das Reden über ein »gutes Leben« und Ad-hoc-Moralisierungen neuer gesellschaftlicher Entwicklungen ist ein Standardreflex links- wie rechtskonservativer Weltanschauungen. Wir bewerten das potenziell Neue nicht vor dem Hintergrund des stets auch fehlerhaften Bestehenden, sondern irgendwelcher fantasiierter Werte, von deren Einlösung wir selbst doch weit entfernt sind.

Um nicht missverstanden zu werden: Nicht alles, »was ist«, muss schlecht sein. Konservativ ist kein Schimpfwort. Aber es steht programmatisch gegen eine wohlverstandene Aufklärung. Und die verschließt sich nicht dem freien Nachdenken über das Neue, sondern sie fördert es – kritisch, aber eben offen und inspiriert dadurch, dass nur die Chancen und Gefahren bewerten kann, wer die Fakten beurteilen kann.

Beim Thema künstliche Intelligenz sollten wir deshalb lieber über eine »bessere« denn über eine »gute« Gesellschaft reden: Wie kann die künstliche Intelligenz dazu beitragen, uns »besser« aus der selbst verschuldeten individuellen und sozialen Unmündigkeit zu befreien? Wer die

Leistungsfähigkeit neuer technologischer Entwicklungen bestimmen will, sollte diese immer auch am Grad der natürlichen Dummheit der Menschen messen.

In die Zukunft denken, Zukunft gestalten

Utopien sind keine Start-up-Idee für das Morgen, sondern Fantasien des Übermorgens. Sie dürfen deshalb weder nur dynamischen Jungunternehmern oder Wissenschaftlern überlassen werden, sondern wären durch ein breit angelegtes Zukunftsforum zu organisieren, das einen gesellschaftlichen Mehrwert in den Blick nimmt. Dabei sind zwei Fragen von Relevanz: Inwieweit befähigen und »ermündigen« uns die Entwicklungen der Digitalisierung zu einem selbstbestimmten Leben? Und inwieweit tragen technologische Entwicklungen zu einer offenen, inklusiven Gesellschaft bei? Für die Antwort auf beide Fragen hat die künstliche Intelligenz eine Menge zu bieten, wenn wir sie nicht allein als Möglichkeit begreifen, den Menschen aus seinem eigenen Leben wegzurationalisieren.

Wollen wir die technologische Zukunft gestalten, erscheint es besonders wichtig, gesellschaftliche Utopien zu entwerfen, in denen der lebensdienliche Beitrag neuer technologischer Entwicklungen fantasiert wird. Der Physiker und Soziologe Dirk Helbing schlägt dazu beispielsweise Städte-Olympiaden vor, sie könnten »einen sportlichen Wettbewerb um die besten Lösungen zu unseren Problemen entfachen«.⁸⁸

In jedem Fall müssten sich solche Zukunftsforen von Kongressen, Messen und ähnlichen Events signifikant unterscheiden, indem sie einem Zukunftsdenken größtmöglichen Raum bieten. Statt »Keynote Lectures« und Vorträgen, Podiumsdiskussionen oder Experteninterviews gäbe es World Cafés, Dialogkreise, Ideencamps oder Laboratorien; insgesamt gerne also etwas mehr Hoppetosse. In solchen und

ähnlichen partizipativen Verfahren reden und arbeiten Experten mit Bürgern auf Augenhöhe über zentrale Themen der Menschheit, sei es Frieden, Gesundheit, Arbeit, Umwelt oder Gleichberechtigung, und suchen nach digitalen wie nach analogen Lösungen – eine »Werk-statt-Tagung« und ein Festival irgendwo zwischen Woodstock, Burning Man und der Digitalkonferenz »South by Southwest« (SXSW).

Bei einer solchen Ideen-Olympiade gäbe es keine Medaillen zu gewinnen, dabei sein und mitmachen wäre hier wirklich alles. Trotz aller Offenheit für die Fantasien des Übermorgens ginge es zugleich um lösungsorientierte Ideen, die sodann als Open Source der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stehen (ähnlich Dirk Helbing).

Veranstaltungen dieser Art könnten Wichtiges leisten, nämlich: einen gesellschaftlichen Austausch und eine Verständigung über die Gefahren, vor allem aber auch über die Möglichkeiten einer neuen Dimension technologischer und damit sozialer Veränderungen, die sich sehr deutlich abzeichnen. Und ganz nebenbei würden wir auch über das Hier und Jetzt sprechen. Wer sind wir als einzelner Mensch, als Gemeinschaft, als Gesellschaft? Sind wir so klug, wie wir selbst von uns behaupten, oder eher veränderungsresistent und zukunftscheu? Eine offene und intelligente Beschreibung der technologischen Zukunft macht auch eine offene und intelligente Selbstbeschreibung der menschlichen Gegenwart möglich.

21. Dingsbums – Sex mit der Maschine⁸⁹

»Dingsbums« ist ein sehr praktisches deutsches Wort. Wir verwenden es, wenn uns der eigentliche Begriff gerade nicht einfällt oder wir noch überhaupt keinen Begriff von dem haben, was wir beschreiben wollen. Im Folgenden geht es im doppelten Sinne um »Dingsbums«, ein Phänomen, das ambivalent ist, dabei mehr als nur seine Schatten vorauswirft und Fragen des Sozialen, der Intimität und des Umgangs mit Dingen in naher Zukunft massiv betreffen wird. Es geht um Robotersex.

Die Gummipuppe war gestern

Vor gut drei Jahren wurden auf einer Sexmesse in London eine neue Generation von Sexrobotern vorgestellt. Die Gummipuppe war gestern, ein passives aufgeblasenes Stück Plastik. Heutige Modelle von Sexrobotern sind aktiv und responsiv. Sie reden und interagieren mit ihren Besitzern, fragen nach deren Wünschen, sagen, was ihnen selbst gefällt. Die meisten von uns werden wohl auch diese weiterentwickelten Modelle nicht besonders erotisierend finden. Der aktuelle Stand zeigt jedoch sehr deutlich, dass die Entwicklungen weiter voranschreiten und sich die Technik und Physis der künstlichen Sexpartner weiterhin verbessern wird. Big Business für die Hersteller. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in wenigen Jahren Geräte zur Verfügung stehen werden, die dem physischen Erlebnis von Sex zwischen Menschen in nichts nachstehen.

Man kann diese Entwicklung nüchtern als eine Auswirkung der weiter voranschreitenden Technologisierung sehen, die immer auch Auswirkungen auf Teile der Sexindustrie gehabt hat, wie diese umgekehrt auch technische Entwicklungen oft beförderte. Was soll daran neu sein? Was soll daran schlimm sein? Es gibt Vibratoren, Gummipuppen, Penispumpen, Apps, Internetportale, alles technische Hilfsmittel also, die wie Sexroboter der Befriedigung sexueller Bedürfnisse dienen.

Der Unterschied von Sexrobotern und klassischem Sexspielzeug ist jedoch nicht gradueller, sondern grundsätzlicher Natur. Künftige Generationen von Sexrobotern werden eine deutlich stärkere physische Ähnlichkeit mit menschlichen Sexpartnern aufweisen. Und durch ihre Fähigkeiten zu Simulation von Kommunikation ähnelt auch der Umgang mit ihnen immer mehr zwischenmenschlicher Interaktion. Dies wird jedenfalls von der Sexindustrie als *unique selling point* und Wettbewerbsvorteil verfolgt. Ähnlich verhält es sich mit den Entwicklungen von Virtual-Reality-Sex. Es soll sich echt anfühlen.

Sexroboter sind lebensgroße Puppen mit mechanischen Ausstattungen und versehen mit Elementen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz. Sie verfügen über alle menschlichen Körperöffnungen und Körperteile. Es gibt weibliche wie männliche Exemplare, wobei sowohl weibliche als auch männliche Geräte mehrheitlich von Männern gekauft werden. Ja, zumindest aktuell sind Sexroboter überwiegend ein Männerthema.

Den Modellvarianten sind keine Grenzen gesetzt: schwedisch blond, der asiatische Typ oder doch eher afro? Das kann man alles bestellen und sich dann damit vergnügen. Manche Sexroboter sollen bis zu 50 verschiedene Sexpositionen einnehmen können – dazu lasse ich Sie einen Moment fantasieren. Sexroboter können bei Erregung »feucht« werden, Peniserek-

tionen hervorbringen und Orgasmen simulieren, und es gibt sogar unterschiedliche Typen mit speziellen Vorlieben: von schüchtern über »Wild Wendy« bis hin zu »S&M Susan« – alles im Angebot, sogar Roboter, die sich besonders hartnäckig zieren, mit ihnen kann eine Vergewaltigung simuliert werden.

Die Standardmodelle lassen sich ganz nach den persönlichen Vorlieben anpassen: Augen- und Haarfarbe, dünn oder doch eher korpulent, Form der Vulva, Busengröße, Penisgröße. Alle Facetten sind möglich. Und noch mehr: Der Benutzer steht auf Elfenohren? Kein Problem, auch diese lassen sich bestellen.

Die Standardvarianten sind derzeit für etwa 8000 Euro zu erstehen. Für ungefähr das Zehnfache kann man auch noch individualisiertere Modelle bestellen, die dann – wer's mag – dem Ex-Partner oder der Ex-Partnerin, der eigenen Mutter, dem Vater oder eben auch einem achtjährigen Jungen oder Mädchen nachempfunden sind. Der Fantasie sind hier (leider) keine Grenzen gesetzt.

F* them or f*** it?**

Wie überall gibt es auch in der, wenn auch nur wenig, entwickelten akademischen Diskussion Befürworter wie Kritiker von Robotersex. Die Befürworter argumentieren, dass perfektionierter Robotersex Prostitution (und damit die Ausbeutung von Millionen von Frauen) überflüssig machen könnte. In Barcelona gibt es bereits den weltweit ersten Roboterpuff, wo man sich gegen Gebühr mit einem Modell seiner Wahl amüsieren kann. Auch könnte womöglich pädosexuelles Verhalten und damit der Missbrauch von Kindern eingedämmt werden. Ergo »fuck them!«

Kritiker hingegen sehen in sexuellen Praktiken mit Robotern eine »Verrohung der Sitten«, die negativ auf die zwischenmenschliche Sexualität zurückschlagen kann. »Man(n)« ver-

gewaltigt und stranguliert seinen Roboter, solche Gewohnheitsrituale könnten auch das Verhalten im Sex mit Menschen beeinflussen. Inszenierung und Realität würden in den Köpfen der Menschen verschwimmen, was pädosexuelles Verhalten nicht reduzieren, sondern inspirieren würde, so die Kritiker. Von feministischer Seite wird insbesondere der Vorwurf einer Verstärkung des ohnehin schon verfügbaren Objektcharakters von Frauen im Sex erhoben. Ergo »fuck it!« (not).

Es gibt aktuell keine empirischen Studien zum Thema Robotersex, die der einen oder der anderen Seite recht geben könnten. Wenn wir jedoch einen Seitenblick auf das breitere Phänomen von technologisierter Sexualität werfen, so gibt es einige Hinweise darauf, dass Technologien und medialer Erotikkonsum einen Einfluss auf das Sexualverhalten mit menschlichen Partnern haben. Studien zum Pornokonsum von Jugendlichen beispielsweise zeigen recht deutlich, dass das regelmäßige Sehen von Pornofilmen das Bild von Sexualität beeinflusst, sich »sexuelle Skripte« bei jungen Menschen verändern.⁹⁰ Das Spektrum reicht von überzogenen Erwartungen bei sexuellen Praktiken über die Wahrnehmung des eigenen Körpers und die eigene »Performativität« bis hin zu einer höheren sexuellen Gewaltbereitschaft bei bestimmten Risikogruppen.

Dinge gibt's

Dies deutet auf etwas hin, für das es nur eine latente gesellschaftliche Sensibilität gibt. Wir interagieren mit Menschen, aber es gibt Dinge, Objekte, die unsere Lebenswelten – sehr oft hinter unserem Rücken – massiv prägen. Das Thema Sexualität ist dabei nur eines von vielen Beispielen.

In sozialwissenschaftlichen Ansätzen wird Objekten unter den Bezeichnungen »Praxistheorie« oder »Neuer Materialismus« zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. »Das Sein beeinflusst das Bewusstsein«, so die These im klassischen

Materialismus von Karl Marx, mit der er auf die Bedeutung materieller Ausstattungen (»die Produktionsverhältnisse«) für das soziale Leben hinwies. Der »Neue Materialismus« geht einen Schritt weiter und schreibt dem Materiellen nicht nur einen passiven Status zu, sondern betrachtet Objekte als etwas auch Agierendes. Und, so eine weitere Pointe dieser Strömung, der Einfluss von Objekten auf Menschen ist nicht nur kognitiver Art (»wie wir denken«), sondern reicht bis in unsere Körper (»wie wir handeln«). Mit anderen Worten: Der Umgang mit Dingen kann sich beim Menschen stark epigenetisch, also körperlich und emotional, verankern.

Robotersex ist ein extremes, aber gutes Beispiel für das hier abstrakt Beschriebene: Objektsexualität könnte den Menschen in seinem Selbst und im Umgang mit anderen stark verändern – und nicht unbedingt zum Guten. Dies wirft Fragen nach der Verantwortung von Sexroboterproduzenten wie -konsumenten auf.

Uns soll im Folgenden jedoch eine weiter gehende ethische Frage interessieren, die uns nun in den Bereich des Science-Fiction führen wird.

Dolores

Im Oktober 2016 strahlte der Sender HBO die erste Staffel der Fernsehserie *Westworld* aus. Basierend auf dem gleichnamigen Roman von Michael Crichton aus dem Jahr 1973 geht es in dieser Science-Fiction-Serie um einen Freizeitpark im wirklich »wildem« Westen. Die Protagonisten sind Roboter, aber kaum vom Menschen unterscheidbar. Die Besucher des Parks sind Menschen, und sie können sich ganz nach ihrem Belieben mit den Robotern amüsieren: Schießereien und Hinrichtungen, Sex, Vergewaltigungen, grausame Quälereien sind in *Westworld* an der Tagesordnung und machen die Attraktivität für die zahlenden Feriengäste aus.

Die Fernsehserie bekommt im Verlauf der ersten Staffel eine interessante Wendung. Zum einen fangen einige der Parkbesucher an, Empathie für die künstlichen Wesen zu zeigen, zum anderen entwickeln einige Roboter so etwas wie ein Bewusstsein. Dolores zum Beispiel, in der Figur einer jungen Bauerntochter, hat so etwas wie Erinnerungen und einen – wenn auch nur diffusen – Bezug zur Vergangenheit. Sie fragt sich irgendwann, ob »ihre Welt« eigentlich »die wahre Welt« ist und was hinter dem definierten Territorium liegt. Sie stellt Zukunftsfragen und will irgendwann ausbrechen.

Der Fernsehzuschauer sympathisiert von Episode zu Episode mehr mit Dolores, denn sie empfindet und leidet, ja sie bekommt ein nahezu menschliches Antlitz. Der Roboter wird in der Sendung als leidendes Wesen porträtiert.

Lebewesen?

Die akademische und gerade beginnende gesellschaftliche Diskussion über eine Roboterethik reiht sich nahtlos in eine Tradition der Moralphilosophie ein, bei der vor allem der Mensch mit seinen Rechten, seiner Würde sowie seinen Pflichten und seiner Verantwortung (beides gegenüber anderen Menschen) im Mittelpunkt steht. Die klassische Ethik ist »anthropozentrisch«: Der Mensch als einziger Fluchtpunkt (siehe Kapitel 22 und 23).

Die anekdotische Erzählung über Dolores, die durchaus als ein Plädoyer verstanden werden soll, über eine die Frage der Verantwortung gegenüber Robotern beinhaltende Ethik nachzudenken, mag Stirnrunzeln und Kopfschütteln hervorrufen. Ich halte diese Auseinandersetzung aber gerade für den Beginn einer neuen Entwicklung hin zu einem Leben mit Robotern für notwendig. Und ich meine auch, dass uns die Geschichte der Moralentwicklung deutliche Hinweise gibt, unser rein anthropozentrisches Denken aufzubrechen.

Die Entwicklungen zur Tierethik sind hier illustrativ. Während mitunter selbst Philosophen wie Immanuel Kant davon ausgingen, dass Tiere letztlich »Sachen« sind und er ihnen keinerlei Rechte zugestand, pointieren neuere Ethiken (aber auch schon Kants Zeitgenosse Schopenhauer) ein sogenanntes »pathozentrisches« Denken. Das »Pathos«, das Leid, wird zum moralischen Kriterium und entscheidet darüber, ob eine Handlung moralisch oder unmoralisch ist. Tierschutz ist moralisch geboten, weil wir leidensfähigen Lebewesen Leid antun.

Westworld ist nur eine Fernsehsendung und die leidende Dolores nur eine Figur in dieser Geschichte. Ob wir es irgendwann wirklich mit pathetischen (Sex-)Robotern zu tun haben und ob wir sie als »Lebewesen« betrachten werden, weiß im Moment niemand. Sollte das irgendwann der Fall sein, und mir erscheint dies eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich, wird es das Leben von uns Menschen gehörig durcheinanderwirbeln – beim Sex ebenso wie in allen denkbaren Lebensbereichen.

Für das Beschriebene gibt es noch kein Wort. Nennen wir es für den Moment deshalb einfach »Dingsbums«.

22. Roboterethik: Die Schlüsselfrage⁹¹

Ein Betrunkener sucht seinen Haustürschlüssel im Lichtstrahl einer Laterne. Als er von einem hilfsbereiten Passanten angesprochen wird, wo er seinen Schlüssel denn in etwa verloren habe, zeigt er fünf Meter weiter ins Dunkel. Sowenig dieser Mensch seinen Schlüssel finden wird, so wenig werden wir Fragen zu einer Roboterethik dort beantworten können, wo es vermeintlich hell aufstrahlt, nämlich in der Tradition der guten alten abendländischen Ethik.

Als vor etwa zwei Jahren die Diskussion um selbstfahrende Fahrzeuge begann, klatschte manch ein Philosoph freudig in die Hände. Endlich ein Praxisfall für die Abteilung »praktische Philosophie«, durch den die Relevanz der eigenen Disziplin sichtbar werden konnte. Das eignete sich nicht nur für Einführungsvorlesungen in Ethik, sondern auch dafür, einer breiten Öffentlichkeit das Einmaleins ethischer Reflexionen näherzubringen. Fortan wurden Zeitungen und Magazine mit Artikeln dazu regelrecht überschwemmt.

So relevant und stimulierend solche Beiträge zum sogenannten »Trolley-Szenario« (siehe dazu Kapitel 19) auch gewesen sein mögen, so sehr enttäuscht es, dass die Philosophie zu Digitalisierung und Robotik jenseits von hübschen lebensweltlichen Beispielen zur Anwendung herkömmlicher Ansätze kaum einen Plan hat. Wenn es überhaupt Überlegungen gibt, dann beschränken sie sich oft auf bewusstseinsphilosophische

Sinnsprüche darüber, dass der Mensch und das Menschsein fundamentalen Gefahren durch die neue Technologisierung ausgesetzt seien, es die Autonomie des Menschen zu schützen gelte, dass Roboter nur Dinge seien und lediglich der Mensch ethisch handeln könne usw. Und deshalb bedürfe es einer (philosophischen) Aufklärung.

Aufklärung

Ja, es bedarf einer Aufklärung! Gleichwohl braucht es sie nicht in der Form einer dogmatischen Bezugnahme auf die Ideen der Aufklärer von vor 200, 300 Jahren, sondern im wohlverstandenen Sinne einer »Ermündigung« zum freien Denken und Handeln. Und hier liegt die Krux der ganzen Chose: Die derzeitige Diskussion zur Roboterethik denkt moralische Fragen anthropozentrisch, also vom Menschen her. Das ist legitim und auch nicht falsch, begrenzt aber den Denkraum für ein ethisches Nachdenken unnötig, denn die Roboter bleiben damit außen vor – und nicht bloß »erst einmal« außen vor, sondern grundsätzlich und systematisch.

Der Schlüssel für eine Roboterethik jedoch, so soll hier auf die einleitende Episode anspielend behauptet werden, liegt ganz woanders. Genau: Der Schlüssel liegt im Dunkeln, nur schemenhaft erkennbar, wenn überhaupt. Er ist schwer zu finden, aber er liegt eben außerhalb des Lichtkegels. Die Aufgabe der Philosophie sollte es sein, das Dunkle durch den Einsatz ihrer Scheinwerfer auszuleuchten und die Menschen mit kontraintuitiven Perspektiven zum Nachdenken anzuregen.

Hier sind eineinhalb provokative und auf den ersten Blick kontraintuitive Überlegungen zur Robotik: Eine Roboterethik sollte Fragen der Verantwortung *gegenüber* Robotern beinhalten; eine derart umfassendere Roboterethik kann eine humanistische Idee entfalten.

Roboter: Nicht nur ein Ding

»Warum sind Verantwortungsfragen gegenüber Robotern relevant?«, so könnte der erste Einwand zu diesen Thesen lauten. Die Antwort ist relativ einfach: »Menschen fühlen sich schon heute moralisch für Roboter verantwortlich.« Kate Darling, Wissenschaftlerin am Massachusetts Institute of Technology und dem Harvard Berkman Center, beispielsweise zeigt in ihren Arbeiten, dass Menschen Roboter in bestimmten sozialen Kontexten nicht nur als neutrale Objekte betrachten, sondern moralische Gefühle für die Dinge des Lebens zeigen.⁹²

Allerdings lässt sich aus einer rein phänomengetriebenen Beschreibung, wie der Philosoph an dieser Stelle natürlich einwenden kann, natürlich noch kein ethisches Argument stricken. Die Menschen könnten mit ihren moralischen Gefühlen und Intuitionen schließlich auch fehlgeleitet sein und falschlügen. Sie mögen deshalb bitte mal wieder »zur Sache« zurückkommen, also die Dinge schlicht als Dinge betrachten. Andererseits: Kann eine praktische Philosophie, will sie denn wenigstens näherungsweise praktisch werden, konkrete lebensweltliche Erfahrungen der Menschen ignorieren, um nicht zu sagen sich über sie hinwegsetzen?

Ein Blick auf die Menschheitsgeschichte der Moral zeigt, wie bereits in Kapitel 21 kurz angedeutet, dass diese nicht statisch, sondern ganz im Gegenteil ein Prozess der schrittweisen Inklusion in den »Moral-Klub« ist. So gab es im antiken Griechenland und im Römischen Reich Menschen und es gab Sklaven, die jeweils mit sehr unterschiedlichen moralischen Rechten ausgestattet waren. Oder: Vor gut 200 Jahren war die Vorstellung, dass Tieren moralische Rechte zugesprochen werden könnten, kaum denkbar. Können wir also wirklich ausschließen, dass es in der Zukunft eine Roboterethik geben wird, die Verantwortungsprinzipien gegenüber Robotern beinhaltet? Oder gar Roboterrechte diskutiert werden?

Man kann es nicht ausschließen, und eine solche Entwicklung erscheint sogar eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich. Was aber jenseits aller Spekulationen über die Zukunft wesentlicher ist: Wir sollten die Entwicklung einer derartigen Roboterethik nicht nur nicht ausschließen; wir *sollten* eine Verantwortungspraxis gegenüber Robotern aus moralischen Gründen fördern. Warum?

Neue Begegnungen

Roboter werden, ob wir es wollen oder nicht, in sehr naher Zukunft integraler Bestandteil unserer Lebenswelt sein: als Kollegen am Arbeitsplatz, in der Familie, im Pflegebereich usw. Sie werden uns dort als Gegenüber, als »das andere«, womöglich auch als »der oder die andere« begegnen.

Die Technologie- und Medienphilosophen Mark Coeckelbergh und David Gunkel plädieren vor diesem Hintergrund für einen »relational turn«, bei dem es darum geht, die Beziehung zwischen Alter und Ego deskriptiv wie normativ zu begreifen.⁹³ Denn der Roboter als ein Gegenüber wird den Menschen mit moralischen Fragen konfrontieren und normativ herausfordern. Es sind genau diese Konfrontation und der Umgang mit dem neuen Gegenüber, die einer humanistischen Idee förderlich sein können.

Immanuel Kant betrachtete Tiere als Sachen, sprach sich aber gegen Tierquälerei aus, weil er eine »Verrohung der menschlichen Sitten« befürchtete. Ich ziele mit diesem Impuls in eine andere, weitreichendere Richtung und meine: Gerade ein Verständnis von Robotern als »nicht nur« Sachen, sondern als »Wesen«, mit denen wir leben (werden) – Lebewesen –, können Fragen des Menschseins aufwerfen.

Ein moralisch reflektierter Umgang mit Robotern kann dazu beitragen, moralisches Handeln beim Menschen zu befördern. Und zwar insbesondere dann, wenn die Maschine in der

Betrachtung durch den Menschen aus einem reinen Objektzustand heraustritt, sie also subjekthafte Zuschreibungen erhält. Werden Roboter, so könnte ein moralphilosophisches Paradoxon lauten, von Menschen als zweckbehaftet – und nicht nur Mittel zum Zweck – interpretiert, können sie einer humanistischen Idee zuträglich sein – und womöglich nur dann.

Das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine muss man nicht gegeneinander ausspielen. Es geht im Gegenteil darum, diese neuen Formen sozialer Beziehungen gemeinsam und wechselseitig zu verstehen und in konkreten Kontexten moralische Lernprozesse zu initiieren.

Nein, eine Antwort auf die Schlüsselfragen habe ich nicht. Nur einen Hinweis: Wir sollten suchen.

23. Mensch, Maschine!⁹⁴

Als der vorangegangene Text Ende 2018 in der *Neuen Zürcher Zeitung* in einer ähnlichen Fassung publiziert wurde, haben die Philosophen Andreas Brenner (Basel) und Peter Seele (Lugano) mit jeweils einer Replik darauf reagiert.⁹⁵ Brenner geht es im Kern seiner Argumentation darum, das bewusstseinsphilosophische Fähnchen hochzuhalten. Mein Vorschlag, über eine Verantwortung des Menschen *gegenüber* Robotern nachzudenken (und Verantwortungsfragen nicht *nur* anthropozentrisch zu denken), erschien ihm als »schräg«. Denn, so seine Begründung, Roboter hätten kein Bewusstsein, seien deshalb nicht handlungsfähig, und somit erübrige sich jede weitere Diskussion.

Peter Seele schlug, wenn man so will, eine Versöhnung der Positionen von Andreas Brenner und mir vor, indem er eine kognitionswissenschaftliche Perspektive, nämlich die Theorie der »moralischen Stämme« von Joshua Greene, empfahl, die in der Idee mündet, in Kategorien von »wir« (Menschen) und »ihr« (oder »sie«, die Roboter) zu denken. Angesichts der »aufziehenden Rivalität«, so Seele, »wäre die dringliche Aufgabe der Ethik, das symbiotische Auskommen des menschlichen und des maschinellen ›Stammes‹ zu behandeln«.

Fundamentalphilosophie

Andreas Brenner liegt mit drei Beobachtungen zu meinem Text richtig: Erstens, die skizzierte Roboterethik ist keine »Bindestrich-Ethik«, in der tradierte Konzepte der Moralphilosophie lediglich auf einen neuen Gegenstandsbereich bezogen

würden. Ich meine in der Tat, dass die sich abzeichnende Dauerpräsenz von Robotern im sozialen Leben von uns Menschen ein Impuls für die praktische Philosophie sein sollte, ihren Kanon zu überdenken und zu erweitern. Man kann weiterhin Kant bemühen, wie es Brenner wohl vorschwebt, das schadet nicht, Antworten auf neue Fragen wird man hier allerdings nur bedingt finden. Gewollte Engführungen in traditionellen Ansätzen bremsen ein Nachdenken nicht nur zufällig, sondern systematisch aus.

Weil es zweitens in gewisser Weise um eine Fundamentalphilosophie geht, die ich in meinem Text andeute und von anderen in ähnlicher Weise vorgeschlagen wird, erscheint die Sache erst einmal »schräg«. Ja, sie ist auf den ersten Blick wirklich schräg, weil sie orthogonal zum herkömmlichen Denken (in der Philosophie wie im Alltagsdenken) liegt.

Ich bin drittens mit Andreas Brenner ganz einverstanden, dass es ein äußerst schwieriges Unterfangen wäre, eine Roboterethik über die Idee eines Bewusstseins zu entwickeln. Ich vermeide diese Argumentation (wie die der Leidensfähigkeit) daher auch absichtlich, weil sie aus meiner Sicht eine Sackgasse mit unzähligen Komplikationen darstellt. Aber, und das ist ein wichtiger Unterschied, ich meine eben nicht, dass man von einem »sich selbst bewussten Gegenüber« (ob nun naturalistisch oder metaphysisch begründet) ausgehen muss, um daraus eine Verantwortung für ein Gegenüber abzuleiten.

Andreas Brenner führt das mit der Unterscheidung eines moralisch handlungsfähigen Akteurs (»moral agent«) einerseits und dem von Handlungen Betroffenen (»moral patient«) andererseits im Grunde sehr schön vor. Er ist der Meinung, »dass das Bewusstsein im ersten Falle anspruchsvoller ist, es sich um ein reflexives Selbstbewusstsein handelt und im zweiten Fall bereits ein primäres Selbstbewusstsein genügt«.

Warum aber muss ein Betroffener überhaupt ein Bewusstsein aufweisen (oder gar vorweisen?), um als Betroffener gelten zu dürfen? Wenn ich meinen Hund grundlos tadele, ist er Betroffener dieses Tadels, auch wenn er kein Selbstbewusstsein hat. Wer oder was als Betroffener betrachtet wird, ist zudem kulturell kontingent und abhängig von gesellschaftlichen Normenvorstellungen (in Raum und Zeit). Die Abschaffung der Sklaverei liegt etwa 150 Jahre zurück, die Deklaration der Menschenrechte ist ein paar Jahrzehnte alt, Fragen des Tierschutzes wurden erst im späten 20. Jahrhundert systematisch behandelt. Ich wiederhole mich, wenn ich schreibe, dass es sehr gut möglich sein kann, dass wir in der Zukunft eine Roboterethik in dem von mir beschriebenen Sinne einer Verantwortung *gegenüber* den Maschinen haben werden.

Drei Herausforderungen für eine digitale Ethik

Aus meiner Sicht sollte die Moralphilosophie, will sie in der Zukunft wirkungsvoll sein, einige längst überfällige Hausaufgaben erledigen. Und sie wird diese nicht anpacken können, wenn stoisch an einer Bewusstseinsphilosophie festgehalten wird. Ich sehe hier drei besondere Herausforderungen:

Erstens gilt es die kategoriale Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt aufzulösen und phänomenologisch zu bearbeiten. Wenn wir faktisch Objektbereiche haben, die sehr stark durch Menschen anthropomorphisiert werden, so ist dies erklärungsbedürftig. Was wir bisher darüber wissen: Eine Anthropomorphisierung von Dingen scheint stärker zu sein, wenn die Dinge eine physische Gestalt aufweisen. Ausdruck von subjekthaften Zuschreibungen für Objekte sind beispielsweise Personalisierungen. Die Dinge haben mitunter einen Namen und werden auch ansonsten mit allerlei subjekthaften Attributen versehen. Wenn die Puppe einen Arm verloren hat, wird sie nicht repariert, sondern zum

»Pupp doktor« gebracht, der verstorbene Hund wird auf dem Tierfriedhof beigesetzt usw. Die mir bekannten Studien zur Interaktion mit Robotern deuten insgesamt auf eine recht starke Anthropomorphisierung. Aber warum ist das so? Und wie ist dies normativ zu bewerten?

Zweitens sollten wir stärker in Alteritäten denken, weil Roboter sehr bald einen festen Platz in unseren sozialen Welten innehaben werden. So verstehe ich auch den Einwurf von Peter Seele. Hier geht es um den anderen, die andere oder eben das andere, das uns im Alltag begegnet. Um die Begegnung mit unserem Toaster oder dem Roboterrasenmäher müssen wir uns wenig Gedanken machen. Wie verhält es sich aber bei Interaktionen mit Robotern, denen Menschen subjektiv Eigenschaften zuschreiben? Welchen Umgang pflegen wir mit ihnen, welchen Umgang sollten wir mit ihnen pflegen? Darf man beispielsweise einen Pflegeroboter schlagen?

Klar darf man das, könnte eine Antwort lauten, denn er ist ja nur ein Ding. Ich meine, eine solche Antwort läuft unseren moralischen Intuitionen entgegen. Vielmehr nötigt uns der Umgang mit einem Gegenüber, ob nun aus Fleisch und Blut oder elektromechanisch, eine gewisse Anerkennung und einen gewissen Respekt ab (ich spreche hier bewusst nicht von »Rechten«); ein Phänomen, das es zu fördern gilt!

Hollywood versus Astro Boy

Drittens sollten wir Fragen einer Roboterethik stärker kulturphilosophisch und damit kultursensibel denken. Peter Seele beschreibt völlig zutreffend ein reflexhaftes »Stammesdenken«, das einsetzt, wenn wir über die Zukunft nachdenken: »Wenn wir Glück haben, behalten uns die Maschinen als Haustiere« (Marvin Minsky). Dies ist jedoch, so will ich ergänzen, das Denken eines bestimmten »Stammes«, nämlich desjenigen der westlichen Welt, der mit einem spezifischen Narrativ über Roboter im Hollywood-Genre aufgewachsen ist.

Andere Gesellschaften haben einen durchaus zwangloseren Blick auf die technisierte Zukunft. Der Japaner Joi Ito, Direktor am MIT Media Lab, beschreibt, wie er mit der Fernsehserie *Neon Genesis Evangelion* aufgewachsen ist, in der Menschen und Maschinen miteinander verschmelzen. Dies war kein Schreckensszenario, sondern ganz im Gegenteil, »es ließ uns Kinder davon träumen, selbst bionische Superhelden zu werden«. ⁹⁶ Der Wissenschaftler sieht – neben bestimmten religiösen Orientierungen – im »Astro Boy« und anderen positiv besetzten Roboterfiguren der japanischen Popkultur einen Grund dafür, warum Japaner heute einen viel entspannteren Umgang mit den Entwicklungen in der Robotik haben, ja diesen gegenüber sehr aufgeschlossen sind, sie jedenfalls nicht per se als Bedrohung wahrnehmen.

Oder umgekehrt und in den Worten von Joi Ito: »The Western concept of ›humanity‹ is limited, and I think it's time to seriously question whether we have the right to exploit the environment, animals, tools, or robots simply because we're human and they are not.«

Weder allzu utopische noch allzu dystopische Fantasien über eine Zukunft (siehe dazu auch Kapitel 20) mit Robotern scheinen mir zielführend zu sein. Stattdessen sollte eine ernsthafte Beschäftigung mit neuen Phänomenen rund um Mensch-Maschine-Interaktionen erfolgen: sachlich und normativ abwägend, besonders aber *auch* jenseits des Kanons in der normativen Ethik.

24. Lenin 4.0 – Renaissance der Planwirtschaft?⁹⁷

Der Kapitalismus hat Karneval. So würden das die Rheinländer beschreiben, die mit Maskierungen, Kostümierungen und flotten Identitätserweiterungen spielend zurande kommen. In der fünften Jahreszeit steckt gerne mal ein Lamm im Löwenkostüm – und umgekehrt. Der Kapitalismus als Verkleidung? Ein bisschen kommt einem das so vor, denn *den* Kapitalismus gibt es nicht. Es ist nur ein Wort für vielfältige Ausprägungen unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Denn wo immer Kapitalismus draufsteht, es steckt Unterschiedliches drin. Die unsichtbare Hand, die nach Ansicht des schottischen Nationalökonomen Adam Smith für eine optimale Selbstregulierung des Marktes und damit sogar für den notwendigen Ausgleich zwischen sozialen Unterschieden sorgt, trägt manchmal einen Samthandschuh und ist manchmal eine eiserne Faust.

Kapitalismen

Da ist zum einen die soziale Marktwirtschaft deutscher Provenienz, die sich seit Ludwig Erhard die Vereinbarkeit von marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik auf der einen und der Abfederung sozialer Härten auf der anderen Seite auf die Fahnen geschrieben hat. Sie tut sich mit der durch Technologiesprünge notwendig gewordenen Modernisierung zuwei-

len schwer und droht, im Systemwettbewerb ins Hintertreffen zu geraten. Die tieferen Gründe für die Krise der sozialen Marktwirtschaft liegen dabei in unterschiedlichen Systemlogiken des ökonomischen Systems einerseits und des politischen Systems andererseits, die ihre Wirkungen mit unterschiedlichen Reichweiten und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entfalten; vereinfacht gesagt: Eine globale Wirtschaft mit immer kürzeren Innovationszyklen und eine tendenziell weiterhin an die Idee des Nationalstaates gebundene Politik, die dem Wirtschaftsgeschehen nicht nur zufällig, sondern aus systematischen Gründen stets hinterhinkt.

Da ist zum Zweiten der manchmal religionsähnliche Technokapitalismus, der aus dem Silicon Valley der US-Westküste entstanden ist und inzwischen auch andere Teile der Welt für sich eingenommen hat. In ihm steckt oft ein libertärer Kern: Jeder ist für das individuelle Glück selbst verantwortlich, und Technologie ist das Mittel zur Selbstermächtigung.

Und da ist zum Dritten der autoritäre Staatskapitalismus chinesischer Prägung, der seit einigen Jahren beweist, dass Kapitalismus und Demokratie nicht zwingend zwei Geschwister im Geiste sind, sondern der eine auch ohne die andere existieren kann. Er setzt darauf, dass Wohlstandsmehrung auch ausreichend Akzeptanz für staatliche Lenkung und den Mangel an Bürgerrechten schafft.

Der autoritäre Staatskapitalismus in China versucht schon seit einigen Jahrzehnten, autoritäre Elemente mit marktwirtschaftlichen Freiheiten zu kombinieren – nun soll dies durch eine umfassende, auf künstliche Intelligenz gestützte Datenanalytik auf eine neue Stufe getrieben werden. In diesem Feld zieht China seit einiger Zeit international gut sichtbar eine Furche durch den Acker, auf dem die künftige Weltwirtschaftsordnung aufgebaut wird.

Mit 1,4 Milliarden Menschen, die ihre Daten gezwungenermaßen freiwillig der Verwendung durch Staat und staats-eigene Betriebe zur Verfügung stellen dürfen, verfügt China über einen unschätzbaren Marktvorteil.

Überraschung der Neuzeit

Vielleicht wird daraus die größte gesellschaftspolitische Überraschung der Neuzeit. Über den Datenkapitalismus könnte die Planwirtschaft eine Renaissance erleben. Was zu Zeiten des Kommunismus aus Gründen der Informationsintransparenz und der selbstgefälligen schlechten Steuerung durch die Partei ins ökonomische Verderben geführt hat, kann unter heutigen Bedingungen von Datenanalytik und künstlicher Intelligenz der Beginn einer neuen Blüte der durchplanten Wirtschaft werden. Das wäre die Überraschung der Neuzeit: Ein kommunistisches Wirtschaftsmodell siegt dank des technologischen Fortschritts über die Kräfte des Marktes.

Seit dem Ende der Sowjetunion ist der Begriff »Systemwettbewerb« ja eigentlich aus der Mode gekommen. Der Wettbewerb zwischen zwei Systemen, dem einer marktwirtschaftlich-demokratischen Ordnung einerseits und einer lenkungs- oder planwirtschaftlichen Ordnung andererseits, schien so längst entschieden. Der demokratisch liberale Westen als Geburtsregion des Siegermodells gab sich selbstbewusst, vielleicht gar überheblich.

Verkannte Kraft des Fortschritts

Das fußte auf historischem Fundament. Viele Ökonomen, wie Friedrich von Hayek oder Ludwig von Mises, antizipierten eine demokratisch-kapitalistische Gesellschaft schon lange als die funktional überlegene Form der gesellschaftlichen Organisation. Denn: Dezentral organisierte Marktwirtschaften sind flexibler und innovativer als zentralistische Planwirtschaften. Planungsprozesse, so argumentiert der Öko-

nomie-Nobelpreisträger Oliver E. Williamson dann etwa 50 Jahre später analytisch präziser, sind nicht effizient, weil durch sie vergleichsweise hohe Transaktionskosten, insbesondere Kontrollkosten, entstehen. Weder planwirtschaftliche Organisationen noch planwirtschaftliche Gesellschaften können daher dauerhaft erfolgreich sein und sich gegenüber dezentralen und über marktwirtschaftliche Anreize gesteuerten Systemen durchsetzen. Sie alle hatten den technologischen Fortschritt nicht auf der Rechnung.

Durch die neuen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung werden die Karten nun neu gemischt. Insbesondere die rasanten Entwicklungen der verschiedenen Formen künstlicher Intelligenz ermöglichen eine derart umfassende Datenanalytik und daraus abgeleitete Prognostik, dass sich alle Prozesse im Wirtschaftssystem radikal verändern. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass Transaktionskosten im Sinne Williamsons in zentralistischen Systemen minimiert werden und über aggregierte Daten soziale und ökonomische Indikatoren abgeleitet werden können, nach denen eine Art Selbststeuerung von Unternehmensprozessen, aber auch von ganzen Wirtschaftssystemen gemäß dem Anliegen der Planer erfolgen wird.

China hat einen Plan

Das ist nicht nur ein theoretisches Gedankenspiel, sondern zeichnet sich schon heute mit Blick auf China deutlich und ganz praktisch ab. Denn China hat einen Plan. Oder sogar mehrere. Mit »Made in China 2025« hat sich das Land vor drei Jahren das Ziel gegeben, bis 2025 den Anteil einheimischer Güter an der wirtschaftlichen Produktion auf 70 Prozent zu heben. Mit der 2017 verabschiedeten KI-Strategie (»Next Generation AI Plan«) will China bis 2020 die USA einholen, bis 2025 die USA überholen und bis 2030 weltweit die Führung in der Technologie übernehmen.

Eine zentralistische Planwirtschaft hat Pläne, das ist erst einmal nichts Ungewöhnliches. Der chinesische Plan hat es jedoch in sich. Er kombiniert einen staatspolitischen Autoritarismus mit marktwirtschaftlichen Elementen. Und der Plan macht sich die Fähigkeiten künstlicher Intelligenz zunutze, um einen alten Traum aller Kommunisten zu verwirklichen: die umfassende Kontrolle über alle drei Dimensionen – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu treibt die Führung nicht nur die ehrgeizigen wirtschaftlichen Pläne voran, sondern auch den Aufbau eines umfassenden gesellschaftlichen Steuerungssystems, das 2020 landesweit verpflichtend zum Einsatz kommen soll.

Mit dem »Social Credit Score«, der in manchen Regionen bereits als Testlauf im Einsatz ist, werden die Bürger über ein Punktesystem in ihrem Verhalten bewertet. Wenn ein Besuch bei der Oma Pluspunkte bringt und den individuellen Score nach oben treibt, fällt er, sobald man bei Rot über die Straße geht oder die Notdurft des eigenen Hundes nicht beseitigt. Personen mit positivem Score können sich Zug- oder Flugtickets leisten und ihre Kinder auf gute Schulen schicken. Wer schlechter bewertet ist, kann das nicht.

In der Planwirtschaft chinesischer Ausprägung greifen politische, ökonomische und soziale Planung also feinmaschig ineinander. Das ist keine Science-Fiction, denn:

Erstens zählt China im Bereich der Innovationen zur Digitalisierung zu den führenden Nationen. Insbesondere in der konsequenten Anwendung von Plattformstrategien (wie bei WeChat) und bei Identifikationstechnologien (zum Beispiel der Gesichtserkennung) ist China führend und weit vorangeschritten.

Zweitens, Chinas politische Institutionenordnung einer zentralisierten Parteidiktatur erlaubt es dem Land, neue technische

Möglichkeiten ohne Umstände zu testen und zu realisieren. Mit Datenschutz oder Persönlichkeitsrechten halten sich Politbüro oder Zentralkomitee der KP nicht lange auf.

Drittens, einmal eingeführte metrische Systeme, wie die flächendeckende Gesichtserkennung oder der »Social Credit Score«, lassen Erprobung und Verbesserung der technologischen Datenanalytik und -prognose im Schnellverfahren zu. Dadurch entstehen neue Erkenntnisse und Anwendungsmodelle, mit denen auch jenseits der Grenzen Chinas Standards gesetzt werden können.

»Weniger Zahlen, dafür gescheitere«, soll Wladimir Iljitsch Lenin einmal gefordert haben. Das ist im 21. Jahrhundert kein Widerspruch mehr, denn »Big Data« in Kombination mit algorithmischen Analysen führen zu erstaunlich präzisen Ergebnissen. Die Planwirtschaft à la Lenin 4.0 kann damit die Effizienzversprechen der kapitalistischen Marktwirtschaft einlösen, und zwar in Form einer zentralen Verwaltungswirtschaft der besonderen Art. Genau darüber hat Karl Marx schon 1857/58 in seinem »Fragment über Maschinen« ziemlich klug nachgedacht. Er entwirft eine »ideale Maschine«, die für immer existieren kann und nichts mehr kostet. Marx hat sie sich seinerzeit als riesigen Automaten vorgestellt, »der aus zahlreichen mechanischen und mit Verstand begabten Organen zusammengesetzt ist, die in Übereinstimmung und ohne Unterbrechung tätig sind, wobei all diese Organe einer treibenden Kraft unterworfen sind, die sich von selbst bewegt«.

Manche ordnen den Plattformkapitalismus und die Praktiken von Facebook, Google und Co. schon heute als neofeudale Entwicklungen ein, die Demokratien systematisch unterminieren. In den beschriebenen Schritten aber schreitet die datenbasierte Zukunft Bit für Bit ganz konsequent weiter voran und wird schon bald von China aus auf demokratische Gesellschaften ausstrahlen.

(Staats-)Maschine ohne Mensch

Die ideale Maschine der Gegenwart ist nicht mehr auf Menschen angewiesen. Sie arbeitet als Netzwerk künstlicher Intelligenzen. Die können in Zukunft eine Wirtschaft steuern, in der die Menschen nichts mehr entscheiden müssen. Das macht die Maschine für sie. Diese Maschine treibt sich selbst an und ist sich selbst genug. Diese selbst organisierte Planwirtschaft produziert das optimale individualisierte Gleichgewicht einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, in der für jede und jeden die Lebensbedingungen entsprechend der individuellen Datenlage ausgestaltet werden. In diesem Wirtschaftssystem gibt es keine Ressourcenverschwendung, keinen Ressourcenmangel, keine Güterverknappung, keine Ungleichheit und keine Ausbeutung. In der künstlich intelligenten Planwirtschaft befindet sich das Wirtschaftssystem stets in seinem Optimum.

Bei Unternehmen, die ja immer schon auch zentrale Planungsprozesse anwenden, gelingt es mithilfe von künstlicher Intelligenz zum Beispiel, die Kosten in Beschaffung und Logistik oder beim Energieverbrauch in Werkshallen bis zu 90 Prozent zu reduzieren, wie zahlreiche Anwendungsbeispiele zeigen. Lässt sich die Technologie auch für ganze Wirtschaftsprozesse so effizient einsetzen, kann die Allokation von Ressourcen, Gütern und Produkten auf Basis von Bedarfs- und Nachfrageanalytik bis ins Kleinste vorhergesagt und geplant werden. Das wäre dann die Zentralverwaltungswirtschaft einer künstlich intelligenten Zeit, in der die politische Führung nur noch dafür verantwortlich zeichnet, die technischen Voraussetzungen und Entwicklungen möglich zu machen. Alles andere erledigt die KI. Mit der zeitgleichen Einführung des »Social Credit Scores« wächst so zusammen, was in Zeiten von KI zusammengehört. Perfekt kann Datenanalyse und -prognostik nur gelingen, wenn die Menschen in allen Lebensbereichen durchanalysiert werden. Lenin 4.0

bringt nicht nur die neue Planwirtschaft, sondern auch eine metrische Gesellschaft, in der die mathematische Funktion über die demokratische Selbstbestimmung triumphiert.

Wie das aussehen könnte, hat der amerikanische Science-Fiction-Autor Isaac Asimov in seiner Kurzgeschichte »Franchise« (1955) beschrieben. Sie erzählt von einer fiktiven amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2008, einer Zeit, in der die USA in eine »elektronische Demokratie« übergegangen sind. Nicht das Volk geht an die Urnen, sondern Normal Muller, Bürger aus Bloomington, Indiana, wird an den Computer »Multivac« angeschlossen. Dem reicht die Auswertung aller Daten dieses einen Mannes, um daraus das Ergebnis der Wahl für alle Amerikaner zu errechnen.

So ist das mit der datenbasierten Zukunft. Sie wird nicht scheibchenweise aktivierbar sein. Wenn die Planwirtschaft kommt, kommt wohl auch die geplante Demokratie, die einst Autokratie hieß. Dass kein Mensch am Hebel sitzt, sondern ein Computer, mag das Szenario von den Angsteffekten der Herrscherwillkür bereinigen. Ein mulmiges Gefühl bleibt. Die unsichtbare Hand Adam Smiths ist nun der Algorithmus, der berechenbar, aber damit durchaus nicht sozial ausgewogen, die ökonomische Verteilung und den politischen Rahmen organisiert. Wir sind also am Beginn eines neuen Systemwettbewerbs.

Das ist kein Plädoyer für einen Geschichts determinismus, im Gegenteil: Dieser Weg ist nicht vorgezeichnet. Womöglich sind es gerade die neuen Herausforderungen für ein in manchem allzu etabliert erscheinendes kapitalistisches System, die Veränderungen zum Besseren bewirken. Man muss die Zukunft einer datenbasierten Wirtschaft nicht China oder den USA überlassen. Konkurrenz, so sagte man damals, also im alten kapitalistischen System Anfang des 21. Jahrhunderts, belebt das Geschäft.

Danksagung

Bücher werden nur selten im stillen Kämmerlein geschrieben. Für dieses Buch gilt dies schon gar nicht, denn es basiert in Teilen auf Beiträgen, die in den vergangenen Jahren durch die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Disziplinen an der Universität St. Gallen entstanden sind. Ich kann gar nicht genug unterstreichen, wie sehr ich diese Kooperationen geschätzt habe und wie sehr mich die Konfrontation mit anderen Perspektiven persönlich wie fachlich bereichert hat. Und es hat einfach unglaublich viel Spaß gemacht, mit diesen Menschen zu arbeiten und zu schreiben. Daher gilt mein erster und größter Dank diesen Kolleginnen und Kollegen. Un gros merci à Martin Kolmar, Miriam Meckel, Léa Steinacker und Caspar Hirschi.

Letztlich danke ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und die Zeit, die Sie in die Lektüre des Buches stecken. Sie haben einen Gedanken zu den Texten? Dann schreiben Sie mir doch gerne eine E-Mail an thomas.beschorner@unisg.ch. Oder lassen Sie uns auf Twitter oder auf LinkedIn diskutieren. Sie finden mich dort jeweils unter @ThBeschorner. Ich würde mich freuen!

Anmerkungen

- 1 Stichwort »Schwindel« in: Brockhaus: <https://brockhaus.de/ecs/enzy/article/schwindel>
- 2 *Deutsches Wörterbuch* von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, Erstbearbeitung (1854–1960), digitalisierte Version im *Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache*, Lfg. 14 (1898), Bd. IX (1899).
- 3 Ebd.
- 4 Nachzulesen im »Fact Checker« der *Washington Post*: https://www.washingtonpost.com/graphics/politics/trump-claims-database/?utm_term=.6aa53e5af7fb
- 5 Lewis F. Powell: »Confidential Memorandum: Attack of American Free Enterprise System«; im Original verfügbar unter: <http://law.wlu.edu/deptimages/Powell%20Archives/PowellMemorandumTypescript.pdf>
- 6 »Dergleichen Angst und Qual wiederholte ich so oft, bis der Eindruck mir ganz gleichgültig ward, und ich habe nachher bei Bergreisen und geologischen Studien, bei großen Bauten, wo ich mit den Zimmerleuten um die Wette über die freiliegenden Balken und über die Gesimse des Gebäudes herlief, ja in Rom, wo man eben dergleichen Wagstücke ausüben muß, um bedeutende Kunstwerke näher zu sehen, von jenen Vorübungen großen Vorteil gezogen.« Aus: Johann Wolfgang von Goethe: *Dichtung und Wahrheit. Erster und zweiter Teil, neuntes Buch*. Stuttgart, Tübingen 1811.
- 7 Dieser Text basiert auf dem gemeinsam mit Martin Kolmar verfassten Gastbeitrag »In schwindelerregender Gesellschaft. Erosion der Ordnung« in: *Spiegel Online* vom 14.01.2018.
- 8 Joseph A. Tainter: *The Collapse of Complex Societies*. Cambridge 1988.
- 9 Victor W. Turner: *The Ritual Process. Structure and Anti-Structure*. New Brunswick, London 1995 (1969).
- 10 Miriam Meckel: »Virtuelle Megaphone, durch die man sich gegenseitig anbrüllt«, ein Interview von Stephanie Gebert im Deutschlandfunk, 09.11.2016, http://www.deutschlandfunk.de/soziale-netzwerke-im-us-wahlkampf-virtuelle-megaphone-durch.694.de.html?dram:article_id=370793
- 11 Harry Frankfurt: *On Bullshit*. Princeton 2005.
- 12 Eduard Kaeser: »Der Wille zum Fake – ein philosophischer Crashkurs«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22.12.2017, <https://www.nzz.ch/meinung/der-wille-zum-fake-ein-philosophischer-crashkurs-ld.1333352>
- 13 Falls noch nicht bekannt und Sie da einmal Reinhören wollen, es lohnt sich: <https://www.youtube.com/watch?v=6ZclUAe-Ddl>
- 14 Andreas Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin 2017; Isolde Charim: *Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert*. Wien 2018.
- 15 Charim beschreibt dies in einem *Spiegel*-Interview wie folgt: »Ich bin in Wien aufgewachsen. Wenn ich da, in den Sechzigern, als kleines Mädchen mit der Bahn gefahren bin, dann gab es diese Männer im Lodenmantel, die hatten einen Hut auf, an dem ein Gamsbart steckte, und die hatten eine Frau dabei,

die auch oft einen Lodenmantel trug. Die haben bestimmt, was österreichische Normalität ist. Sie haben vorgegeben, wie ein Österreicher aussieht», aus: »Die Einwanderung verändert alle. Niemand kann bleiben, wie er war«, ein Interview von Tobias Rapp in: *Spiegel* 41 (2018).

- 16 Charim 2018, S. 14.
- 17 Peter Gross: *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main 1994.
- 18 Reckwitz 2017, S. 7.
- 19 Isolde Charim (2018, S. 64) nennt dies auch prekäre Identität.
- 20 Ebd., besonders in Kapitel 2.
- 21 Ebd., S. 53.
- 22 Chantal Mouffe: »Wir brauchen einen linken Populismus« (Interview), in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.12.2016.
- 23 Zum Begriff der »Response-Räume« und unten auch zum Begriff der »Resonanzräume« vgl. Thomas Beschorner, Marc Hübscher: »Quellen der Normativität. Erkundungen einer kulturalistischen (Wirtschafts-)Ethik«, in: Forschungsgruppe Unternehmen und gesellschaftliche Organisation (Hrsg.): *Unternehmen der Gesellschaft. Interdisziplinäre Beiträge zu einer kritischen Theorie des Unternehmens*. Marburg 2017, S. 337–362.
- 24 Silvan S. Tomkins: »Left and right: A basic dimension of ideology and personality«, in: Robert W. White (Hrsg.): *The study of lives. Essays on personality in honor of Henry A. Murray*. New York 1963, S. 388–411.
- 25 Melissa Gregg et al.: *The Affect Theory Reader*. Durham, North Carolina 2010, vermittelt dazu einen guten Überblick.
- 26 Charim 2018, Kapitel 6.
- 27 Charim 2018, S. 162.
- 28 Dieser in diesem Zusammenhang, wie ich finde, sehr passende Begriff stammt von einem Blogbeitrag von Philipp Sonderegger: »Kundgebung heißt jetzt Flashmob«, in: *PHSBLOG* vom 14.01.2013, <https://phsblog.at/kundgebung-heist-jetzt-flashmob/>; auch Isolde Charim erwähnt ihn in ihrem Buch.
- 29 Hua Hsu: »Affect Theory and the New Age of Anxiety«, in: *New Yorker* vom 25.03.2019, <https://www.newyorker.com/magazine/2019/03/25/affect-theory-and-the-new-age-of-anxiety>
- 30 Charim 2018, S. 199.
- 31 Charim 2018, S. 216.
- 32 Beschorner, Hübscher 2017.
- 33 Charim 2018, S. 181.
- 34 Didier Eribon: »Wie aus Linken Rechte werden (Teil I). Der vermeidbare Aufstieg des Front National«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* August 2016, <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/august/wie-aus-linken-rechte-werden>
- 35 Chantal Mouffe: »Wir brauchen einen linken Populismus«, Interview in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.12.2016.
- 36 Ebd.
- 37 Sonntagsfrage Bundestagswahl, <https://www.wahlrecht.de/umfragen>

- 38 Teile dieses Textes wurden anlässlich des Dieselskandals von Volkswagen gemeinsam mit Martin Kolmar in einem Beitrag in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 12.10.2015 unter dem Titel: »Moral – ein Kostenfaktor« publiziert.
- 39 Aber selbst Milton Friedman, auf den diese Doktrin zurückgeht, hatte ein dezidiertes Bild gewinnerzielender Unternehmen im Kopf, denn er forderte explizit ein, dass es sich dabei innerhalb der Spielregeln zu bewegen habe, »ohne Täuschung und Betrug«.
- 40 Der Text ist in ähnlicher Fassung und unter gleichem Titel am 14.06.2018 bei *Zeit Online* erschienen.
- 41 Henry Mintzberg: »Don't call it a scandal: Volkswagen corruption is a syndrome«, in: *Globe and Mail* vom 22.09.2015, <https://www.theglobeandmail.com/report-on-business/rob-commentary/volkswagen-corruption-crisis-isnt-a-scandal-its-a-syndrome/article26479332/>
- 42 Gabriel Dance, Nicholas Confessore, Michael LaForgia: »Access to Data on Users and Friends«, in: *New York Times* vom 03.06.2018, <https://www.nytimes.com/interactive/2018/06/03/technology/facebook-device-partners-users-friends-data.html>
- 43 Dieser Text ist in ähnlicher Fassung am 28.03.2018 in der *Neuen Zürcher Zeitung* erschienen und hat – vorsichtig formuliert – für Irritationen bei Lesern gesorgt. Es gab Applaus für die Verteidigung des Kapitalismus ebenso wie Kritik an einer (vermeintlich) marktliberalen Position. Beides zeigt, selbst eine als solche klar gekennzeichnete Satire versteht nicht jeder.
- 44 Ein umfassender Beitrag zu diesem Thema ist in Co-Autorschaft mit Martin Kolmar in der *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* (zfwu) 16/3 (2015), S. 410–421, erschienen.
- 45 Joshua Greene: *Moral Tribes. Emotion, Reason, and the Gap Between Us and Them*. London 2013.
- 46 John Rawls: *A Theory of Justice*. Cambridge 1999 (1971).
- 47 Aristoteles: *Nikomachische Ethik*. Kapitel 16.
- 48 Benjamin Franklin: Brief an die Abbés Chalut and Arnoux, 17. April 1787, in: *The Works of Benjamin Franklin, Vol. 10*. <http://www.archive.org>
- 49 Diese Glosse ist unter dem Titel »Die Beziehungskrise« am 14.09.2017 in der *Zeit* (38) erschienen.
- 50 Peter Bofinger: »Mehr Zentralismus wagen!«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 12.08.2017.
- 51 Wolfgang Fritz Haug: *Kritik der Warenästhetik*. Frankfurt am Main 1971, Kapitel 1.
- 52 Achim Wambach: »Die Blackbox der VWL wird jetzt aufgebohrt«, Interview von Bert Losse in: *WirtschaftsWoche* vom 06.09.2017, vgl.: <http://app.wiwo.de/erfolg/campus-mba/achim-wambach-die-blackbox-der-vwl-wird-jetzt-aufgebohrt/20263130.html>
- 53 Die Aufgaben des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind hier einsehbar: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/ueber-uns/aufgaben.html>
- 54 Zitiert aus Haug 1971, Kapitel 4.

- 55 Dieser Text basiert auf meinem Gastbeitrag »Wir müssen über Gerechtigkeit diskutieren« bei *Zeit Online* vom 09.02.2017.
- 56 Marcel Fratzscher: »Die falsche Gerechtigkeitsdebatte«, in: *Zeit Online* vom 03.02.2017, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/wahlkampf-gerechtigkeit-martin-schulz-angela-merkel-bildung>
- 57 Marcel Fratzscher: »Eine Frage der Selbstachtung«, in: *Zeit Online* vom 14.06.2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-06/menschenwuerde-grund-gesetz-gerechtigkeit-selbstachtung-marktwirtschaft/komplettansicht>
- 58 Eine ähnliche Textfassung ist am 22.08.2017 unter dem Titel »Wirtschaft ist Kultur« auf *Zeit Online* erschienen.
- 59 David Iselin, Bruno S. Frey: »Ökonomen müssen über ihre Bücher gehen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.08.2017, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/kritik-an-der-volkswirtschaftslehre-oekonomen-muessen-ueber-ihre-buecher-gehen-id.1310417>
- 60 Teile dieses Textes wurden in einem gemeinsam mit Martin Kolmar verfassten Gastbeitrag bei *Zeit Online*, 23.03.2018, unter dem Titel »Die Gefahr durch Facebook wurde zu lange ignoriert« veröffentlicht.
- 61 Gemessen an ihrer Marktkapitalisierung zählen Amazon, Alphabet, Apple, Facebook, Tencent und Alibaba zu den weltweit zehn wertvollsten Unternehmen. <https://www.welt.de/wirtschaft/article186209824/Ranking-Nur-noch-zwei-deutsche-Konzerne-unter-den-100-wertvollsten-Unternehmen-der-Welt.html>
- 62 Unter dem Titel »Schulfach Wirtschaft: Mehr als neoliberale Gehirnwäsche« erschien dieser Text am 12.02.2018 in ähnlicher Fassung bei *Zeit Online*.
- 63 Götz Hamann, Julian Stahnke, Sascha Venohr: »Von Wirtschaft keinen Schimmer«, in: *Zeit Online* vom 08.12.2018, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-02/oekonomie-wissen-wirtschaft-deutschen-studie>
- 64 Teile dieses Textes wurden gemeinsam mit dem Historiker Caspar Hirschi verfasst und am 24.02.2018 unter gleichem Titel bei *Zeit Online* publiziert.
- 65 Jean-Charles Rochet, Jean Tirole: »Platform Competition in Two-sided Markets«, in: *Journal of the European Economic Association* 1/4 (2003), S. 990–1029.
- 66 Diesen Scherz erlaubte sich die amerikanische Satireseite *Science Post* im Juni 2016, <http://thesciencepost.com/study-70-of-facebook-commenters-only-read-the-headline/>
- 67 Maksym Gabielkov et al.: »Social Clicks: What and Who Gets Read on Twitter?«, 2016, <https://hal.inria.fr/hal-01281190>
- 68 Markus Feldenknecht: »Erschütterndes über die AfD«, in: *Spiegel* 42 (2018).
- 69 Elizabeth Jensen: »To Get Rid Of Comments«, NPR: National Public Radio, 17.06.2016, <https://www.npr.org/sections/publiceditor/2016/08/17/489516952/npr-website-to-get-rid-of-comments>
- 70 »Deutschland spricht«, *Zeit Online*, <https://www.zeit.de/serie/deutschland-spricht>
- 71 Katharine Viner: »The rise of the reader: journalism in the age of the open web«, in: *Guardian* vom 09.10.2013, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/oct/09/the-rise-of-the-reader-katharine-viner-an-smith-lecture>
- 72 Ernst Pfauth: »Let's give reader comments another chance – and for real, this time«, in: *Medium/Correspondent* vom 07.12.2016 (meine Übersetzung),

<https://medium.com/de-correspondent/lets-give-reader-comments-another-chance-and-for-real-this-time-77506d29856b>

- 73 Bassey Etim: »The Times Sharply Increases Articles Open for Comments, Using Google's Technology«, in: *New York Times* vom 13.06.2017, <https://www.nytimes.com/2017/06/13/insider/have-a-comment-leave-a-comment.html>
- 74 Eine Kurzfassung dieses Textes ist am 04.01.2019 in Über Medien unter dem Titel »Ethik des Journalismus: Die Reaktionen auf die ›Causa Relotius‹ sind ohne jedes Augenmaß« erschienen.
- 75 Ullrich Fichtner: »SPIEGEL legt Betrugsfall im eigenen Haus offen«, *Spiegel Online* vom 19.12.2018, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fall-claas-relotius-spiegel-legt-betrug-im-eigenen-haus-offen-a-1244579.html>
- 76 Rudolf Augstein: [Ohne Titel], *Spiegel* vom 12.04.1961, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43160735.html>, sowie Rudolf Augstein: »Sagen, was ist«, in: *Spiegel* vom 20.11.1989, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497809.html>
- 77 Brigitte Fehrl, Clemens Höges, Stefan Weigel: »Der Fall Relotius, Abschlussbericht der Aufklärungskommission«, in: *Spiegel* 22 (2019), S. 130–146, auch online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/media/media-44564.pdf>
- 78 *Spiegel* 33 (2010).
- 79 Timm Klotzek: »In eigener Sache. Trennung von freiem Autor«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.02.2019, <https://www.sueddeutsche.de/medien/trennung-von-freiem-autor-in-eigener-sache-1.4339967>
- 80 Gerhard Gnauck: »Beruf: Reporter«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 09.09.2014.
- 81 Dieser Text basiert auf dem Gastbeitrag bei *Zeit Online* vom 31.07.2018 »Pseudowissenschaft: Wer Fake Science ruft, ignoriert die wahren Probleme«.
- 82 Fact Sheet des Science Media Centers Germany: »Pseudo Journale – worum es sich handelt und wie die Wissenschaft gegensteuert« vom 19.07.2018, <https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/fact-sheet/details/news/pseudo-journale-worum-es-sich-handelt-und-wie-die-wissenschaft-gegensteuert/>
- 83 Markus Pössel: »Abzock-Zeitschriften«, Teil 1–5, <https://scilogs.spektrum.de/relativ-einfach/abzock-zeitschriften-den-daten-auf-der-spur/>
- 84 Dieser Text erschien in ähnlicher Fassung unter dem Titel »Alles für die Forschung – und Facebook« am 01.02.2019 auf *Spiegel Online*.
- 85 Chris Köver: »Warum Facebook ein Institut für Ethik in München finanziert«, 21.01.2019, <https://netzpoltik.org/2019/warum-facebook-ein-institut-fuer-ethik-in-muenchen-finanziert/>
- 86 Diese sind einsehbar unter: <http://www.terror.theater>
- 87 Eine Kurzfassung dieses Textes wurde gemeinsam mit Miriam Meckel in *Zeit* 27 (2018) veröffentlicht.
- 88 Peter Lau porträtiert Helbings Überlegungen anschaulich in der Ausgabe »Innovation« von *brand eins*, 2019, <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-thema/innovation-2018/eine-kapitalistische-utopie>
- 89 Eine kürzere Fassung dieses Textes ist unter gleichem Titel am 06.06.2017 auf *Zeit Online* erschienen.

- 90 Eric W. Owens et al.: »The Impact of Internet Pornography on Adolescents: A Review of the Research«, in: *Sexual Addiction & Compulsivity* 19/1–2 (2012), S. 99–122.
- 91 Dieser Text ist in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 01.11.2018 in ähnlicher Fassung erschienen.
- 92 Kate Darling: »Extending Legal Protection to Social Robots: The Effects of Anthropomorphism, Empathy, and Violent Behavior Towards Robotic Objects«, in: Ryan Calo, A. Michael Froomkin, Ian Kerr (Hrsg.): *Robot Law*. Northampton, MA, 2016, S. 213–234.
- 93 Dazu exemplarisch David Gunkel: *Robot Rights*, Massachusetts 2018.
- 94 Eine Kurzfassung dieser Replik auf die Einwürfe von Andreas Brenner und Peter Seele (siehe unten) ist am 10.01.2019 in der *Neuen Zürcher Zeitung* erschienen.
- 95 Andreas Brenner: »Roboterethik – Verantwortung setzt Bewusstsein voraus«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 30.11.2018; Peter Seele: »Maschinen- und Algorithmenethik aus Sicht der Theorie moralischer Stämme«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.12.2018.
- 96 Joi Ito: »Why Westerners Fear Robots and the Japanese Do Not«, in: *Wired* vom 30.07.2018, <https://www.wired.com/story/ideas-joi-ito-robot-overlords/>
- 97 Dieser Text ist in Co-Autorschaft mit Miriam Meckel und Léa Steinacker verfasst worden und im *ada-Magazin* 1 (2019) erschienen.

Über den Autor

© Thomas Beschorner



Thomas Beschorner ist Professor für Wirtschaftsethik und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Zudem schreibt er über ökonomische, gesellschaftliche und ethische Herausforderungen regelmäßig für Medien wie *Spiegel Online*, *DIE ZEIT* oder die *Neue Zürcher Zeitung*.

Kontakt: thomas.beschorner@unisg.ch

Auf Twitter und LinkedIn: @ThBeschorner



Zum Ausgleich für die entstandene CO₂-Emission bei der Produktion dieses Buches unterstützen wir die Erhaltung und Wiederaufforstung des Kibale Nationalparks in Uganda. Das Projekt trägt zum Klimaschutz bei, indem die Bäume bei der Fotosynthese Kohlenstoff aus der Luft binden, es schützt die Biodiversität des tropischen Waldes und sichert 260 Arbeitsplätze.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass er, sofern dieses Buch externe Links enthält, diese nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung einsehen konnte. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Copyright © 2019 Murmann Publishers GmbH, Hamburg

Druck und Bindung: Steinmeier GmbH & Co. KG, Deiningen
Printed in Germany

ISBN 978-3-86774-631-1

Besuchen Sie uns im Internet: www.murmann-verlag.de

Ihre Meinung zu diesem Buch interessiert uns!

Zuschriften bitte an info@murmann-publishers.de

Den Newsletter des Murmann Verlages können Sie anfordern unter newsletter@murmann-publishers.de

ES RUMORT IN UNSERER GESELLSCHAFT!

Der Kapitalismus in der Legitimationskrise,
die Demokratie bedroht,
die Medien unter Fake-Vorwurf,
die Wissenschaft davon nicht weit entfernt,
die Digitalisierung ein Verunsicherungsfaktor schlechthin.

DIE FOLGE:

Menschen verlieren die Orientierung und geraten in Dauererregung, wenn nicht Dauerempörung. Alles schön schlicht und einfach. Vielleicht auch zu schlicht und zu einfach? Machen sich derzeit doch nicht nur massenhaft Schwindelgefühle breit, sondern auch viele Schwindler mit eher unlauteren Absichten. Thomas Beschorner nimmt die schwindelerregende Gesellschaft in den Blick, entlarvt sie messerscharf und entwickelt neue, differenziertere Sichtachsen und Perspektiven.

EINE NOTWENDIGE EINMISCHUNG!



ISBN 978-3-86774-631-1

22,00 EUR [D] | 22,60 EUR [A]